

## ZUM ERWEITERTEN PLENUM DES EKKI

Das in den nächsten Tagen zusammentretende Erweiterte Plenum des EKKI wird in dreierlei Hinsicht die Bilanz ziehen müssen. Es müssen erstens die Veränderungen untersucht werden, die während der letzten Jahre überhaupt und insbesondere seit dem letzten Erweiterten Plenum in der Weltwirtschaft vor sich gegangen sind. Es ist dabei zu untersuchen, in welchen Hinsichten oder Ländern die kapitalistische Wirtschaft gewisse Erfolge in bezug auf die — wenn auch unzuverlässige und teilweise — Stabilisierung zu verzeichnen hat, auf welchen Gebieten die kapitalistische Weltwirtschaft nach wie vor Krisenerscheinungen aufweist, und in welchen Ländern die unmittelbaren aktiven Kräfte der internationalen Revolution konzentriert sind. Zweitens muß das Erweiterte Plenum die Umgruppierungen in Betracht ziehen, die in der letzten Zeit im Konzert der Großmächte stattfinden, und den wahnwitzigen Kampf, der sich zwischen ihnen um die Absatzmärkte entwickelt. Wir leben in einer Zeit, in der die Wirtschaftskräfte täglich die Schale der in Versailles und Locarno geschaffenen Verhältnisse sprengen. Die kapitalistische Welt mobilisiert gegen die USSR, die unter größter Anspannung der proletarischen Kräfte den Grundstein der sozialistischen Gesellschaft legt. Die kapitalistische Welt mobilisiert ihre Kräfte gleichzeitig gegen den großen Freiheitskampf des chinesischen Volkes. Vor der Menschheit erhebt sich immer wieder die furchtbare Gefahr neuer imperialistischer Kriege und Interventionen. Das Plenum hat darüber zu allen Arbeitenden unverzagt zu sprechen und entschieden gegen die von der Sozialdemokratie ausgestreuten trügerischen pazifistischen Illusionen aufzutreten. Drittens muß das Plenum — und darin besteht eine seiner wichtigsten Aufgaben — die taktische Linie vormerken, die von der internationalen kommunistischen Bewegung im Kampfe um die breiten Massen der Arbeiterklasse eingehalten werden soll; auf Grund der ungeheuer großen im englischen Streik gewonnenen Erfahrungen hat es die großen Ereignisse unserer Tage, die chinesische Revolution und den Kampf des englischen Proletariats, mit den allgemeinen Aufgaben der internationalen kommunistischen Bewegung in Zusammenhang zu bringen. Der englische Streik und China müssen sich wie ein roter Faden durch alle Arbeiten des Plenums ziehen.

Der Zusammentritt unseres Erweiterten Plenums vollzieht sich unter Bedingungen, die von allen eindringlichstes Nachdenken und festeste revolutionäre Entschlossenheit fordern. Ueberall führt die Bourgeoisie den aktiven Kampf um die Stabilisierung des Kapitalismus. Ueberall verbindet sie den Erfolg ihres Kampfes mit einer Senkung der Lebenshaltung der Arbeitermassen. Auf der ganzen Linie tobt der Angriff auf die Arbeitslöhne, den Achtstundentag, auf alle Arten der Sozialversicherung, auf alle proletarischen Errungenschaften. Die Hartnäckigkeit des englischen Bergarbeiterstreiks, des ersten machtvollen Rückschlags gegen diesen konzentrierten Angriff, zeigt, daß wir in eine Periode des zugespitzten und angespannten Klassenkampfes eintreten. Dieser Angriff auf das Proletariat wird in einzelnen

Ländern durch den faschistischen Terror verstärkt. Auf dem Balkan, in Ungarn, in Polen wird die kommunistische Bewegung außerhalb des Gesetzes gestellt, wie in den gefährlichsten Momenten des Bürgerkrieges. In Italien nimmt die Orgie der faschistischen Diktatur die tierischsten und blutigsten Formen des weißen Terrors an. Es bedarf heute der weitestgehenden Mobilisierung des Proletariats, der größten Konzentrierung seiner Kräfte zur Abwehr dieses Ansturms. Die kommunistischen Arbeiter der ganzen Welt sehen, daß sich der Feind organisiert. Er fühlt sich heute unvergleichlich sicherer als im Jahre 1918, im Augenblick der Demobilisierung der großen Heere, im Augenblick der vollkommenen wirtschaftlichen Zerrüttung. Die kapitalistische Welt führt einen hartnäckigen Kampf; sie vereinigt heute die zersplitterten Unternehmungen zu Trusts und nimmt sogar die beschleunigte Organisation internationaler Vereinigungen in Angriff. Die Kapitalisten der verschiedenen Länder bilden einen Block ebenso gut gegen die englischen Bergleute wie gegen die chinesischen Kulis, oder gegen die Arbeiter der USSR, die die revolutionäre Flamme des Klassenkampfes in der ganzen Welt nähren.

Gerade deshalb, weil der Feind heute viel besser organisiert ist, muß die internationale Arbeiterschaft alle ihre Anstrengungen zu einer einheitlichen antikapitalistischen Front zusammenfassen. Mehr als je bedarf es der Einheit der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen die Unterdrücker. Mehr als je bedarf es der umfassenden Anwendung der Taktik der proletarischen Einheitsfront. Das Erweiterte Plenum des EKKI kann sich nicht den Lehren des englischen Streiks verschließen. Es muß offen und ehrlich bekannt werden, daß die Unterstützung der englischen Bergarbeiter seitens des internationalen Proletariats **s e h r s c h w a c h** gewesen ist. Und diese Lehren müssen von den Kommunisten aller Länder in Rechnung gestellt werden.

Das Erweiterte Plenum des EKKI darf ferner nicht die Tatsache unbeachtet lassen, daß gerade in dem Augenblick, da es der höchsten Anspannung der kommunistischen Kräfte aller Länder bedurfte, um das kämpfende englische Proletariat und die revolutionären Massen Chinas zu unterstützen, unsere Parteien in einzelnen Ländern Desorganisationsversuche von seiten der „Opposition“ über sich ergehen lassen mußten. Auch dieses Zeichen der Zeit, das die Abwendung der Ermüdeten und Enttäuschten von der kommunistischen Partei bezeugt, muß von den kommunistischen Arbeitern der ganzen Welt in Betracht gezogen werden. Sie werden nicht den Umstand vergessen, daß einzelne Oppositionsgruppchen den Versuch einer ideologischen **D e m o b i l i s i e r u n g d e s P r o l e t a r i a t s** in einem Augenblick machten, da die kapitalistische Welt den Staat des sozialistischen Aufbaus mit einem Netz von Verträgen wie mit Stacheldraht abspernte, da sie im Fernen Osten Tschang Tso-lin vorschickte, da Pilsudski an der Westgrenze mit den Waffen klirrte. Aus eben diesem Grunde muß das Erweiterte Plenum nicht eine inhaltlose Demonstration für Solidarität mit den englischen Bergarbeitern, der chinesischen Revolution und dem Proletariat der USSR sein, sondern eine Versammlung von Vorkämpfern des Revolutionsheeres, das seine eigenen Fehler kritisiert, die kleinbürgerlichen Abweichungen aufdeckt und die praktischen Wege zur revolutionären Mobilisierung des Proletariats aufzeigt. Von diesem Plenum erwarten die kommunistischen Arbeiter der ganzen Welt die Konsolidierung der kommu-

nistischen Parteien, die vollkommene Liquidierung jener kleinbürgerlichen Strömungen, die es versuchen, die wesensfremde Beeinflussung des Proletariats durch andere Klassen zu ermöglichen. Der Kampf gegen die rechten und die sogenannten ultralinken Abweichungen muß erbarmungslos durchgeführt werden, denn nur in einem solchen Kampfe werden unsere Parteien wachsen und stark werden. Im Zusammenhang damit muß auch die Frage nach den Führerschichten in unseren Parteien angeschnitten werden. Wir müssen heute in den leitenden Stellungen revolutionäre Proletarier haben, die mit der Masse verbunden sind und von ihr gefördert werden, die das Verständnis für die Masse haben und innerhalb der Masse selbst, innerhalb der Massenorganisationen und vor allem in den Gewerkschaften zu arbeiten verstehen. Die Eroberung der Gewerkschaften — das ist die Aufgabe, die gebieterischer denn je von uns Erfüllung heischt.

Alle Arbeiten unseres Plenums werden von mutiger Kampfentschlossenheit durchdrungen sein. Uns erwarten harte Kämpfe, aber die revolutionären Proletarier fürchten sie nicht. Kommunisten, ordnet eure Schlachtreihen!

## JOHN PEPPER: ENGLANDS BILANZ 1926

Eindeutig und unmißverständlich zeigt sich die Bilanz des ersten halben Jahres des britischen Bergarbeiterstreiks: der Generalstreik und der Bergarbeiterstreik bedeuten einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte Großbritanniens. Die Verfallstendenz des mächtigen britischen Reiches, die sich im letzten Jahrzehnt schon immer klarer zeigte, wurde durch die Ereignisse des letzten halben Jahres ungemein beschleunigt. Englands Stellung in der Weltwirtschaft wurde immer mehr untergraben. Die weltpolitische Stellung Englands machte eine Reihe von Erschütterungen durch. Das Gefüge des britischen Imperiums selbst, der innere Zusammenhalt der Bestandteile des Reiches wurde in dem letzten halben Jahr empfindlich gelockert. In der inneren Politik zeigt sich eine in England bisher unbekannte Verschärfung der Klassengegensätze. Eine tiefgehende Umschichtung in den Klassen und eine Umgruppierung innerhalb der politischen Parteien geht vor sich.

### *I. Die Bedeutung des Kohlenarbeiterstreiks*

Regierung und bürgerliche Presse, rechte und „linke“ Arbeiterführer — sie alle versuchten, den Bergarbeiterstreik als einen „gewöhnlichen“, „ordentlichen“, „industriellen“, gewerkschaftlichen Kampf hinzustellen. In Wirklichkeit aber entwickelte sich der Bergarbeiterkampf mit jedem Tag seiner Dauer immer mehr zu einem offenen politischen Machtkampf. In Wirklichkeit dreht sich nicht nur das ganze ökonomische, sondern auch das ganze politische Leben Englands um ihn. Die kampfhaften ideologischen Anstrengungen der parlamentarischen Schwätzer und der Gewerkschaftsbürokraten versuchten, den Bergarbeiterstreik einfach als eine

Wiederholung der früheren Bergarbeiterkämpfe, als eine Repetition des Bergarbeiterkampfes von 1921 aufzufassen. Der gegenwärtige Bergarbeiterstreik hat selbstverständlich manche Aehnlichkeit mit früheren Bergarbeiterkämpfen in England, besitzt aber doch solche Eigentümlichkeiten, die ihn zu einem ganz andersartigen, ganz neuartigen Kampf stempeln. Folgende grundlegende Faktoren spielen dabei die entscheidende Rolle:

1. Dieser Bergarbeiterstreik spielt sich nach dem ersten gewaltigen Generalstreik ab.

2. Die Führer des Bergarbeiterverbandes sind nicht mehr die Rechten, wie Hodges, sondern „linke“ Führer, wie Cook.

3. Der gegenwärtige Bergarbeiterstreik wirkt sich in der Atmosphäre des Ausnahmezustandes aus.

4. Die Machtfrage zwischen den Bergwerksmagnaten und den Bergarbeitern wurde bis aufs äußerste zugespitzt. Nach dem Vergleich des „Economist“ prallt jetzt eine „unwiderstehliche Gewalt“ auf einen „unbeweglichen Körper“.

5. Der Kampf geht vor sich im Rahmen der allgemeinen Offensive der Bourgeoisie gegen die Gewerkschaftsbewegung.

6. Der Bergarbeiterkampf ist zu einem Zeitpunkt ausgebrochen, wo die britische Bergwerksindustrie sich in einer Krise befindet, die weder im britisch nationalen Maßstabe noch auf kapitalistischer Grundlage überhaupt zu lösen ist. Die britische Bourgeoisie steht vor dem Dilemma, was sie tun soll, sei es mit ihrer „überflüssigen“ Kohle, sei es mit ihren „überflüssigen“ Bergarbeitern.

7. Als Kriegsschauplatz des Kampfes aber dient nicht mehr — und das ist das Grundlegende — das aufblühende, sondern das niedergehende britische Imperium. Die englischen Kapitalisten sind immer weniger in der Lage, der Arbeiterklasse wichtige Konzessionen machen zu können. Die bloße Verteidigung der gegenwärtigen Arbeitszeit und Arbeitslöhne stößt auf den Widerstand der gesamten Bourgeoisie und wird dadurch zu einem politischen Kampf ersten Ranges.

## *II. Die ökonomische Katastrophe*

Das halbe Jahr Bergarbeiterstreik hat die Wirtschaft Englands innerlich zerrüttet und auch die wichtigsten weltwirtschaftlichen Beziehungen auseinandergebracht. Das Bild eines gewaltigen Erdbebens entrollt sich vor uns, wenn man die Schilderungen der ökonomischen Presse Großbritanniens verfolgt. Die englische Bourgeoisie versucht ja, die Folgen dieses ökonomischen Erdbebens zu verheimlichen, zu verkleinern, aber die Wahrheit bricht doch durch: Verheerung, Ruin, wirtschaftlich Tote und Verwundete zeigen sich überall.

Die Kohlenproduktion Großbritanniens, die Grundlage des mächtigen Wirtschaftsgebäudes, ist vollständig lahmgelegt. Die Kohlenproduktion Englands machte im April 1926, im letzten Monat vor dem Streik, 22 Millionen Tonnen aus. Im Mai, Juni, Juli, August wurde nichts produziert, und erst im September erreichte die wöchentliche Produktion 500 000 Tonnen. („Economist“ Monthly Supplement, 23. Oktober 1926.) Nicht weniger als



100 000 000 Tonnen Produktion sind ausgefallen — nach den Berechnungen des „Economist“ ungefähr 26,5 Prozent der jährlichen Kohlenproduktion Europas. Der Mangel an Heizmaterial entseelte auch die anderen grundlegenden Industrien. Die Schwerindustrie Englands hörte immer mehr auf, zu produzieren. Im April 1926 waren 147 Hochöfen in Betrieb, mit einer Roheisenproduktion von 539 100 Tonnen. Ende September sind aber bloß 5 Hochöfen in Betrieb und die gesamte Roheisenproduktion Großbritanniens machte nur 12 500 Tonnen aus. Die Stahlproduktion betrug im April noch 661 000, im September nur 95 700 Tonnen. Der „Economist“ muß notgedrungen die Katastrophe konstatieren: „Pig iron production has sunk almost to a vanishing point“ (Die Roheisenproduktion ist fast auf Null gesunken.) Bis Ende September waren auch alle vorhandenen Roheisenreserven erschöpft: „Reserves of British pig iron have now reached the point of exhaustion“. (Die Roheisenvorräte sind jetzt vollkommen erschöpft. „Economist“, Monthly Supplement, 23. Oktober 1926.) Die Lahmlegung der Kohlenproduktion wirkt sich in der Paralyisierung der Schwerindustrie aus und der Ausfall der Eisen- und Stahlproduktion macht sich selbstverständlich in der Fertigungindustrie bemerkbar.

Je länger der Streik dauert, desto verheerender werden seine Wirkungen. Die Bourgeoisie brüstet sich, daß 200—300 000 Bergarbeiter die Arbeit bereits wieder aufgenommen haben. Die Presse der Bourgeoisie lügt, die Zahl der Streikbrecher ist viel geringer, aber die Bourgeoisie selbst ist gezwungen, einzugestehen, daß die Streikbrecherkohle bisher gar keine wesentliche Rolle spielte. Verzweifelt schreibt der „Economist“ vom 30. Oktober:

„If the rest of the men dribbel back as slowly as the first quarter of a million it will be next August before the mines are fully at work again. This is the hard fact with which the Government is faced at the end of the months.“ („Wenn der Rest der Leute so langsam zur Arbeit zurückkehrt, wie die erste Viertelmillion, so werden wir den nächsten August haben, bevor die Gruben wieder in vollem Betrieb sind. Das ist die harte Tatsache, der sich die Regierung am Ende des Monats gegenüber sieht.“)

Die Lage wird wahrhaftig immer katastrophaler für die britische Bourgeoisie. Kohle wird nicht produziert und auch die Möglichkeiten der Kohleneinfuhr werden immer geringer. Großbritannien, das mächtigste Kohlenexportland der Welt, ist jetzt nicht nur von der Kohlenproduktion Europas und Amerikas abhängig geworden, sondern bettelt um Kohle. „The Iron and Coal Review“ von Ende September berechnet die Kohleneinfuhr nach England auf eine Million Tonnen wöchentlich. Die Streikbrecherproduktion beläuft sich auf etwa 600 000—650 000 Tonnen. Das gesamte wöchentliche Defizit schätzte diese Zeitschrift Ende September auf ungefähr 2 350 000 Tonnen wöchentlich, d. h. 10½ Millionen Tonnen monatlich. (Weißbuch über die Kohlenknappheit, Labour Research Department, Oktober 1926.) Den katastrophalen Kohlenmangel beweist auch die Erklärung des Staatssekretärs für Bergbau, Lain Fox, im Parlament am 9. November, daß die Kohlevorräte beim Beginn des Bergarbeiterstreiks in England 10½ Millionen Tonnen ausmachten. Der Import aus dem Ausland machte während der sechs Monate 15 400 000 Tonnen aus. Die Produktion von Streikbrecherkohle können wir nicht höher als mit 3 Millionen Tonnen bis Ende Oktober annehmen. Die drei Zahlen ergeben zusammen 29 000 000 Tonnen. Der normale Kohlenbedarf Großbritanniens monatlich

aber macht ungefähr 15 000 000 Tonnen aus; während der Zeitdauer von sechs Monaten also 90 000 000 Tonnen, und zwar abzüglich der Menge der Kohlenexporte und der Bunkerkohle.

Der Ausfall der britischen Kohlenproduktion wurde zum Ausgangspunkt einer Weltkohlenknappheit. Der „Economist“ stellt fest: „Naturally the dislocation is no longer confined to British industries. It may be said to be worldwide.“ (Selbstverständlich sind diese Schwierigkeiten nicht nur auf die britischen Industrien beschränkt, man kann sagen, sie berühren die ganze Welt.)

Amerika, Deutschland und Polen haben ihre Kohlenproduktion erhöht, haben ihre arbeitslosen Kohlenarbeiter wieder eingestellt, forcieren die Produktion mit allen Mitteln der Ueberschichten; aber trotz aller Anstrengungen findet eine „fortschreitende Entblößung“ Europas von Kohlenvorräten statt und „the limit of elasticity by way of over time is approximately being reached in Germany and elsewhere“. (Die Elastizitätsgrenze durch Ueberschichten ist ungefähr erreicht, in Deutschland wie auch anderswo. „Economist“, 23. Oktober 1926.)

Der englische Kohlenstreik hat so nicht nur die Kohlenverhältnisse, sondern auch die Schifffahrtsverhältnisse auseinandergerüttelt. Man kann eine „... dislocation in international shipping“ feststellen („Economist“, 30. Oktober 1926). Die Schiffsfrachtpreise befinden sich in ständiger Steigerung. Die britischen Schiffe, die früher mit Kohle ausliefen und mit Lebensmitteln zurückkehrten, laufen jetzt mit Ballast statt mit Kohle aus, wodurch die Frachtkosten des Lebensmittelimports verdoppelt werden. Die Tonnage Amerikas wird für Kohlentransport nach England in Anspruch genommen; dieser Schiffsraum aber sollte während dieser Herbstperiode für Getreidetransport ausgenützt werden. Dadurch entstehen vielseitige Komplikationen. Einerseits werden die Schiffsfrachtraten für Kohle ungeheuer erhöht, dadurch steigern sich selbstverständlich die Kohlenpreise ständig, andererseits gerät die Lebensmittelversorgung Englands in Unordnung, und das muß eine Steigerung der Lebensmittelpreise verursachen. Wahrhaftig „phänomenale Dimensionen“ („Economist“) hat das Bedürfnis nach Schiffsraum für amerikanischen Kohlenexport nach England erreicht. Die Frachtraten für Getreide von Kanada nach England erhöhten sich auf 6 S 6 d per Quarter, verglichen mit 3 S 4 d vor einem Jahr. Die Frachtraten von River Plate nach England erhöhten sich von 16 S 6 d auf 42 S 6 d per Tonne.

Stillstand der Kohlenproduktion, Verschwinden der Eisen- und Kohlenproduktion, Dezimierung der Textilproduktion, Verwandlung Englands aus einem Kohle, Eisen und Stahl exportierenden Land in ein Kohle, Eisen und Stahl importierendes Land, die ungeheuren Verluste im nationalen Einkommen, verursacht durch den Kohlenstreik, die ständige Steigerung der Kohlenpreise sowohl wie der Schiffsraten, alles das verursacht zwangsläufig auch eine Erschütterung der Handelsbilanz Großbritanniens.

Die Handelsbilanz Englands wird immer passiver. Englands Ueberschuß des Imports über den des Exports betrug in den ersten neun Monaten von 1925 273 Millionen £, in den ersten neun Monaten von 1926 aber schon 316 Millionen £. Eine Erhöhung des Ueberschusses also um fast 16 Prozent. England lebt immer mehr auf Kosten seiner ausländischen Reserven, die

Möglichkeiten seines Kapitalexports werden immer schmaler. Laut Berechnung des Board of Trade ergab die Handelsbilanz von 1923 153 Millionen £ für neue Investitionen im Ausland. In 1924 waren es nur 63 Millionen £, 1925 gar nur 28 Millionen £. Das Wachstum des Importüberschusses mit 43 Millionen £ in den ersten neun Monaten dieses Jahres hat die letzten Möglichkeiten für Kapitalexport in diesem Jahr hinfällig gemacht. Das halbe Jahr des Kohlenstreiks hatte das Ergebnis, daß England nicht nur kein Kapital exportieren kann, sondern ziemlich tief in seine ausländischen Reserven greifen muß, um seine tagtäglichen Lebensbedürfnisse decken zu können.

Mit der allgemeinen Depression, mit der Vernichtung der Profite der Schwerindustrie, mit der Passivität der Handelsbilanz hängt auch die Erschütterung des Staatsbudgets zusammen. Bis zum 9. Oktober 1926 zeigte das Budget ein Defizit von 82 Millionen £, verglichen mit dem Defizit von nur 57 Millionen £ in der entsprechenden Periode des letzten Jahres. Die verheerende Wirkung der ökonomischen Katastrophe kommt aber in diesem Defizit noch nicht vollständig zum Ausdruck, da der Ausfall der Steuereinkünfte sich erst in den späteren Monaten fühlbar machen wird. Ein ständiger Goldabfluß aus der Schatzkammer der Bank von England findet so statt. Laut Berechnungen des „Economist“ vom 30. Oktober hat sich der dauernde Abfluß von Gold fortgesetzt („the steady drain of gold has continued.“)

Das Pfund Sterling steht unter der Goldparität „is slightly depreciated in terms of gold at the moment“ („Economist“).

Die Befürchtung, daß die Bank von England die Bankrate erhöhen muß, ist ziemlich allgemein. Immer offener bespricht man die Möglichkeiten der Erschütterung der Goldvaluta. Die Forderung des Verbots der Kapitalausfuhr erhebt sich aus verschiedenen Lagern der britischen Bourgeoisie. Der „Statist“ vom 28. August spricht schon über das Vorhandensein eines „tatsächlichen Embargos“. Der „Economist“ vom 2. Oktober spricht über die „Probability“ eines neuen Embargos für ausländische Anleihen. J. M. Keynes, der bekannte liberale Oekonomist, der sich schon gegen das Aufheben des ersten Embargos und die Einführung der Goldvaluta ausgesprochen hatte, stellt die Prognose der Unmöglichkeit der Herstellung der britischen Industrie und der Gesundung des britischen Handels ohne die Wiedereinführung des Kapitalausfuhrverbotes: „I should like to see the Embargo reimposed at once.“ („Ich wäre für die sofortige Wiedereinführung des Embargo.“ Nation and Athenaeum, 23. Oktober 1926.) Der „Statist“, die Bankiers gegen die Beschuldigungen Keynes verteidigend, schreibt folgendermaßen: „Where Mr. Keynes errs, is in assuming, that he has the monopoly of the foresight he pledges.“ (23. Oktober.) Alles, was die Gegner des Verbotes der Kapitalausfuhr im allgemeinen bestreiten, ist nicht die Notwendigkeit der Einführung des Embargo, sie bestreiten nur, daß Keynes ein Monopol habe für das Voraussehen der Notwendigkeit des Verbots der Kapitalausfuhr.

Der Außenhandel Großbritanniens schrumpft zusammen. Die Handelsbilanz wird immer passiver. Die Goldvorräte der Bank von England verringern sich. Die Festigkeit der neu hergestellten Goldvaluta ist wiederum in Gefahr; ein Verbot der Kapitalausfuhr ist notwendig und eigentlich

schon praktisch durchgeführt. Aber das ist noch nicht alles. Immer klarer zeigt es sich, wie die tiefgehenden finanziellen Schwierigkeiten Großbritanniens immer mehr von dem amerikanischen Finanzkapital abhängig machen. „Statist“ vom 30. Oktober stellt fest, daß die Gefahr einer Erhöhung der Bankrate nur dann vermieden werden könnte, wenn das Pfund Sterling im Verhältnis zum Dollar nicht unter die Goldparität fallen würde.

Das sind die Hauptzüge der wirtschaftlichen Lage Englands nach sechs Monaten Bergarbeiterstreik.

Ein halbes Jahr des Kohlenarbeiterstreiks hat Englands Volkswirtschaft auf Jahre zurückgeworfen.

### *III. Die Schwächung der weltpolitischen Situation Englands*

Die ökonomischen Schwierigkeiten der britischen Bourgeoisie haben ihre außenpolitische Aktivität sehr stark lahmgelegt. Durch die innere Politik vollständig in Anspruch genommen, zeigte die britische Weltpolitik im letzten halben Jahre viele Schwächen. Nicht nur die ökonomische, die Handelsbilanz Großbritanniens, sondern auch seine politische Bilanz zeigt sich passiv in dieser Periode. In folgendem geben wir die kurze Analyse der vier Fragengruppen der auswärtigen Politik, die im letzten Jahre — teilweise in direktem, teilweise in indirektem Zusammenhang mit dem Kohlenstreik — die Schwächung der weltpolitischen Position Großbritanniens zeigen:

#### 1. Die deutsch-französische Annäherung

Locarno zeigte den weltpolitischen Einfluß Großbritanniens in der letzten Periode auf seinem Höhepunkt.

Frankreichs kontinentale Hegemonie wurde geschwächt, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund als Gegengewicht gegen Frankreich gesichert, die „westliche Orientierung“ mit der Spitze gegen die Sowjetunion angenommen, eine Art Block der europäischen Mächte gegen den Gläubiger Amerika zustande gebracht. Locarno aber wurde durch Genf, durch die Eifersüchteleien der europäischen Mächte untereinander und das Veto Brasiliens, hinter dem die Vereinigten Staaten standen, gesprengt. Eine Neugruppierung der Kräfte begann nach Genf, eine ökonomische Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland fand statt, der kontinentale Stahltrust wurde gegründet, in Thoiry wurde die Grundlage für eine politische Entente zwischen Deutschland und Frankreich gelegt. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund kam nicht als Triumph Großbritanniens; Deutschland trat über die Schwelle des Völkerbundes nicht als Gegengewicht in der englischen Rechnung gegen Frankreich, sondern als Gegengewicht in der französischen Rechnung gegen England.

Niemand kann natürlich wissen, welche lange Lebensdauer diese Neugruppierung der Mächte haben wird, jedenfalls aber bedeutet sie eine wesentliche Schwächung der weltpolitischen Stellung Großbritanniens. Und es sind nur Notmaßnahmen, wenn die britische Diplomatie jetzt Frankreich durch Italien als Verbündeten (Livorno) ersetzen will und auch zwischen deutschen und englischen Industriellen Zusammenkünfte (Romsey) organisiert. Livorno ist kein Ersatz für Thoiry und Romsey noch weniger Ersatz für den kontinentalen Stahltrust. Der Stahltrust wurde nicht ausdrücklich

gegen England organisiert, die englische Stahlindustrie wurde sogar aufgefordert, sich dem Trust anzuschließen. Die englische Stahlindustrie ist aber nicht in der Lage, solche internationalen Vereinbarungen zu treffen, und darum muß sich der Stahltrust letzten Endes gegen die britische Stahlindustrie auswirken. Die Gründung des kontinentalen Stahltrusts hat jetzt blitzartig die Rückständigkeit der britischen Schwerindustrie beleuchtet. Die Stahlindustrie Englands kann sich dem internationalen Trust deshalb nicht anschließen, weil sie noch nicht genügend durchorganisiert ist:

„Our abstention is at the moment due to the practical consideration that the British Steel Industry is not sufficient organised to be able, to regulate British production.“ („Unser Verzicht im gegenwärtigen Moment ist durch die praktische Erwägung geleitet, daß die britische Stahlindustrie noch nicht genügend durchorganisiert ist, um die britische Produktion zu regulieren.“) („Economist“, 9. Oktober 1926.)

Die britische Bourgeoisie ist sogar gezwungen, festzustellen, daß die britische Wirtschaft so unorganisiert dasteht, daß sie weder einen „Stahlkrieg“ zu führen noch einen „Stahlfrieden“ zu schließen imstande ist.

„British trade in its present unorganised condition is as little capable of engaging in a steel war as it is in co-operating in an organised manner with an European combine, and it will not be able to do either one or the other until it has devised some means for concentrating production of different classes of steel in those works, best equipped to produce them, and thus reducing costs by running the most efficient works at their full capacity.“ („Die britische Wirtschaft in ihrem gegenwärtigen unorganisierten Zustand ist gerade so wenig fähig, einen Stahlkrieg zu führen, wie in organisierter Weise an einem europäischen Zusammenschluß sich zu beteiligen, und wir werden weder das eine noch das andere zu tun fähig sein, bis wir Wege gefunden haben, um die Produktion verschiedener Klassen von Stahl in den Werken zu konzentrieren, die am besten zu ihrer Produktion eingerichtet sind und so die Produktionskosten durch die volle Beschäftigung der am besten eingerichteten Werke herabsetzen.“ „Economist“, 2. Oktober 1926.)

## 2. Das Fiasko der englischen Einkreisungspolitik gegen die Sowjetunion

Auf zwei Linien arbeitet die britische Bourgeoisie an der Einkreisung der Sowjetunion: auf der Linie des Völkerbundes und auf der Linie des Blocks der Nachbarstaaten Sowjetrußlands. Das letzte halbe Jahr brachte Mißerfolge für die britische Diplomatie auf beiden Linien. Das Eintreten Deutschlands in den Völkerbund sollte den Völkerbund als Organisation der kapitalistischen Mächte gegen die Sowjetunion vollständig machen. Die deutsche Bourgeoisie hat zwar die weltpolitische Wendung nach dem „Westen“ vollzogen, die Sowjetdiplomatie war aber doch imstande, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund durch den Abschluß des Neutralitätsvertrages abzuschwächen. Der englisch-französische Gegensatz im Völkerbund selbst aber schränkt auch die Möglichkeiten für die britische Bourgeoisie in der Ausnutzung des Völkerbundapparates selbst ein. Der andere große Plan der britischen Bourgeoisie, das Zustandebringen des Bundes aller Nachbarstaaten der Sowjetunion „von Meer zu Meer“, mußte auch in der letzten Periode Mißerfolge verzeichnen. Die baltischen Länder weigerten sich offen, feindlich gegen die Sowjetunion aufzutreten, und Litauen hat sogar offen die sowjetfeindliche Front durch den Abschluß des Neutralitätsvertrages mit der Sowjetunion durchbrochen. Italien nähert sich zwar an Rumänien, wagt aber doch nicht, den bessarabischen Raub zu sanktionieren.

### 3. Die Siege der chinesischen Revolution

Jede gewonnene Schlacht der revolutionären Kantonarmee ist eine verlorene Schlacht für den britischen Imperialismus. Je höhere Wellen die nationale Revolution Chinas schlägt, desto mehr wird der Einfluß Großbritanniens zurückgedrängt. Die nationale Revolution Chinas betrachtet den britischen Imperialismus als den Feind. Die Presse der britischen Bourgeoisie sieht mit wachsender Besorgnis diese Lage, und die britische Bourgeoisie versuchte im letzten halben Jahr öfters, die bewaffnete Intervention der imperialistischen Mächte zustande zu bringen. Japan aber forderte einen zu hohen Preis für seine Mitwirkung, es verlangte das Aufgeben der Singapore Flottenstation und Teilung der Einflußsphäre in den reichsten Gebieten Mittelchinas. Der Imperialismus der Vereinigten Staaten aber sprach sich gegen die Intervention aus, da er sich als „Parvenue“ bei der Politik der „Offenen Tür“ gegenüber dem „arrivé“-Imperialismus Großbritanniens sehr wohl fühlt. Das Vorwärtsschreiten der chinesischen Revolution bedeutet auch eine Bresche in der englischen Einkreisungspolitik gegenüber Sowjetrußland. Wenn der britische Imperialismus dem chinesischen Volk als der personifizierte Feind, als der Feind par excellence erscheint, so steigt der Stern der Sowjetunion als Freund und Verbündeter der unterdrückten Völker im Osten immer höher.

### 4. Die zentrifugalen Tendenzen des britischen Imperialismus

Die Imperial-Konferenz, die am 20. Oktober in London eröffnet wurde, hat die fortschreitende Paralyse des britischen Imperiums vor aller Welt enthüllt. Die Beratungen dieser Konferenz sind eigentlich Beratungen darüber, ob und wie das britische Imperium überhaupt aufrecht erhalten werden kann. Das erste Bindeglied des britischen Imperiums bestand im Kapitalexport der Metropole nach den Dominions und den Kolonien. Nach dem ersten formellen Kapitalexportverbot ist jetzt aber Großbritannien gezwungen, wenn auch nicht formell, wiederum das Embargo für Kapitalausfuhr durchzuführen. Baldwin versuchte zwar, in der Imperial-Konferenz die Sentimentalität der Vertreter der Dominions zu erwecken, indem er sie daran erinnerte, daß Großbritannien im Laufe der Jahrzehnte bis Ende 1925 nicht weniger als 2850 Millionen an die Dominions ausgeliehen hätte. Gleichzeitig aber war er gezwungen, festzustellen, daß Großbritannien nicht mehr in der Lage ist, diese Kapitalexportpolitik weiterzuführen, und die Dominions sind daher immer mehr gezwungen, sich mit ihren Kreditbedürfnissen an Amerika zu wenden.

Das zweite Bindeglied des britischen Imperiums bestand darin, daß das Mutterland bereit und fähig war, den Rohstoffexport der Dominions aufzunehmen. Das Zusammenschrumpfen des britischen Außenhandels in den letzten neun Monaten schränkte ebenfalls seine Aufnahmefähigkeit empfindlich ein.

Das dritte Bindeglied des britischen Imperiums bildet die englische Flotte. Die Dominions haben ihren eigenen Militarismus und Marinismus in der Vergangenheit nicht entwickelt, sie wurden durch die bewaffneten Kräfte Großbritanniens „verteidigt“. Die unbestrittene Vorherrschaft der britischen Flotte ist aber vorüber und die in ungeheuren Sprüngen vor-

wärts schreitende Entwicklung der Seerüstungen der Vereinigten Staaten besitzt immer größere Anziehungskraft auf die Dominions.

Auf Grundlage der Lockerung dieser materiellen Bindeglieder des britischen Imperiums haben sich in den letzten Jahren die zentrifugalen Tendenzen auch in politischer Hinsicht entwickelt. Im letzten halben Jahr aber, wo die materielle Stärke des Mutterlandes so sichtbar gesunken ist, wo die britische Bourgeoisie und ihre Regierung mit schweren inneren Schwierigkeiten kämpfen mußte, wo das Ansehen der britischen Regierung durch den inneren Klassenkampf so gelitten hat, erhoben die Unabhängigkeitsbestrebungen der Dominions ihren Kopf immer höher. Am Vorabend der Imperial-Konferenz ist der Konflikt mit Australien ausgebrochen, wo die Forderung erhoben wurde, nicht mehr englische, sondern australische Gouverneure zu haben. Südafrika stellte die Frage seiner eigenen nationalen Flagge und souveränen Unabhängigkeit. Kanada durchlebte einen stürmischen Wahlkampf im Zeichen des Kampfes gegen die Vorrechte des britischen Generalgouverneurs, einen Wahlkampf, der mit einem überwältigenden Sieg der anti-britischen Liberalen Partei endete. Am Vorabend der Imperial-Konferenz ernannte Kanada seinen eigenen Gesandten in Washington, nachdem schon Irland seinen eigenen Gesandten nach der amerikanischen Hauptstadt entsandt hatte. Irland forderte einen eigenen Platz im Völkerbundsrat und damit die vollständige außenpolitische Unabhängigkeit, ebenso wie Kanada seine diplomatische außenpolitische Unabhängigkeit mit der Ablehnung des Locarno-Vertrages bekundete. Die Imperial-Konferenz steht vor dem Problem der zentralen Frage, wie weit die Dominions verpflichtet sind, die Kriegsaktionen und Friedensschlüsse Großbritanniens mitzumachen. Der schrittweise Niedergang des außenpolitischen Systems des britischen Imperiums wird durch die folgenden Sätze des führenden außenpolitischen Organs des britischen Weltreiches plastisch charakterisiert:

„The difficulty of the present day situation is largely due to the fact, that the assumption which has governed the conduct of foreign affairs since the appearance of the Imperial War Cabinet in 1917 — namely, that it was possible for the six self-governing nations of the Empire to consult together sufficiently continuously and sufficiently effectively to formulate a common policy for dealing with foreign affairs and to make themselves jointly responsible for such a common policy — has broken down. The system worked triumphantly at the Washington Conference on the Pacific and Naval disarmament. It began to weaken at Chanak. It was badly strained at Lausanne. It was only maintained by a fiction during the London Conference on Reparations. It disappeared altogether at Locarno.“ („Die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation sind zum größten Teil auf die Tatsachen zurückzuführen, daß die Annahme, die die Führung der auswärtigen Geschäfte seit dem imperialen Kriegskabinet 1917 möglich gemacht hat — nämlich, daß es für sechs sich selbst regierende Nationen des Imperiums möglich wäre, sich gegenseitig so fortdauernd und gründlich zu verständigen, um eine gemeinsame Politik in den auswärtigen Angelegenheiten zu formulieren und gemeinsam für diese gemeinsame Politik die Verantwortung zu übernehmen — zusammengebrochen ist. Das System arbeitete glänzend während der Washingtoner Konferenz bei den Fragen des Pacific und der Flottenabrüstung. Es begann schwächer zu werden in Chanak. Es wurde aufs äußerste gespannt in Lausanne. Es konnte nur durch eine Fiktion während der Londoner Reparationskonferenz aufrecht erhalten werden. Es verschwand vollständig in Locarno.“ „Round Table“, Nr. 64, September 1926.)

Die grundlegenden Tatsachen der weltpolitischen Lage der letzten Monate ist folgende: die deutsch-französische Annäherung, die Schaffung des kon-

tinentalen Stahltrust, das Fiasko englischer Einkreisungspolitik gegen die Sowjetunion, die Siege der chinesischen Revolution und der Zersetzungsprozeß innerhalb des britischen Imperiums — und im Hintergrund aller dieser Faktoren die wachsende Macht und wachsende Konkurrenz des amerikanischen Imperialismus sowohl wie die wachsende Macht und Stabilisierung der Sowjetrepublik — wirken alle in derselben Richtung zur Schwächung der weltpolitischen Stellung Großbritanniens.

#### *IV. Die Verschärfung der Klassengegensätze*

Die Klassengegensätze verschärfen sich rasch und wie noch niemals in England, als Folge des Generalstreiks und des Bergarbeiterstreiks. Die Kräfte der Bourgeoisie und des Proletariats prallen unmittelbar gegeneinander, wie noch niemals in der Geschichte Großbritanniens. Es war kein Zufall, es war nur eine dramatische Zusammenfassung der gesamten Situation, wenn die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter in London am selben Tage die Unterjochungsvorschläge der Tory-Regierung verwarf, die Verschärfung des Kampfes proklamierte, die Organisation eines „Kriegsrats“ verkündete, als der Kongreß der Konservativen Partei in Scarborough der gesamten Gewerkschaftsbewegung Großbritanniens den Krieg erklärte. Ministerpräsident Baldwin selbst charakterisierte in seiner Scarborough-Rede die Situation, indem er die Behauptung aufstellte, die Lage in der englischen Industrie sei jetzt der Lage in Europa vor dem Kriege gleich: Schon die Tatsache, daß sich auf beiden Seiten mächtige, bis an die Zähne bewaffnete Organisationen befinden, müsse letzten Endes zu Gewalttätigkeiten führen. Es ist charakteristisch für die Lage, daß zur selben Zeit, wo die gesamte konservative Presse gegen die „diktatorischen Gelüste“ der Arbeiterschaft wütet, zwei liberale Zeitschriften, die „Nation“ und „The New Statesman“, eine große Diskussion über den „Klassenkrieg“ führen.

Die grundlegende Tatsache der englischen Lage ist, daß die Regierung in den Augen der breitesten Massen ihren überparteilichen Charakter verloren hat. Was früher nur die Kommunisten gesagt haben, daß die Regierung nur eine Klassenregierung der Bourgeoisie ist, wird jetzt von den Führern der Labour Party und auch von der Liberalen Partei wiederholt. Lloyd George erklärte in seiner Barnstaple-Rede vom 17. Oktober: „Class war began at Scarborough.“

Man kann die Bedeutung der Tatsache nicht überschätzen, daß England — das freie, das demokratische England! — seit mehr als sechs Monaten mit dem Ausnahmezustand regiert wird. Das diktatorische Vorgehen der Bourgeoisie und ihrer Regierung muß selbstverständlich zerstörend auf die parlamentarischen Illusionen wirken. Das Achtstundengesetz in den Bergwerken wurde sogar von der Liberalen Partei als Klassengesetz bezeichnet. Tausende von englischen Arbeitern wurden während der letzten sechs Monate ins Gefängnis geworfen. Besonders hart wurde die Kommunistische Partei verfolgt. Nicht weniger als 1200 Mitglieder der Kommunistischen Partei wurden verhaftet, also — laut dem politischen Bericht des Zentralkomitees auf dem britischen Parteitag — zwischen ein Viertel und ein Fünftel der gesamten Vor-Streik-Mitgliedschaft der Partei. Die Versammlungsverbote gegen die Führer der Bergarbeiterföderation sprachen



eine klare und für die Arbeitermassen verständliche Sprache. Die berühmte „Selbstverwaltung“ der englischen Gemeinden wurde durch das Tory-Gesetz zerstört, das die Regierung ermächtigt, die gewählten lokalen Verwaltungsbehörden, die sich als „zu arbeiterfreundlich“ erwiesen, einfach abzusetzen. Die Sozialpolitik wird nach rückwärts revidiert, die Arbeitslosenunterstützungen und die Armenfürsorgegesetze gestutzt. Die Röntgenstrahlen des Generalstreiks und des Bergarbeiterstreiks haben die berühmte englische Konstitution durchleuchtet. Die Arbeiterklasse sieht mit Verwunderung zum erstenmal das Skelett der Diktatur der Bourgeoisie unter dem weichen Fleisch und Fettpolster der „Demokratie“. Die Niederringung des Bergarbeiterkampfes wird von der Bourgeoisie als politischer Kampf ersten Ranges betrachtet und geführt. Die Bergarbeitergewerkschaft wird von ihr in erster Reihe wegen ihrer politischen Bedeutung als mächtige Zitadelle des britischen Proletariats bekämpft. Die „Times“ vom 19. August erklären ganz offen:

„Der Widerstand der Bergwerksbesitzer gegen ein Reichsabkommen mit der Bergarbeitergewerkschaft entspringt nicht so sehr dem Gedanken, daß ein derartiges Abkommen die Löhne der ganzen Industrie standardisiert, als aus der Einsicht, daß die allgemeine Organisation der Bergleute ein aggressiver Faktor in der Durchsetzung politischer Ziele geworden ist.“

Die liberale „Nation“ beschäftigt sich mit den „Ideologen“ in der Bergwerksunternehmerorganisation (Mining Association). Sie zitiert den Führer der Bergwerksbesitzer Evan Williams:

„The moment you have set up a national agreement with a National Board you bring every question that is relevant to that Board forward as a political issue, with debates in the House of Commons and you get the Government involved. . . .“ („In dem Moment, wo ein nationales Abkommen mit einer nationalen Behörde abgeschlossen ist, wird jede solche Frage zu einer politischen Frage, mit Debatten im Unterhaus, und die Regierung wird hineingezogen. . . .“ „Nation“, 11. September 1926.)

Vier grundlegende Linien zeigt die Analyse der politischen Lage Englands, die die Verschärfung der Klassengegensätze aufzeigen:

1. Der Sieg der Diehards innerhalb der Konservativen Partei;
2. die Schwächung der Tory-Regierung im Lande;
3. die Zersetzung der Liberalen;
4. das Aufsteigen der Labour Party.

#### 1. Sieg des rechten Flügels in der Konservativen Partei

Durch den Generalstreik und durch den Bergarbeiterstreik sind wichtige Umgruppierungen in der herrschenden Konservativen Partei vor sich gegangen. Noch bei den Wahlen Ende 1924 wurde die Konservative Partei durch die gemäßigeren zentristischen Elemente beherrscht. Die konservative Presse gefiel sich darin, Baldwin, den Führer der Partei, als „ruhigen“, „vernünftigen“, zu Kompromissen neigenden Mann zu schildern. Baldwin selbst schwärmte für patriarchalische Zustände in der Industrie. Seine Hauptparole lautete: „Peace in our time“. Die Krise des Generalstreiks und des Bergarbeiterstreiks hat jetzt den aggressiven rechten Flügel der Diehards zum führenden Element der Konservativen Partei gemacht.

Der Kongreß der Tory-Partei in Scarborough war ein ausgesprochener Sieg der Diehards. Die ganze Politik der Konservativen ist jetzt auf die Offensive gegen das Proletariat, auf die Zertrümmerung der Arbeiterbewegung gerichtet.

Eine Reihe Fragen wirken innerhalb der Konservativen Partei, die Fraktionsgegensätze erzeugen. Es sind dies die alten Fragen des Schutzzolles oder Freihandels, die Frage der Bekämpfung der Sowjetunion, die Frage der Methoden der Bekämpfung des Bergarbeiterstreiks und die Probleme der Methoden der allgemeinen Bekämpfung der Gewerkschaften, die in den letzten Monaten zwischen den Zentristen und dem Diehard-Flügel der Konservativen Partei Streitfragen bildeten. In der Frage des Verhältnisses zur Sowjetunion siegte noch Baldwin, aber es zeigt schon eine Lockerung der Parteidisziplin, wenn zwölf konservative Abgeordnete den Vorschlag für Annullierung des Handelsvertrages mit der Sowjetunion einbrachten und nach der Stellungnahme des Ministerpräsidenten im Parlament gegen den Vorschlag sich weitere sechs Abgeordnete dem Vorschlag angeschlossen haben. Damals siegte noch Baldwin. In Scarborough kam dann der vollständige Durchbruch und der Sieg der Politik der Diehards. Scarborough hat die Tory-Partei und ihre Regierung zur Zertrümmerung der Gewerkschaften verpflichtet. Scarborough stellte die Forderung der Wiederherstellung der alten Macht des House of Lords auf. Es ist bezeichnend, daß von 47 Vorschlägen, die in Scarborough vorgelegen haben, nicht weniger als 12 die Gewerkschaftsfrage und 7 die Frage des Oberhauses behandelten. Das führende konservative Organ, die „Morning Post“, führt eine Diskussion über die Frage der Restaurierung der Machtbefugnisse des Oberhauses, die bekanntlich von der liberalen Gesetzgebung der Zeit Lloyd Georges beschnitten worden sind. Wie weit die Konservative Partei durch die Diehards nach rechts gedrängt wurde, zeigt sich am besten in der Tatsache, daß jetzt sogar Churchill zu den „gemäßigeren“ Elementen der Partei gehört. Bekanntlich ging ja Churchill in der Frage der Bekämpfung der Sowjetunion und in der aggressiven Politik des Niederschlagens des Generalstreiks noch mit den Diehards. In der Frage der Schutzzölle und in der Frage der Behandlung des Bergarbeiterstreiks hat er eine „gemäßigtere“ Politik. Er wollte den Streik durch eine Intervention der Regierung zum Abschluß bringen. Er wurde aber von der Regierung fast offen desavouiert. Die Regierung hat ihre, ihr von der Liberalen und der Labour Party vorgeworfene „Untätigkeit“ fortgesetzt, eine „Untätigkeit“, die in Wirklichkeit eine absolut gesteigerte, fieberhafte Tätigkeit zugunsten der Bergwerkeigentümer bedeutet. Schritt um Schritt wurde die Politik der Regierung gegenüber den Bergarbeitern aggressiver. Den ersten Schritt nach rechts tat die Regierung, als sie beim Ausbruch des Generalstreiks die Grundlage des Berichts der Königlichen Kohlenkommission verlassen hat; den zweiten Schritt, als sie bei Erwürgung des Generalstreiks auch das Samuel-Memorandum einfach ignorierte; den dritten Schritt, als sie den Kompromißvorschlag der Bischöfe ablehnte, und den vierten, als sie im September ihren eigenen Vorschlag als Ultimatum bezeichnete und zurücknahm. Die gemäßigeren Elemente betrachten das Vordringen der Diehards mit Unruhe, und es ist bezeichnend, daß eine so konservative Zeitschrift wie die „Fortnightly Review“ (November 1926) die Frage

„Winston Churchill und die Zukunft“ aufwirft und über Churchill als den „Mann der Zukunft“ spricht, der die „Kraft des Diehardismus“ im konservativen Lager zerstören und vielleicht der Führer einer neuen entstehenden „Zentrumspartei“ wird.

## 2. Die Zersetzung der Tory-Regierung

Bei den Wahlen Ende 1924 ist es den Konservativen gelungen, riesige Massen der Kleinbürger um sich zu scharen, im Zeichen der „Verteidigung des Privateigentums“, im Zeichen der „Kommunistengefahr“. Damals sind die Arbeiterwähler der Liberalen Partei auf die Seite der Labour Party übergegangen, deshalb hatte die Labour Party trotz Mandatsverlusts eine Million Stimmenzunahme. Die kleinbürgerlichen Wähler der Liberalen aber sind in hellen Scharen zur Konservativen Partei gelaufen. Die Politik der Tory-Regierung aber, die weder die Frage der Arbeitslosigkeit noch die ökonomische Krise lösen konnte, die aggressive Politik während des Generalstreiks und des Bergarbeiterstreiks hat die Stimmung des Landes vollständig geändert. Die Regierung hat den sozialen Frieden versprochen, und im letzten halben Jahr wurde England durch die schwersten sozialen Krisen seines Daseins erschüttert. Die Popularität und die Autorität der Regierung wurde im letzten halben Jahr ungemein geschwächt. Diese Tatsache ist einer der wichtigsten Charakterzüge der gegenwärtigen Lage. „The New Statesman“ (vom 30. Oktober) sagt mit vollem Recht:

„ . . . every-body, both inside and outside the House of Commons, knows that since May 1st there has been throughout the country a defection of conservative voters that amounts to a landslide. If the Government were to go to the country to-day it would have difficulties in holding even one half of the seats it holds at present.“ („ . . . Jeder, innerhalb und außerhalb des Parlaments, weiß, daß seit dem 1. Mai ein solcher Abfall von konservativen Wählern im ganzen Land stattfand, daß es fast einem Bergrutsch gleichkommt. Wenn die Regierung heute vor das Land hintreten würde, würde es ihr schwer fallen, auch nur die Hälfte der Mandate zu behaupten, die sie heute hat.“)

Die durch keine Parteiverbindungen gehemmte „Review of Reviews“ (vom 15. Oktober) stellt fest:

„Its (the Government) authority has declined so rapidly that doubt wether it can long continue to hold office is spreading ominously; and some of its opponents place the date of dissolution and a general election as early as next February . . . .“

„The opportunity for the Conservative Party to establish itself as an agency of orderly progress and national reconstruction has been lost; and for the moment, there is no other party or political combination in sight to take its place.“

„Ihre (der Regierung) Autorität ist so schnell gesunken, daß ernste Zweifel laut werden, ob sie in der Lage sein wird, sich noch lange im Amte zu halten; einige ihrer Gegner rechnen mit der Parlamentsauflösung und mit Neuwahlen bereits für den nächsten Februar.“

„Die Gelegenheit für die Konservative Partei, sich als Faktor ruhigen Fortschritts und nationalen Wiederaufbaues zu erweisen, ist verloren; und im Moment ist keine andere Partei oder politische Kombination in Sicht, die ihre Stelle einnehmen könnte.“

Die kleinbürgerlichen Massen, die 1924 zur Konservativen Partei übergegangen sind, beginnen jetzt die Konservative Partei zu verlassen. Schon 1924 hatte die Konservative Partei nicht die absolute Majorität, sie erhielt nur 46 Prozent der abgegebenen Stimmen, und unter den eigenartigen Verhältnissen der englischen Wahlgeometrie genügt eine verhältnismäßig

kleine Verminderung ihrer Wähler, um sie auch im Parlament in eine Minorität zu verwandeln. Alle Nachwahlen seit dem Ausbruch des Generalstreiks endeten aber mit einer starken Verminderung ihrer Stimmzahl oder mit einem Verlust ihres bisherigen Mandats.

### 3. Die Zersetzung der Liberalen Partei

Es gehört zum Wesentlichen der Lage, daß das Sinken der Autorität und des Prestiges der Konservativen Partei, die zu ihrer Niederlage führen kann, wenn gegenwärtig eine Wahl stattfinden würde, nicht zum Wachstum des Prestiges und der Popularität der Liberalen Partei geführt hat. Umgekehrt, der Generalstreik und der Bergarbeiterstreik hat den schon seit Jahren andauernden Zersetzungsprozeß der Liberalen Partei ungemein beschleunigt.

Die Liberale Partei war einst die klassische Partei der Bourgeoisie. Seit dem Aufkommen des Finanzkapitals wurde die Konservative Partei immer mehr zur Partei des Großkapitals, und die Liberale Partei verwandelt sich immer mehr zu einer Partei des Kleinbürgertums, der technischen und industriellen Intelligenz und auch mancher Teile der Arbeiterklasse.

Seitdem schwankt die Liberale Partei ununterbrochen zwischen der Konservativen Partei und der Labour Party, ebenso wie das Kleinbürgertum zwischen dem Kapital und dem Proletariat ständig hin und her pendelt. Während des Krieges schloß Lloyd George, der Führer des kleinbürgerlichen Flügels der Liberalen Partei, eine Koalition mit den Konservativen; in den Nachkriegszeiten versucht er durch seinen „Kohlenplan“ und durch seinen „Landplan“ eine Annäherung an die Labour Party. Die Wahl von 1924 brachte die politische Niederlage der Liberalen Partei eben deshalb, weil die Wahlen auf der Grundlage des pro und kontra Privateigentum geführt worden sind, und die Massen der Kleinbürger die Konservative Partei als besseren Schutz des Privateigentums empfanden. Schon Anfang 1926 verließ Sir Alfred Mond, ein einflußreicher Kapitalist, die Liberale Partei und schloß sich der Konservativen Partei an. In seinem Brief an Lord Oxford gab er folgende Begründung:

„Die einzige Frage, die heute steht, ist Sozialismus gegen Individualismus, und die Konservative Partei ist ein besseres Instrument zur Bekämpfung des Sozialismus.“

Der Generalstreik hat dann die Zersetzung der Liberalen Partei bis zu Ende geführt. Mit dem Instinkt eines Demagogen witterte Lloyd George im Generalstreik eine populäre Frage und wollte sich nicht für die „Diktatur der konservativen Regierung“ erklären. Der Führer des Bourgeois-Flügels, Lord Oxford, schlug sich aber offen auf die Seite der Tories und forderte Gewaltmaßnahmen zur Niederschlagung des Generalstreiks.

Ein anderes einflußreiches Mitglied der Liberalen Partei, Hilton Young, verließ ebenfalls die Partei und schloß sich mit folgendem Brief an Baldwin der Konservativen Partei an:

„Ich sehe nur eine Kluft in unserer gegenwärtigen Politik. Auf der einen Seite ist die individuelle Freiheit und Prosperität, gestützt von konstitutionellen Methoden. Auf der anderen Seite ist Sozialismus und Widerwärtigkeit, die sich immer offener auf unkonstitutionelle und revolutionäre Methoden verlassen. Der Generalstreik hat

mich überzeugt, daß angesichts dieser tiefen Kluft die Aufrechterhaltung kleinerer politischer Unterschiede nicht mehr vereinbar ist mit der Pflicht gegenüber der Gesellschaft.“

Die Abdankung Lord Oxfords als Führer der Liberalen Partei hat eine temporäre und scheinbare Einheit der Partei wiederhergestellt. Wie schwankend aber diese Einheit ist, zeigt der Austritt eines der bekanntesten Vertreter des „radikalen Flügels“ der Liberalen Partei, Kenworthy, und sein Uebertritt zur Labour Party. Die Liberale Partei ist heute unfähig, eine selbständige Politik zu machen. Ihre bourgeoisen Elemente gehen zur Konservativen Partei, ihre kleinbürgerlichen Elemente aber werden immer mehr durch die Anziehungskraft der Labour Party beeinflusst.

#### 4. Der Aufstieg der Labour Party

Der Einfluß der Labour Party befindet sich im Wachsen. Dieses Aufsteigen des Masseneinflusses wurde während der letzten sechs Monate un-  
gemein verstärkt. Alle Nachwahlen im Parlament und alle Munizipalwahlen, die in den letzten Monaten stattfanden, zeigten den Siegeszug der Labour Party. Die Bedeutung dieser Siege wird noch dadurch erhöht, daß sehr oft die Konservativen und die Liberalen eine Wahlkoalition gegen den Labour Party-Kandidaten geschlossen hatten.

Die Stimmen der Labour Party erhöhten sich bei den Munizipalwahlen von London (Januar 1926) von 35 auf 38,4 Prozent aller Stimmen. Die Munizipalnachwahlen in Birmingham (Februar 1926) haben die liberale Mehrheit in eine Labour Party-Mehrheit umgewandelt. Die Parlamentsnachwahlen in Darlington (Februar 1926) haben eine konservative Majorität von 2166 in den allgemeinen Wahlen von 1924 in eine Labour Party-Majorität von 329 verwandelt. Die Parlamentswahl von Bothwell (März) vergrößerte die Labour Party-Mehrheit von 3227 (1924) auf eine Mehrheit von 6090. Unter dem unmittelbaren Eindruck des Generalstreiks wurde die Konservative Partei von der Labour Party nacheinander in zwei Parlamentsnachwahlen besiegt. Die Parlamentsnachwahl in East Ham (Mai) verwandelte die konservative Majorität von 1057 in eine Labour-Majorität von 1627. Die Nachwahlen in North Hammersmith (Mai) zeigten die Umwandlung der konservativen Majorität von 1955 Stimmen in eine Labour-Majorität von 3611 Stimmen. Bei den Munizipalnachwahlen von Chiswick (London) (Juni) wurde die frühere Tory-Majorität von 472 in eine Labour-Majorität von 541 umgewandelt. Bei den Munizipalnachwahlen in Ladywood (Birmingham) haben die Konservativen ihre Mehrheit verloren und die Labour Party errang eine Mehrheit von 1146. Die Parlamentsnachwahl in Wallsend (Juli) verringerte die Stimmen der Konservativen um 5833 und erhöhte die Labour Party-Mehrheit von 1602 auf 9027. Die letzten Munizipalwahlen, die unter dem unmittelbaren Eindruck der Verschärfung des Bergarbeiterstreiks und der aggressiven Politik der Regierung gegen die Gewerkschaften abgehalten wurden, zeigten einen Mandatsgewinn von 206 für die Labour Party.

Eine interessante Berechnung des schottischen Organs der ILP „Forward“ (2. Oktober 1926) stellt fest, daß bei allen Nachwahlen seit den allgemeinen Wahlen sich die Stimmen der Konservativen vermindert haben.

Diese Verminderung macht im Durchschnitt eine Reduktion von 5000 Tory-Stimmen per Wahlkreis aus. Bis Ende Juli 1926 waren die Stimmen der Labour Party höher als die Stimmen der Tories in den Nachwahlen. Die Labour Party erhielt zusammen 200 093, die Konservative Partei aber nur 196 430 Stimmen. Die oppositionellen Stimmen (also Labour und Liberale zusammen) haben die Tories noch stärker überflügelt: Sie machten bis Ende Juli 342 216 Stimmen aus.

Nicht nur immer größere Arbeitermassen strömen zur Labour Party, indem sie die kapitalistischen Parteien verlassen, sondern auch breite Schichten des Kleinbürgertums beginnen in der Labour Party ihre Interessenvertretung zu sehen. Es ist kein Zufall, daß in der letzten Labour Party-Konferenz in Margate die Frage der Agrarpolitik eine so beherrschende Rolle spielte. Die Labour Party will nicht nur die städtischen, sondern auch die ländlichen Massen als Vorbedingung der Erreichung ihrer Majorität im Parlament bei den nächsten Wahlen gewinnen. Die Politik der Labour Party geht immer direkter in dieser Richtung, sie will nicht mehr nur als eine Partei der Gewerkschaften gelten, sondern sie möchte als eine allgemeine Partei der breiten Wählermassen erscheinen. Daraus erklärt sich auch die Ausschlußpolitik der Leitung der Labour Party gegen die Kommunisten.

#### V. Die Differenzierung in der Arbeiterbewegung

Auf Grund des Niedergangsprozesses des britischen Imperiums, des Herabsinkens der Arbeiteraristokratie von ihrer bevorzugten Lebenshaltung und des Sinkens des Lebensstandards der britischen Arbeitermassen im allgemeinen sehen wir schon seit Jahren die Herauskristallisierung eines linken Flügels in der britischen Arbeiterbewegung. Diese Differenzierung wurde aber durch den Generalstreik und den Bergarbeiterstreik ungemein beschleunigt und verschärft. In den letzten sechs Monaten treten zwei historisch wichtige Differenzierungen in der englischen Arbeiterbewegung hervor.

Die erste Differenzierung kam unmittelbar nach dem Generalstreik. Die breite linke Massenbewegung, die sich in einer verschwommenen Weise bemerkbar machte, die die Mehrheit der Arbeitermassen umfaßte und an deren Spitze ein wesentlicher Teil der alten Gewerkschafts- und Labour Party-Bürokratie stand, differenzierte sich mit dem Abbruch des Generalstreiks. Der Generalstreik wirkte wie Scheidewasser. Die „linken“ Führer traten auf die Seite des rechten Flügels und der Bourgeoisie über und haben natürlich auch einen Teil der Massen mit sich gezogen. Aber Millionen sind links geblieben, vor allem die Massen der Bergarbeiterföderation und auch die Leitung des Bergarbeiterverbandes, die die allgemeine Abrüstung nach dem Generalstreik nicht mitmachte und den Kampf weiter führte.

Die zweite wesentliche Differenzierung fand in der zweiten Phase des Bergarbeiterstreiks statt. Die Führung der Bergarbeiterföderation betritt den Weg des Kompromisses, erteilt dem verräterischen Generalrat der Gewerkschaften die Amnestie, liebäugelte mit den unfrommen Vorschlägen der frommen Bischöfe, zeigte eine defaitistische Neigung, die vernichtenden Regierungsvorschläge anzunehmen. Die Massen der Bergarbeiter aber

folgten ihren Führern nicht auf den Weg des Kompromisses, der Schwankungen und des Verrats. Die Massen der Bergarbeiter zwangen ihre Führer, durchzuhalten. In einer Reihe von Abstimmungen erzwangen sie die Verschärfung des Kampfes. Die Konturen dieses, wenn auch nicht mehr so breiten, aber nicht mehr verschwommenen, immer stärkeren, immer radikaleren, immer stärker unter dem Einfluß des Kommunismus stehenden linken Flügels zeigen sich immer klarer. Alle Ereignisse der britischen Arbeiterbewegung in den letzten Wochen sprechen dieselbe deutliche Sprache. Die Mehrheit der größten Gewerkschaft, der Bergarbeiterföderation, steht heute nicht nur links von den rechten Führern des Generalrats, nicht nur von den Scheinlinken der Sorte Purcell, sondern auch links von Führern wie Cook und Herbert Smith.

Der letzte Gewerkschaftskongreß ebenso wie der letzte Labour Party-Kongreß zeigte das Bild des Auftretens eines entschiedenen linken Flügels. Die Minderheitsbewegung in den Gewerkschaften und das Erstarken der Kommunistischen Partei sind gleichfalls ein Index für die Konsolidierung dieses entschiedenen linken Flügels.

Die Bourgeoisie versucht, einerseits mit Gewalt, andererseits aber durch Tricks und Finessen, durch die Politik des Klassenzusammenwirkens diesen Differenzierungsprozeß innerhalb der Arbeiterbewegung aufzuhalten. Die neueste Parole eines Teiles der Bourgeoisie und eines Teiles der Gewerkschaftsbürokratie lautet: Die Anwendung der „amerikanischen“ Methoden in der Arbeiterbewegung. Die Regierung versucht Gesetzentwürfe über „Ko-Partnerschaft“, „Gewinnbeteiligung“, einzubringen. Viele bürgerliche Vereine und Ligen werden zum Zweck der Herstellung des „industriellen Friedens“ gegründet. Organisationen werden zur „Verteidigung der Freiheit der Arbeit“ geschaffen. Company-Gewerkschaften nach amerikanischem Muster versucht man statt der alten Gewerkschaften zu organisieren. Alle diese Pläne und Vorschläge aber werden für die Massen ein Luftgebilde bleiben. Die Zeiten des Klassenzusammenwirkens in Großbritannien sind nicht in der Zukunft, sondern sie liegen in der Vergangenheit. Die ökonomische und soziale Grundlage des Klassenzusammenwirkens wurde durch den Niedergangsprozeß des britischen Imperiums vernichtet. Angesichts der tiefen Krise der britischen Industrie kann eine „Ko-Partnerschaft“ nur die einer Pleite sein. Da das Wirtschaftsleben durch Ausfall der Profite gekennzeichnet wird, kann eine „Gewinnbeteiligung“ nur eine Beteiligung an den Verlusten sein. Die Kompromißler der Bourgeoisie und der Labour-Bürokraten schlagen eine „Gewinnbeteiligung“ für die Arbeitermassen, eine imaginäre, nicht existierende Gewinnbeteiligung in Zukunft vor, und wollen dafür eine wirkliche, sehr handgreifliche Heraufsetzung der Arbeitszeit und eine Verkürzung der Arbeitslöhne haben.

Die „Amerikanisierung“ der britischen Arbeiterbewegung kann nicht gelingen, kann keine neue Strömung werden. Zwei gewaltige, wirklich existierende Strömungen kann man in den Tiefen der breiten Massen der britischen Arbeiterschaft wahrnehmen: eine Strömung: Weg von der Bourgeoisie, weg von der Konservativen und Liberalen Partei zur Labour Party Macdonalds. Und die andere Strömung: Weg von Macdonald und Thomas zum Klassenkampf, zum Kommunismus.

## VI. Die Perspektive der Reaktion und der zweiten Labour-Regierung

Folgende Hauptmomente zeigen die Richtung der Entwicklung Großbritanniens in der nächsten Zukunft:

1. Der Sieg des Bergarbeiterstreiks ist objektiv möglich. Objektiv waren die Verhältnisse noch niemals so günstig für diesen Sieg wie jetzt. Die ökonomische Erschöpfung des Landes erreicht die Grenze, wo die Regierung unter dem Druck der Massen gezwungen wäre, in der nächsten Zukunft einen Druck auf die Bergwerksbesitzer auszuüben. Die Kohleneinfuhr aus Europa kann nicht mehr gesteigert werden. Alle objektiven Faktoren des Sieges der Bergarbeiter sind in vollem Maße gegeben. Der Sieg ist unausbleiblich, wenn auch die subjektiven Faktoren vorhanden sein würden. Wenn es dem Kampfwillen der großen Masse der Bergarbeiter gelingen wird, die schwankenden Führer wieder in Reih und Glied zu bringen, die defaitistischen Stimmungen der wachsenden Zahl von Streikbrechern zu überwinden, die verräterische Vermittlung des Generalrats auszuschalten, die Intrigen der Regierung zu durchkreuzen, die Gewaltmaßnahmen der Bourgeois-Diktatur zunichte zu machen.

Aber wenn auch die Bergarbeiter durch Verrat ihrer eigenen Führer, durch Ermüdung eines Teiles der Arbeiterschaft selbst und durch nagenden Hunger und Gewaltmaßnahmen der Regierung besiegt werden, so wird ein solcher Gewaltsieg keine wirkliche Lösung der Fragen bringen. Sogar einsichtsvollere Elemente der Bourgeoisie sehen das:

„The present struggle is not likely to come to a clean end. It will tend rather to assume a new form, and to keep our coal fields in a condition of unceasing trouble and confusion, until we succeed in securing the atmosphere of a new regime.“ („Der gegenwärtige Kampf wird kaum zu einem reinlichen Ende kommen. Er wird eher dazu neigen, eine neue Form anzunehmen, und unsere Kohlengebiete in unaufhörlicher Unruhe und Konfusion erhalten, bis es uns gelingt, die Atmosphäre eines neuen Regimes zu erreichen.“ „Nation“, 30. Oktober 1926.)

Und sogar der „Statist“, einer der ausgesprochensten Verteidiger der Interessen des Großkapitals, kommt zu demselben Ergebnis:

„A frayed end to the strike, brought about by sheer exhaustion on the part of the men, would leave a residue of bitterness, that would destroy all chance of establishing that industrial harmony so essential for efficient production.“ („Ein Ende des Streiks, als Ergebnis der gänzlichen Erschöpfung der Arbeiter, würde einen Rest von Bitterkeit lassen, der alle Möglichkeiten der Aufrichtung der industriellen Harmonie zunichte machen würde, die notwendig für eine ertragreiche Produktion ist.“)

Der Kampf der Bergarbeiter ist eben kein gewöhnlicher industrieller Kampf, kann nicht mit gewöhnlichen „gewerkschaftlichen“ Mitteln geführt werden und kann deshalb auch nicht mit „gewöhnlichen“ Mitteln beendet werden.

2. Die allgemeine ökonomische Lage Großbritanniens kann sich in der nächsten Zukunft nicht radikal verändern. Die Absatzmöglichkeiten bleiben unverändert schlecht, die Arbeitslosigkeit wird ständig bleiben, die ökonomische Zerrüttung, verursacht durch den Bergarbeiterstreik, wird (und in dieser Hinsicht hat Churchill tausendmal recht) jahrelang ihre Wirkungen ausüben. Die deutsche und die amerikanische Kohlenindustrie hat, die Kohlenknappheit ausnützend, vielfach langfristige Lieferungsabkommen abgeschlossen, die dadurch die britischen Kohlen für



längere Zeit aus den wesentlichen Teilen des Weltmarktes verdrängen. Der kontinentale Stahltrust wird in der längeren Perspektive den Markt für den Export der britischen Stahlproduktion auf dem Kontinent verengern. Eine wirtschaftliche Krise in Amerika, die in den nächsten ein bis zwei Jahren unvermeidlich ist, wird auch die Vereinigten Staaten zu verschärften Konkurrenzkämpfen auf dem Weltmarkt zwingen. Die Passivität der Handelsbilanz, das Wegströmen der Goldvorräte und die Gefahr der Erschütterung der Valuta bringen Großbritannien in wachsende finanzielle Abhängigkeit vom amerikanischen Finanzkapital.

3. Eine einheitliche Weltpolitik wird das britische Imperium in der nächsten Zukunft nicht mehr zu führen imstande sein. Die Imperialkonferenz, die sich jetzt abspielt, dient viel mehr der Sich-selbst-Bewußtwerdung der Interessengegensätze innerhalb des britischen Imperiums als der Austragung derselben.

4. Die britische Industrie wird jetzt krampfhaft Anstrengungen machen, um ihre Trustifizierung durchzuführen. Sie muß Versäumnisse von Jahrzehnten nachholen. Die amerikanische, die deutsche und sogar die französische Industrie haben sie an Organisiertheit und Konzentration meilenweit hinter sich gelassen. Durch die Kohlenkrise Englands wurde ja die Frage der Trustifizierung oder der Nationalisierung der Kohlenindustrie Englands auf die Tagesordnung gestellt. Die Schaffung des kontinentalen Stahltrusts hat es der britischen Bourgeoisie ins Bewußtsein gebracht, daß ihre eigene Stahlindustrie weder einen „Stahlkrieg“ führen noch einen „Stahlfrieden“ abschließen kann. Rationalisierung und Trustifizierung werden in der nächsten Zukunft die Parole der Stunde in England, und damit auch die Steigerung der schon begonnenen Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse.

5. Das Ansehen der konservativen Regierung befindet sich im Sinken, die Liberale Partei ist in Zersetzung, die Labour Party im Wachstum. Diese Lage ergibt zwei Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit ist, daß die Bourgeoisie und ihre konservative Regierung mit Gewalt versuchen wird, die Arbeiterbewegung zu zertrümmern. Es besteht die Möglichkeit, daß die Bourgeoisie durch diktatorische Methoden, die auch von faschistischen Strömungen begleitet sein werden, die Labour Party in ihrer heutigen Form zertrümmert, sie ihrer Gewerkschaftsgrundlage beraubt und dadurch den parlamentarischen Sieg durch die Eroberung der Mehrheit für die Labour Party verhindert. Diese Perspektive würde zu einer noch beschleunigteren, unmittelbaren direkten Differenzierung in der Arbeiterbewegung führen, würde die Kommunistische Partei als Partei der Diktatur des Proletariats gegen die Diktatur der Bourgeoisie zu einer Massenpartei erheben.

Eine andere Möglichkeit ist, daß die Konservativen nicht die Kraft und nicht die Zeit haben werden, mit den äußersten Machtmitteln aufzutreten, daß die parlamentarischen und demokratischen Möglichkeiten (und damit auch die Illusionen der Massen) zwar geschwächt, aber doch soweit bewahrt bleiben, daß die Labour Party bei den nächsten Wahlen einen entscheidenden Sieg erreichen kann. Die Frage einer zweiten Labour-Party-Regierung würde dadurch auf die Tagesordnung gestellt werden. Es würde dann die Möglichkeit bestehen, daß die Labour Party die absolute Majorität im Parlament erhält, oder aber als die weitaus stärkste Partei mit der Unter-

stützung eines Teiles der Liberalen eine Regierung bilden könnte. Möglichkeiten sind vorhanden, daß ein Teil der Liberalen Partei bereit wäre, eine solche Labour-Party-Regierung unter gewissen Bedingungen zu unterstützen. Viele Fäden spinnen sich zwischen Snowden und Lloyd George. Auch Macdonald hat sich in letzter Zeit nicht mehr so schroff gegen die Kombination verschlossen. Die Politik der Liberalen und der Führung der Labour Party war in den letzten Zeiten in manchen Fragen, in der Behandlung des Generalstreiks und des Bergarbeiterstreiks, in den meisten Fragen der auswärtigen Politik und in der Frage des landwirtschaftlichen Programms, wesentlich die gleiche.

Eine zweite Labour-Party-Regierung würde in vieler Hinsicht eine andere, erhöhte Bedeutung besitzen als die erste. Das britische Proletariat hat bereits manche seiner Illusionen verloren. Es ist durch die Schule des halben Jahres Ausnahmezustand gegangen. Die Entwicklung des letzten halben Jahres, die Erfahrungen des Generalstreiks und des Bergarbeiterstreiks bedeuten in der Tat einen Wendepunkt in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung. Ein mächtiger linker Flügel hat sich bereits herauskristallisiert, und es wäre nur die Frage einer kürzeren oder längeren Zeit, daß dieser linke Flügel sich in einen kommunistischen verwandeln würde, der nicht nur unter dem Einfluß, sondern auch unter der unmittelbaren Führung der Kommunistischen Partei stehen würde.

Der Endkampf um die Mehrheit der Arbeiterbewegung zwischen der Labour-Party-Führerschaft und der Kommunistischen Partei würde beginnen. Am Horizont der Perspektive Großbritanniens zeigen sich immer schärfer die Konturen der Kommunistischen Partei. Die britische Bourgeoisie mit ihrem entwickelten reifen Klasseninstinkt fühlt das. Joynton Hicks, der konservative Minister, hatte recht, als er wehklagte:

„Es ist notwendig, sich vor Augen zu halten, daß wir uns für den Rest unseres Lebens auf den Stellungskrieg gegen die Kommunisten einzurichten haben.“

## M I F :

### DIE BAUERNFRAGE IN CHINA

Durch die Entwicklung der revolutionären Freiheitsbewegung in China wird die Frage der Bauernschaft in den Vordergrund gerückt. Das jüngste Plenum des EKKI wies auf zwei mögliche Tendenzen der nationalen Freiheitsbewegung in China hin — auf die bürgerliche und die proletarische Tendenz — und konstatierte, daß „die revolutionäre Bewegung der werktätigen Massen der Stadt mit dem Proletariat an der Spitze, im Verein mit dem Bauernkrieg, der in China unerhörte Dimensionen annehmen kann, sowie mit der Unterstützung des Weltproletariats, vollauf zur Annahme berechtigt, daß die revolutionäre Tendenz in der nationalen Freiheitsbewegung siegen kann“. Die Schaffung einer bäuerlichen Basis für die national-revolutionäre Bewegung ist einer der entscheidenden Faktoren für die Geschicke dieser letzteren.

Was stellt nun die chinesische Bauernschaft dar? Leider haben wir bis heute noch kein wissenschaftlich verbürgtes Bild der Agrarverhältnisse des modernen China. Doch selbst die fragmentarischen, ungenügend nachgeprüften Angaben, die uns zur Verfügung stehen, geben uns die Möglichkeit, die wichtigsten Gruppen von Gegensätzen innerhalb des chinesischen Dorfes aufzudecken und auf jene Maßnahmen hinzuweisen, die zu einer verstärkten Einbeziehung der Bauernschaft in die revolutionäre Bewegung beitragen können. Die folgenden offiziellen Daten des Ministeriums für Landwirtschaft und Handel aus dem Jahre 1917 ermöglichen es uns, in die Verteilung des Bodens unter den wichtigsten Gruppen der ländlichen Bevölkerung Einsicht zu gewinnen\*:

Charakter der Wirtschaft	Größe der Wirtschaft	Zahl der Familien	in Proz.	Gesamt- bodenbesitz	in Proz.
Parzellenwirtschaft	1—20 Muh	24 429 362	49,5	244 298 620	15,9
Kleinwirtschaft	20—40 Muh	11 685 344	27,7	350 560 320	22,8
Mittelwirtschaft	40—75 Muh	7 735 226	15,6	386 763 200	25,4
Großwirtschaft	75 Muh und mehr	5 509 621	11,2	550 962 100	35,9
Zusammen		49 359 591	100	1 532 579 240	100

Trotzdem die absolute Genauigkeit dieser Zahlen dahingestellt sein mag, geben sie im großen und ganzen ein ziemlich zutreffendes Bild des Verhältnisses zwischen den einzelnen Gruppen. Auf Grund dieser Zahlen kommen wir zu folgenden Schlüssen. Erstens: Die Zersplitterung der Landwirtschaft Chinas ist ganz außerordentlich: 36 Millionen Familien, d. h. 75 Prozent der Gesamtzahl der bäuerlichen Wirtschaften, gehören zur Kategorie der armen und der Kleinbauern und bilden die unterste Gruppe der Bauernschaft. Zweitens befindet sich im Besitz dieser (75 Prozent der Gesamtzahl der Wirtschaften umfassenden) Gruppe fast ebenso viel Boden wie im Besitz der letzten Gruppe, der nur 11 Prozent aller Wirtschaften (5½ Millionen) angehören. Die Hälfte der gesamten Bauernschaft — 49,5 Prozent — besitzt weniger als ein Sechstel der gesamten Bodenfläche. Das Verhältnis zwischen den beiden äußersten Gruppen (Parzellenwirtschaft und Großwirtschaft) ist 1 : 10.

Das Gesamtbild der Bodenverteilung sowohl wie die von uns daraus gezogenen Schlüsse, werden durch das vorliegende Material aus einzelnen Provinzen bestätigt. Verteilen wir die statistischen Angaben des Ministeriums für Landwirtschaft und Handel für die Provinz Honan (typisch für

\* Diese Tabelle sowie der überwiegende Teil des übrigen Materials zur Agrarfrage in China ist der noch unveröffentlichten Arbeit des Genossen Wolin entnommen. Die faktische Bodenverteilung unter den einzelnen Gruppen hat laut der offiziellen Statistik 1917 folgende Gestalt:

Bodenbesitz	Zahl der Familien	in Proz.
unter 10 Muh	17 805 125	36,1
über 10 Muh	13 248 474	26,9
„ 30 Muh	10 122 214	20,5
„ 50 Muh	5 348 314	10,8
„ 100 Muh	2 835 464	5,7

Gestützt auf Material über bäuerliche Budgets und über die Rentabilität des Bodens, nimmt Genosse Wolin eine Umgruppierung dieses offiziellen Tatsachenmaterials vor, deren Resultat die von uns im Text wiedergegebene Tabelle ist.

Mittelchina) aus dem Jahre 1921 nach obigen Gruppen, so erhalten wir folgendes Bild\*:

Charakter der Wirtschaft	Größe der Wirtschaft	Zahl der Familien	in Proz.	Gesamt-bodenbesitz	in Proz.
Parzellenwirtschaft	1—20 Muh	3 302 548	52,2	33 025 480	17
Kleinwirtschaft	20—40 Muh	1 359 294	21,6	41 078 820	21,2
Mittelwirtschaft	40—75 Muh	908 651	14,4	45 432 500	28,5
Großwirtschaft	75 Muh und mehr	740 508	11,8	74 050 800	38,3
Zusammen		6 321 001	100	193 581 600	100

Wir sehen, daß das Bild für die Provinz Honan mit dem Gesamtbild für ganz China gleichartig ist. Es lassen sich aus dieser Tabelle daher auch die gleichen Schlüsse ziehen. Eine von der chinesischen Süd-Ost-Universität veranstaltete und äußerst sorgfältig durchgeführte Untersuchung von drei Kreisen der Provinz Kiangsu gibt uns folgendes für Vergleiche äußerst wertvolle Material:

**Verteilung des Bodenbesitzes im Süden der Provinz Kiangsu**

Durchschnitt für den Kreis	1—5 Muh	5—15 Muh	15—50 Muh	über 50 Muh
Kiang-Min	19 %	33 %	32 %	16 %
Sun-Tschan	27 %	46 %	22 %	5 %
Hwai	20 %	44 %	32 %	4 %
Durchschnitt	22 %	41,2 %	28,6 %	8,1 %

Berücksichtigt man bei der Analyse dieser Statistik, daß die Provinz Kiangsu in bezug auf Bevölkerungsdichte in China an erster Stelle steht, und daß die Rentabilität des Bodens im Süden der Provinz dreimal so hoch ist wie in den nördlichen Provinzen, so entspricht diese Statistik vollaus den von uns bereits gezogenen Schlüssen.

Einschlägige Forschungen des Prof. Taylor liefern uns über drei Kreise der Provinz Tschili (Nord-China) ein reiches Material, das obige Schlüsse ebenfalls bestätigt.

Wirtschaftsgruppe	Kreis Tsun-Tsua	Kreis Tansjan	Kreis Hantan	Durchschnitt der drei Kreise
Parzellenwirtschaft	59,5 %	63,8 %	29,8 %	51 %
Kleinwirtschaft	20,5 %	29,4 %	24,9 %	24,9 %
Mittelwirtschaft	11,3 %	4,7 %	20,9 %	12,3 %
Großwirtschaft	8,7 %	2,1 %	24,4 %	11,8 %

Alle diese Daten zeugen von einer Differenzierung des chinesischen Dorfes, die für die Richtung des Kampfes der chinesischen Bauernschaft ausschlaggebend sein wird. Die Zahlen zeigen uns, daß drei Viertel der chinesischen Bauernschaft faktisch Bettler sind, ständig Not leiden und infolgedessen zum Hungerdasein verurteilt sind. Ihre Zwergwirtschaft kann sie nicht ernähren, und so sind sie genötigt, entweder in der Stadt ihr Brot zu suchen und so die Reihen der Industriearbeiter zu vermehren, oder aber sich als Landarbeiter an die Großgrundbesitzer zu verdingen, oder die Reihen der Banditen und die Armeen der Militärmachthaber zu füllen, oder endlich unter schwersten, sie verknechtenden Bedingungen Bodenparzellen bei den Großgrundbesitzern zu pachten. Diese armen und wirtschaftlich schwachen Bauern, die entweder überhaupt keinen Boden besitzen oder deren Boden-

\* Diese Tabelle ist teilweise in Nr. 13/14 der Zeitschrift „Nowoj Wostok“ („Der neue Osten“), Jahrgang 1926, Seite 2, im Aufsatz von G. S. veröffentlicht.

besitz nicht ausreicht, um sie zu ernähren, und die daher genötigt sind, Boden zu pachten, bilden rund 50 Prozent der chinesischen Bauernschaft.

Die offizielle Statistik des Ministeriums für Landwirtschaft und Handel besagt folgendes:

Gruppen	1917		1918	
	Zahl der Familien	in Prozent	Zahl der Familien	in Prozent
Eigentümer	24 587 585	50	23 381 200	53,2
Pächter	13 825 546	28	11 307 432	25,7
Halbpächter	10 494 722	22	9 246 843	21,1
Zusammen	48 907 853	100	45 935 475	100

Wie ist die Lage der aus Pächtern und Halbpächtern bestehenden Hälfte der chinesischen Bauernschaft? Man kann sich schwerlich einen Begriff von der Not und dem Elend dieser Bauernschichten machen. Sie verfügen nur über 40 Prozent der Ernte ihrer Felder, die übrigen 60 Prozent gehören den Grundbesitzern. Nicht selten beträgt der Pachtzins 90 Prozent der Ernte. Diese wucherischen Pachtverträge werden noch dadurch verschärft, daß jeder Pächter eine bedeutende Geldkaution für den gepachteten Boden zu leisten hat; ferner ist er verpflichtet, Hühner, Enten und Wein in beträchtlichen Mengen an den Grundbesitzer zu liefern und die Ernte ohne jegliche Bezahlung in die Speicher des Grundbesitzers einzuliefern. Ist die Gegend von Mißernte, von Ueberschwemmung u. dgl. in China häufigen elementaren Ereignissen heimgesucht, so hat der Bauer laut dem in China verbreiteten Pachtsystem „Sy-Fin-Su“ keinerlei Anspruch auf Herabsetzung des Pachtzinses oder sonstige Vergünstigungen. Infolgedessen steigt die Verschuldung des chinesischen Landpächters ins Unermeßliche. Stirbt der Vater, so haftet der Sohn für dessen Schulden, oft arbeiten mehrere Generationen an der Schuldentilgung.

Die vorherrschende Form der Bodenpachtung in China ist die Naturalpacht. Die Geldform ist verhältnismäßig wenig verbreitet und ist nur unter der vermögenderen Bauernschaft üblich. Die Bodenpachtungen in China verfolgen meist reine Bedarfszwecke für den Eigenverbrauch des Pächters, wenn der Boden nicht von großen Wirtschaften zur Erweiterung derselben, sondern von kleinen Wirtschaften gepachtet wird, die entweder keinen Bodenbesitz oder einen für ihren Eigenverbrauch ungenügenden haben. Zwar bestehen in vielen Gegenden Pacht-Genossenschaften, die bei den Großgrundbesitzern große Areale pachten, doch auch sie verpachten weiter kleine Parzellen unmittelbar an die kleinen Ackerbauern. Die monopolistische Lage dieser Pacht-Genossenschaften gibt ihnen die Möglichkeit, den Pachtzins noch mehr in die Höhe zu schrauben.

Die Uebervölkerung des chinesischen Dorfes, der stark fühlbare Landhunger der Mehrheit der chinesischen Bauernschaft bilden einen günstigen Boden für die Ausbeutung landloser und landarmer Bauern, so daß die aus den wucherischen Pachtverhältnissen entspringenden Gegensätze einen zentralen Platz im Leben des modernen chinesischen Dorfes behaupten.

In diesem Zusammenhang ist die Frage des gutsherrlichen Grundbesitzes in China von großem Interesse. Die Meinung, in China gäbe es keinen Großgrundbesitz, ist weit verbreitet, trifft aber nicht ganz zu. Zwar steht China in dieser Beziehung hinter dem ehemaligen zaristischen Rußland,

wo die großen Latifundien, die großen gutsherrlichen Wirtschaften die vorherrschende Form des Grundbesitzes waren, bedeutend zurück. Infolge der langen Reihe großer Bauernaufstände wurde der in China periodisch entstehende Großgrundbesitz immer wieder zersplittert, vernichtet und mußte dem Kleinbesitz Platz machen. Trotzdem ist in China bis heute noch der privilegierte Großgrundbesitz erhalten — zum Teil als Rest des alten gutsherrlichen Besitzes, zum weitaus größten Teil aber als Besitz der Beamtenbürokratie und der gegenwärtigen Militaristen. Trotzdem seine absoluten Ausmaße nicht sonderlich groß sind, spielt er angesichts der drückenden Landarmut in China eine bedeutende Rolle.

Wir verfügen über kein ausführliches statistisches Material über den Großgrundbesitz in China. Man zählt in China über 30 000 Grundbesitzer mit einem Besitz von je über 1000 Muh. Für die Provinz Kiangsi bringt Williams Material über viele große Besitztümer. Es ist eine Familie mit einem Grundbesitz von 400 000 Muh bekannt, eine weitere mit einem Besitz von 300 000 Muh; auch gibt es einige Familien, die von 40 000 bis 70 000 Muh besitzen. Einige Tempel der gleichen Provinz besitzen 300 bis 5000 Muh. Es ist daher leicht zu verstehen, warum in dieser Gegend die Zahl der Pächter 80 Prozent erreicht.

Ueber den Großgrundbesitz der Provinz Kwangtung, deren Hauptstadt Kanton ist, kann man sich ein Urteil bilden, wenn man bedenkt, daß 85 Prozent des gesamten, längst den Flüssen gelegenen, also fruchtbarsten Bodens den Großgrundbesitzern gehören. In der gleichen Provinz Kwangtung (Taj-Hwangpu) sind 90 Prozent der Bauernschaft Pächter.

In der Provinz Honan ist ein Drittel des Kreises Tschan-Te Eigentum der Söhne Yuan Schih-kais, die den Boden an Bauern verpachten. Im gleichen Kreise gibt es noch einen weiteren Großgrundbesitzer, dem 60 000 Muh gehören. Im Kreise Wejscha, Provinz Honan, gibt es eine Familie mit 60 000 Muh Grundbesitz. Im Kreise Na-Njan gehört der Familie Sju ein Grundbesitz von 100 000 Muh. Die Besitztümer des Gutsherrn Lo erstrecken sich auf drei Kreise, auf 75 Kilometer von Ost nach West. Dieser Gutsbesitzer verpachtet seinen Boden gegen 50 Prozent des Ernteertrages. Im Bezirk Kaj-Fin besitzt die bekannte Familie Leo 90 000 Muh.

Diese Aufzählung könnte verlängert werden, doch das bereits Gesagte genügt, um sich einen Begriff von der Rolle des Großgrundbesitzes in China zu machen. Charakteristisch für die chinesischen Gutsbesitzer ist ferner der Umstand, daß sie zumeist ihren ständigen Wohnsitz in den Städten haben und zugleich Vertreter des Handelskapitals sind.

Die zweite Gruppe von Gegensätzen wird gebildet durch die Beziehungen zwischen Bauernschaft und ausländischem Kapital. Die erste Auswirkung des ausländischen Kapitals sind die schweren Kontributionen, die es China auferlegt hat, und deren Last fast ausschließlich von den Bauern, der Hauptmasse der Steuerzahler, getragen wird. Des weiteren kommt die Unterstützung der die Bauern bis aufs äußerste ausplündernden militaristischen Cliquen durch die Imperialisten in Betracht, die Befreiung ausländischer Waren, auch des Getreides und des Reises von inländischer Besteuerung, die Konzentration des Salzmonopols in den Händen des ausländischen Kapitals, das englisch-japanische Baumwollen-Einkaufsmonopol, die Ver-

nichtung von verschiedenen Gewerben, die eine Nebenerwerbsquelle der chinesischen Bauernschaft waren, jetzt aber der Konkurrenz der ausländischen Waren erliegen — dies alles schlägt der chinesischen Bauernwirtschaft schwerste Wunden. Immerhin müssen wir bemerken, daß diese Gruppe von Gegensätzen bedeutend weniger scharf ist als jener Kampf der Interessen, der aus dem Bodenmangel und aus dem Pachtsystem entspringt. Wir dürfen uns darüber nicht wundern, denn der Einfluß des ausländischen Kapitals erstreckt sich keineswegs auf das ganze Land, sondern ist in der Hauptsache auf die Küstenländer und auf die Gegenden längs den wenig zahlreichen chinesischen Eisenbahnen beschränkt. In viele Bezirke, Kreise und sogar in manche Provinzen ist das ausländische Kapital so gut wie gar nicht eingedrungen.

Nunmehr einige Worte über die Landarbeiter. Ueber ihre Zahl liegen keine genauen Angaben vor; man weiß nur, daß hier Millionen in Betracht kommen\*. Man weiß auch, daß die Lage der Landarbeiter eine außerordentlich schwere ist. Sie arbeiten tagaus, tagein vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein und erhalten einen Jahreslohn, der niemals 80 Rubel übersteigt und recht oft selbst diese Summe nicht erreicht. Frauen verdienen bedeutend weniger, Kinder, die in der Landwirtschaft ebenfalls Verwendung finden, arbeiten nur für kümmerliche Verpflegung. Diese unverhohlene Ausbeutung führt unvermeidlich zu Gegensätzen zwischen dieser landwirtschaftlichen Armee und den Lohnarbeiter verwendenden Großgrundbesitzern.

Schildert man die Lage der chinesischen Bauernschaft, so kann man nicht über die gewaltige Steuerlast hinweggehen, die den unglücklichen Ackerbauern das Letzte nimmt. Jeder Bauer entrichtet eine Grundsteuer und eine besondere Abgabe für die Provinzverwaltung. Außerdem besteht eine Reihe von Abgaben für die Armee, die Miliz, für Garnisonen, für Wachmannschaften, für „Mintuan“, für die Selbstverwaltung, eine Reihe weiterer Abgaben zu Kriegszwecken — insgesamt 18 bis 30 verschiedenartigste Steuern und Abgaben. Selbst beim Verkauf von Waren sind Steuern zu zahlen. Die Einsammlung und Eintreibung der Steuern liegt in den Händen der Dorfbehörden, der Dorf-Gentry, der Notablen des Dorfes, die die Steuern in übermäßiger Höhe einfordern — die Differenz fließt natürlich in ihre Tasche. Oft werden Steuern nicht für das kommende Jahr, sondern gleich für mehrere Jahre im voraus erhoben. So ist z. B. in der Provinz Hunan die Grundsteuer für 1929 schon längst erhoben. In der Provinz Schensi, wo allein die Bodensteuer 13 bis 15 Rubel pro Muh beträgt, ist die Bodensteuer ebenfalls bereits für drei Jahre voraus bezahlt. In manchen Kreisen der Provinz Szetschwan haben Militaristen und Beamte die Steuern bereits im voraus für mehrere Jahre eingetrieben.

Die unaufhörlichen Kriege zwischen den einzelnen Militaristencliquen richten die bäuerliche Wirtschaft vollständig zugrunde. Die schweren und in kürzester Frist zu entrichtenden Steuern, insbesondere diejenigen, die für mehrere Jahre erhoben werden, verschärfen die Lage der Bauern aufs äußerste, ebenso ihre Herausreißung aus der Landwirtschaft und die Zwangsmobilisierung für schwere Arbeiten in den militaristischen Armeen.

\* Der Genosse Taj-Pin-Sjan berechnet die Zahl der Landarbeiter in China mit 37 Millionen. Wir sind leider außerstande, diese Angabe nachzuprüfen.

Die Bauern werden zum Transport von Munition, Patronen, Geschossen usw. gezwungen. Die straflose Ausplünderung der Bevölkerung durch die Armeen, die in der Mehrzahl der chinesischen Provinzen stattgefunden hat, ist Ursache des Ruins vieler Millionen Bauernwirtschaften. Es kommen hinzu auch die „Tufeen“ (Banditen), die ganze Dörfer niederbrennen, ferner die zwangsweise Einführung von Bons, die später von niemandem gegen bares Geld eingewechselt werden und daher in Wirklichkeit eine entschädigungslose Requirierung von Lebensmitteln bei der Bauernschaft sind. Dies alles bedeutet für die chinesische Bauernschaft eine direkte Katastrophe und es werden hierdurch die Voraussetzungen für ihre rasche Revolutionierung geschaffen.

Um unsere kurze Schilderung der Lage der chinesischen Bauernschaft zu vervollständigen, müssen wir auf zwei weitere Momente eingehen — den Einfluß der elementaren Verheerungen (Mißernte, Ueberschwemmungen usw.) und die Rolle des Wucherkapitals auf dem Lande. Elementare Verheerungen sind in China eine weitverbreitete Erscheinung. Es kommen hier vor allem Dürre und Ueberschwemmungen in Betracht. Ihre Folgen sind geradezu entsetzlich. So sind der Hungersnot 1878/79, von der fünf Provinzen in Mitleidenschaft gezogen wurden, zehn Millionen Menschenleben zum Opfer gefallen. Die Chronologie der Verheerungen durch Naturgewalten in den letzten 20 Jahren ist folgende: 1906 und 1910 — Hungersnot infolge Dürre, 1911 und 1917 — Ueberschwemmungen, 1920 wiederum Hungersnot infolge Dürre. Allein die Ueberschwemmung von 1917 hat 17 646 Dörfer unter Wasser gesetzt und 5 611 759 Personen obdachlos gemacht. Durch die Hungersnot 1920 wurden 19 795 114 Personen ihrer Existenzmittel beraubt. Auch die letzten Jahre bringen ständig neue Verheerungen. Das niedrige Lebensniveau der Mehrheit der Bauernschaft, völliger Mangel an Vorräten verringert erheblich die Widerstandskraft dieser Bevölkerungsschichten gegenüber der Macht der Elemente.

Einige Worte auch über die Rolle des Wucherkapitals im chinesischen Dorf: Die armen und wirtschaftlich schwachen Bauern, die 75 Prozent der Bauernschaft bilden, müssen sehr häufig den Dorfwucherer in Anspruch nehmen. In der Zeit, die in China als „Zwischenraum zwischen Gelb und Grün“ bezeichnet wird, d. h. in der Zeit, wenn die Vorräte der alten Ernte schon zur Neige gegangen sind, die neue Ackerfrucht jedoch noch nicht geerntet ist, ferner bei verschiedenen elementaren Verheerungen, zur Zeit der Eintreibung von Steuern, besonders der außerordentlichen und dringlichen, sowie derjenigen, die für einige Jahre erhoben werden, bleibt den Bauern kein anderer Ausweg, als sich dem Wucherer zu verschreiben. Der Verkauf von Erzeugnissen der bäuerlichen Landwirtschaft geschieht meist auch nicht ohne Mitwirkung des Aufkäufers, der dabei gute Geschäfte macht. Von besonderer Bedeutung ist aber der Umstand, daß ein Dorfarmer und ein wirtschaftlich schwacher Bauer keinen Boden pachten kann, ohne daß er zuvor dem Grundbesitzer eine Geldkaution erlegt. Da ist der Wucherer die einzige Quelle, aus der er diese Geldsumme erhalten kann. Unter solchen Bedingungen hat das Wucherkapital im chinesischen Dorfe feste Wurzeln geschlagen. Der Wucherer verlangt zumeist 3 Prozent Monatszinsen, das sind 36 Prozent Jahreszinsen für kleinere Anleihen, und 2 Prozent Monatszinsen für größere Anleihen. Doch nicht selten sind Fälle, wo der



Monatzins bis 50 Prozent, ja bis 100 Prozent steigt. Als Sicherung der Darlehensrückzahlung gilt zumeist die nächste Ernte. In der Mehrzahl der Fälle ist der Bauer, der einmal in die Fänge des Wucherers geraten ist, gar nicht in der Lage, seine Schulden endgültig abzuzahlen. Das Ende davon ist eine vollständige Verknechtung und Versklavung des Schuldners; sein Grund und Boden, sein Hausgerät, ja selbst seine Familienmitglieder geraten in die Hände des Wucherers.

Wenn wir nach allem Gesagten dieses ganze, schier unentwirrbare Knäuel der Beziehungen des chinesischen Dorfes in seiner Gesamtheit betrachten, wenn wir die außerordentliche Landarmut der Mehrheit der chinesischen Bauernschaft, das ständige Defizit ihrer Wirtschaft, die wucherischen Pachtverhältnisse sowie die Folgen der elementaren Verheerungen, die Rolle des Wucherkapitals, die schweren, vom militaristischen und bürokratischen Staatsapparat auferlegten Steuerlasten — kurz die ganzen für drei Viertel der chinesischen Bauernschaft maßgebenden Verhältnisse berücksichtigen, so erscheint uns der steigende Ruin, die Pauperisierung der 300 Millionen chinesischer Bauern als unabwendbar.

In seinem Aufsatz über „Bauernaufstand in Honan“ („Neuer Osten“, 1926, Nr. 13, 14) teilt der Genosse G. S. mit, daß in Honan „im Jahre 1917 die Zahl der Landwirte mit einem Besitz unter 10 Muh 26,1 Prozent der Gesamtzahl betrug. Im Jahre 1921 — bereits 39,3 Prozent. Gleichzeitig ist aber die gesamte, von diesen Landwirten bebaute Bodenfläche fast die gleiche. (Eine Erhöhung von nur 0,02 Prozent.)“ Der Genosse Tschen-Ju-Sju teilt in seinem Aufsatz „Die Bauernfrage in China“ folgende Zahlen mit, die er der offiziellen Statistik des Landwirtschafts- und Handelsministeriums entnimmt:

	Bebaute Bodenfläche	Nichtbebaute Bodenfläche	Zahl der Bauernwirtsch.
1914	1 578 347 929 Muh	356 235 867 Muh	59 402 315
1918	1 314 472 190 Muh	846 935 748 Muh	43 435 478

Diese Zahlen zeigen uns deutlich, daß die Zahl der Bauernhöfe um 16 Millionen zurückgegangen ist. Die unbebaute Bodenfläche hat um mehr als 100 Prozent zugenommen, die bebaute Bodenfläche hat um 260 Millionen Muhs abgenommen.

Diese Zahlen sind an sich vielleicht anfechtbar\*, wie übrigens die ganze chinesische Statistik; die allgemeine Tendenz jedoch wird von ihnen zweifellos richtig zum Ausdruck gebracht. Der Ruin der chinesischen Bauernschaft schreitet mit Riesenschritten vorwärts. Mit jedem Jahr sind immer neue Millionen chinesischer Bauern gezwungen, ihre Höfe zu verlassen, sie

\* In der „Bauerninternationale“ Nr. 7—9 bringt Genosse Li-Tzin-Chua folgende Tabelle:

Jahr	Zahl der Bauernfamilien	Bebaute Bodenfläche
1914	59 402 315	1 578 347 925 Muh
1915	46 776 256	1 442 333 638 Muh
1916	59 323 504	1 509 975 641 Muh
1917	48 907 853	1 365 186 100 Muh
1918	43 953 478	1 314 472 190 Muh

Wenn man jedoch berücksichtigt, daß in der offiziellen Statistik des Handels- und Landwirtschaftsministeriums Material über eine Reihe von Provinzen für die einzelnen Jahre fehlt, so erhalten diese allgemeinen Zahlen ein anderes Gesicht. Genaueres läßt sich jedoch darüber nicht feststellen.

werden dadurch jeder Erwerbs- und Ernährungsquellen beraubt, da die Entwicklung der chinesischen Industrie nicht rasch genug fortschreitet, um die stetig wachsende Pauper-Armee aufzusaugen.

Es ist klar, daß die letzten Jahre nicht geeignet waren, diesem Prozeß des Ruins der chinesischen Bauernschaft Einhalt zu gebieten. Im Gegenteil, alles berechtigt uns zur Annahme, daß er sich in immer schärferen Formen vollzieht.

Wir wollen nunmehr zusammenfassend die wichtigsten Gegensätze des chinesischen Dorfes je nach ihrer Bedeutung und Stärke gruppieren:

1. Diese Gruppe von Gegensätzen hat die Agrarverhältnisse zur Grundlage. Ihre Basis wird von dem Landhunger der Mehrheit der chinesischen Bauern, von ihrer Differenzierung und von den wucherischen Formen der Pachtverhältnisse gebildet. Man kann sie formulieren als Gegensätze zwischen armen und wirtschaftlich schwachen Bauern einerseits und den Großgrundbesitzern andererseits.

2. Offene Feindseligkeit von mindestens 90 Prozent der Bauernschaft (arme, wirtschaftlich schwache und mittlere Bauern) gegenüber dem militaristischen und dem bürokratischen Staat. Die Grundlage dieser Gegensätze ist die unerträgliche Steuerlast.

3. Die Gegensätze zwischen der gesamten Bauernschaft einerseits und dem ausländischen Kapital andererseits, mit dem Vorbehalt jedoch, daß wir hier den Ausdruck „Bauernschaft“ nicht in seinem absoluten Sinne, sondern nur als einen Begriff, der alle sozialen Voraussetzungen der Bauernschaft umfaßt, gebrauchen.

4. Die Gegensätze zwischen den in Lohnverhältnissen stehenden Landarbeitern einerseits und den Lohnarbeiter beschäftigenden Großgrundbesitzern andererseits. Die Grundlage dieser Gegensätze ist die kapitalistische Ausbeutung der Landarbeiter.

Aus dem gesamten hier mitgeteilten Material geht mit voller Deutlichkeit hervor, daß die Agrar-, die Bodenfrage in China noch bei weitem nicht gelöst ist. Die Vorstellung, die chinesische Bauernschaft sei eine gleichartige, innerlich undifferenzierte Kleinbauernmasse, wird durch diese Zahlen widerlegt. Seitens sogenannter „China-Kenner“ hat es nicht an Versuchen gefehlt, das Bestehen des Privateigentumsrechts am Boden in China, und im Zusammenhang damit das Vorhandensein innerer Kämpfe innerhalb der Bauernschaft, zu bestreiten. Wir sehen, daß die Verbreitung solcher Auffassungen ein Resultat unserer Unkenntnis der elementarsten Verhältnisse des chinesischen Dorfes ist. In Wirklichkeit wogt in den Dörfern Chinas ein erbitterter, tiefgehender und immer wachsender Kampf zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen des Dorfes. Wie wir noch sehen werden, beschränkt sich dieser Kampf nicht auf das flache Land, sondern ragt weit darüber hinaus, wobei jede der kämpfenden Gruppen unter den verschiedenen Klassenkräften der chinesischen städtischen Bevölkerung Verbündete sucht und findet.

Dieser infolge der außerordentlichen Verschlechterung der Lebenslage des überwiegenden Teiles der Bauernschaft im Laufe der letzten Jahre sich verschärfende Kampf findet seinen politischen Ausdruck im Wachstum der

Bauernbewegung, in der Entstehung von Bauernorganisationen und bewaffneten Bauerngruppen („Rote Picken“) einerseits, in der Organisation von Großgrundbesitzer-Verbänden und in der Schaffung bewaffneter „Mintuan“-Truppen am entgegengesetzten Pol des chinesischen flachen Landes andererseits.

## E. JAROSLAWSKI: DIE „LINKEN“ IN DER KP DER SOWJETUNION ZUR BAUERNFRAGE

Eine der schwierigsten Aufgaben des sozialistischen Aufbaues in der USSR ist der Aufbau des Sozialismus auf dem flachen Lande. Der Umstand, daß die USSR ein vorwiegend bäuerliches, kleinbürgerliches Land ist, hat einzelne Genossen zu ihren Schwankungen in der Frage des Aufstandes im Jahre 1917 getrieben, hat einen Teil der Genossen zu einer falschen Auffassung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft, zu einer Unterschätzung der Bauernschaft als des Verbündeten des Proletariats gebracht. Die berüchtigte trotzkistische Theorie der permanenten Revolution, die Lenin als eine Theorie der „hemmungslos linken permanenten Revolution“ bezeichnete, entsprang ebenfalls einer Art linker Kritik der gegenseitigen Beziehungen zwischen unserer Partei und der Bauernschaft. Genosse Trotzki betrachtete die Bauernschaft als einen, in der Perspektive gesehen, unbedingt konterrevolutionären Verbündeten des Proletariats. Er hielt den „feindlichen Zusammenstoß“ zwischen dem Proletariat und den „breiten Massen der Bauernschaft“, mit deren Hilfe es zur Macht gelangt ist, schon am zweiten Tage der Revolution für unvermeidlich\*. Lenin dagegen war der Meinung, daß das Proletariat nach der Machteroberung den Kurs auf ein Bündnis mit den breiten Massen der Bauernschaft nehmen muß. Lenin hat bereits 1918 vorausgesagt, daß die mittlere Bauernschaft, die keinesfalls

„ein Feind des Proletariats, ein Feind des Sozialismus ist . . ., natürlich schwanken und erst dann bereit sein wird, zum Sozialismus überzugehen, wenn sie ein unumstößliches, praktisch überzeugendes Beispiel dafür haben wird, daß dieser Uebergang unerläßlich ist.“

Wie soll man nun den Mittelbauern, d. h. der ausschlaggebenden Masse der Bauernschaft, beweisen, daß dieser „Uebergang zum Sozialismus unerläßlich ist?“

„Wir rechnen auf eine langwierige, nach und nach erfolgende Ueberzeugung, auf eine Reihe von Uebergangsmaßnahmen, die das Abkommen des proletarischen sozialistischen Teils der Bevölkerung, das Abkommen der im entschiedenen Kampf gegen das Kapital in allen seinen Formen stehenden Kommunisten mit der Mittelbauernschaft verwirklichen sollen.“ (Lenin.)

Worin haben nun diese Maßnahmen zu bestehen? Vor allem in der Unterstützung der Mittelbauernschaft. Lenin kommt wiederholt darauf zu

\* L. Trotzki „1905“. Vorwort.

sprechen, daß wir diese Unterstützung zu wenig gewähren\*, daß wir die wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Mittelbauernschaft erleichtern und verbessern müssen\*\*. Lenin warnt die Partei besonders davor, die Mittelbauern mit der Großbauernschaft (Kulaki) zu verwechseln.

Darum betont die Resolution unserer Partei über das Verhältnis zur Mittelbauernschaft, daß „die Mittelbauernschaft nicht zu den Ausbeutern zählt, da sie keinen Profit aus fremder Arbeit zieht. Eine solche Klasse von Kleinproduzenten kann durch den Sozialismus nicht verlieren...“

Die KPSU ließ sich bei ihrer gesamten weiteren Politik gegenüber der Bauernschaft von diesen Grundsätzen leiten, die auch Lenin bei der Durchführung der kommunistischen Politik befolgte. Das aber bedeutet nicht, daß es in unserer Partei niemals Schwankungen über diese Fragen gegeben hat.

Bereits auf dem 11. Parteitag traten die scharfen Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Bauernschaft zutage, wobei wir es dieses Mal mit einem Angriff „von links“, seitens der sogenannten „Arbeiteropposition“ zu tun hatten.

Die „Arbeiteropposition“ gab damals ihr berühmtes Manifest, die Broschüre der Genossin A. Kollontai „Die Arbeiteropposition“\*\*\* heraus, in der wir lesen:

„Die ausgeprägte Klassenpolitik unserer Partei verwandelt sich im Prozesse der Identifizierung der Partei mit dem sowjetistischen Staatsapparat immer mehr und mehr in eine über den Klassen stehende Politik, die nichts anderes darstellt als die Anpassung der leitenden Organe an die verschieden gearteten und einander widersprechenden Interessen der sozial buntscheckigen Elemente der Bevölkerung. Diese Anpassung führt unvermeidlich zu Schwankungen, zu einer Unsicherheit, zu Abweichungen und Fehlern. Es genügt, an den Zick-Zack-Kurs unserer Politik der Bauernschaft gegenüber zu erinnern, der uns von dem ‚Kurs auf den armen Bauern‘ zum ‚Kurs auf den arbeitsamen, wirtschaftlichen und besitzenden Bauern‘ gebracht hat.

Mag dieser Kurs von der politischen ‚Nüchternheit‘ und ‚Staatsweisheit‘ unserer leitenden Spitzen Zeugnis ablegen, der Geschichtsschreiber wird bei der leidenschaftslosen Beurteilung der Entwicklungsphasen unserer Herrschaft erkennen und darauf hinweisen, daß schon hier eine gefährliche Abweichung von der Klassenlinie, eine folgenschwere Tendenz zur „Anpassung“ und zum „Lavieren“ zum Ausdruck kommt.“

Die Kritiker von „links“, von der neuen Opposition, machen unserer Partei 1926 den Vorwurf, daß in ihr eine gefährliche Abweichung vorhanden sei, die angeblich zu einem Schutz der Kulaken neigt. Wie wir sehen, hat die neue Opposition diesen Vorwurf der „Arbeiteropposition“ — der furchtbar „linken“, jetzt zum Liquidatorentum neigenden „Arbeiteropposition“ entlehnt. 1920 und 1921 erhob die „Arbeiteropposition“ gegen Lenin und die unter seiner Führung stehende Partei den Vorwurf einer — „gefährlichen Abweichung von der Klassenlinie in der Frage der Bauernschaft“. Die Genossin Kollontai versicherte damals, daß die Politik unserer Partei eine Politik sei, die „die Resultante zwischen den drei Bevölkerungsgruppen“ wähle, und erhob gegen uns die Beschuldigung, daß das eine opportunistische Politik sei. Wenn also jetzt gegen die KPSU die Beschuldigung erhoben wird, daß sie in der Frage der Bauernschaft zum Opportunismus herabsinkt, so können wir nur daran erinnern, daß auch Lenin

\* Band XVI, Seite 108.

\*\* Band XVI, Seite 153.

\*\*\* Die von der 4. Internationale im Ausland veröffentlicht wurde.

ganz der gleichen Sünde beschuldigt wurde. Wir befinden uns also in dieser Frage in keiner schlechten Gesellschaft, während unsere Kritiker offensichtlich vom Leninismus abweichen.

In der Tat, wessen hat die „Arbeiteropposition“ in den Jahren 1920, 1921 und 1922 Lenin beschuldigt? In der Rede des Genossen Medwedjew finden wir Vorwürfe an die Adresse unserer Partei aus Anlaß ihrer Instruktion zu den Fragen der wirtschaftlichen Arbeit. Die Richtlinien besagten:

„Die hauptsächlichste und unaufschiebbare Aufgabe der wirtschaftlichen Tätigkeit aller Wirtschaftsorgane ist auf Weisung des Rätekongresses darin zu erblicken, in kürzester Frist und um jeden Preis einen festen Erfolg hinsichtlich der Belieferung der Bauernschaft mit größeren Warenmengen zu erzielen, deren die Landwirtschaft zu ihrem Aufschwung und zur Verbesserung der Lebenshaltung der werktätigen Bauernschaft bedarf . . . Die leitenden Organe der Industrie dürfen dieses Ziel nicht aus dem Auge lassen . . . Diesem Ziel ist gleichfalls die Verbesserung der Lage der Arbeiter in dem Sinne unterzuordnen, daß sämtlichen Arbeiterorganisationen, in erster Linie den Gewerkschaften, die Verpflichtung auferlegt wird, in einer Weise für den Wiederaufbau der Industrie zu wirken, daß die Bedürfnisse der Bauernschaft rasch und in vollem Maße befriedigt werden können, wobei von dem Grad der in dieser Beziehung erzielten Erfolge die Erhöhung der Löhne und die Hebung des Lebensniveaus der Industriearbeiter direkt abhängen muß. Die Tätigkeit des Volkskommissariats für Finanzwesen muß diesem Ziele untergeordnet sein.“

Mit anderen Worten, Lenin hielt die Sorge der Partei und die Aufrechterhaltung des Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft für die erste Aufgabe der Partei. Gerade Lenin war der Auffassung, daß unsere Industrie den Bedürfnissen des bäuerlichen Marktes angepaßt sein soll, daß die Tätigkeit einer ganzen Reihe, wenn nicht aller unserer Staatsorgane auf die Interessen der Bauernschaft gerichtet sein müsse. Lenin vertrat den Standpunkt, daß für die Grenzen der kapitalistischen Entwicklung unter der Nep die Bedürfnisse der Bauernschaft bestimmend sein müssen. Er sagte auf dem 11. Parteitag der KPR:

„Wir lassen den Kapitalismus zu, jedoch nur in jenen Grenzen, wie die Bauernschaft seiner bedarf.“

Das war der Standpunkt Lenins, der von „links“ her von der „Arbeiteropposition“ kritisiert wurde, und so mußte Lenin das Zeichen geben, das Feuer nach links zu richten. Das ist keine vom Genossen Stalin zum 14. Parteitage erfundene Losung: Nein, Genosse Stalin und unsere ganze Partei hatten auf dem 14. Parteitag einen Rückfall jener Stimmungen vor sich, die auf dem 10. und 11. Parteitag zutage getreten sind. Damals wurden diese falschen Theorien von der „Arbeiteropposition“ vertreten, heute aber hören wir, wenn auch in einer etwas modernisierten und zugestutzten Form, so doch die gleichen Vorwürfe, das leninistische ZK und die Partei verfolgten eine rechte Linie, aus dem Munde von Trotzisten und von Genossen, die noch vor kurzem die leninistische Linie vertraten. In Wirklichkeit haben wir es hier wie dort mit Kritikern der leninistischen Auffassungen, der leninistischen Betrachtungsweise der Bauernfrage zu tun, und wir reagieren auf diese Kritik in der gleichen Weise, wie es seinerzeit Lenin getan hat.

Von „links“ her wurde unsere Partei auch von der „Rabotschaja Prawda“ kritisiert, von einer unbedeutenden Intellektuellen-Gruppe, die in der Partei im Herbst 1921 auf dem Boden jener Enttäuschung entstanden war, von der die am wenigsten widerstandsfähigen Schichten unserer Partei nach Ein-

führung der Nep, im Zusammenhang mit unserem vorübergehenden Rückzug erfaßt wurden.

Es ist u. a. recht bezeichnend, wie diese Gruppe, die kaum 20 Mitglieder zählte, deren aktiver Kern aber noch viel kleiner war, ihre Erfolge in den herrlichsten Farben ausmalte. Was diese Gruppe in Wirklichkeit war, läßt sich nach ihrer, an das Politbüro des ZK der Partei am 1. November 1924 gerichteten weh- und demutvollen Erklärung beurteilen, in der die Leiter dieser Gruppe über ihre bisherigen Irrungen einige bittere Wahrheiten aussprechen:

„Der konterrevolutionäre Kern dieses Standpunkts springt ins Auge, er dringt aus allen Poren. Er ist eine Mischung von typischem menschewistischen Opportunismus, von rechten Auffassungen, von Dogmatismus, doktrinärem Geist und Konfusion — das ganze mit linken Phrasen verhüllt. Die „Rabotschaja Prawda“ hat der Arbeiterbewegung fürwahr einen Bärendienst erwiesen. Sie wurde getragen von einer in höchstem Maße schädlichen und gefährlichen Tendenz, die Arbeiterklasse zur KP und zur Sowjetmacht in Gegensatz zu bringen, sie ihnen zu entfremden. Damit wurde nur den Feinden der Revolution in die Hände gespielt.

Die „Rabotschaja Prawda“ hatte ein ganz bestimmtes politisches Gesicht, und zwar ein wenig anziehendes, von Menschewismus stark entstelltes.“

So urteilte die „Rabotschaja Prawda“ über sich selbst. Diese rechteste aller rechten Gruppen der Partei, die offen erklärte, daß die Kommunisten im freien Sowjetland nichts anderes seien als eine neue Bourgeoisie, kritisierte damals unsere Partei, die leninistische Partei, von „links“ her. Dies ist das Geschick aller unserer „linken“ Kritiker. Welchen Standpunkt nahm nun diese „linke“ Gruppe in der Bauernfrage ein? In den beiden Nummern der Zeitschrift „Rabotschaja Prawda“ (Arbeiterwahrheit) sowie in den von der Gruppe veröffentlichten Aufrufen und anderen Druckschriften findet man kein Wort über die Bauernschaft. Als aber im Juni 1923 die Frage der Herausgabe einer Massenbroschüre erörtert wurde, beantragte ein Teilnehmer dieser Gruppe, auch einiges über die Dorfarmut in die Broschüre aufzunehmen, und begründete seinen Antrag damit, daß viele Arbeiter noch Verbindungen mit dem flachen Lande haben, die Bauernpolitik der Sowjetmacht aber die Interessen der Dorfarmut ignoriere. Somit wurde auch von dieser Gruppe im Jahre 1923 gegen uns der Vorwurf einer kulakenfreundlichen Politik erhoben. Träger dieser Politik waren aber damals die Genossen Sinowjew, Kamenew, Trotzki u. a., die in dieser Frage keiferlei Meinungsverschiedenheiten mit der Partei hatten. Somit sind die Vorwürfe, die diese Genossen gegenwärtig gegen die bolschewistische Partei erheben, die Beschuldigungen, daß die Partei die Interessen der Dorfarmut ignoriere, lauter aus der Rüstkammer der „Arbeiteropposition“ von 1920/21, als sie gegen Lenin die gleichen Vorwürfe erhob, und der „Rabotschaja Prawda“ von 1923, als sie dies in bezug auf die leninistische Partei tat, entlehene Vorwürfe.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die „Rabotschaja Prawda“ sich selbst als noch „linker“ betrachtete. So erklärte der Sekretär dieser Gruppe, Genosse Iwanowa (F. Schutzkewer), in der gleichen Versammlung vom 7. Juni 1923 (ich zitiere aus den Protokollen des Kollektivs „Rabotschaja Prawda“, Nr. 13 vom 7. Juni 1923), daß sie die Aufnahme eines Punktes über die Stellung zur Bauernschaft nicht für erforderlich halte. „Die Bauernschaft — führte sie aus — ist überhaupt von Interesse nur in

der Zeit revolutionärer Aufstände („Kanonenfutter“).“ So sieht der erlinke Standpunkt zur Bauernfrage aus. Natürlich kann man sagen; daß weder die Trotzlisten noch die „neue Opposition“ sich jemals einen solchen widersinnigen, schädlichen Standpunkt in der Bauernfrage zu eigen gemacht haben und wohl auch niemals sich dessen schuldig machen werden. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die größte Sünde der Trotzlisten — was mehrfach von den Genossen Lenin, Krupskaja, Sinowjew und Kamenew hervorgehoben wurde — stets die Unterschätzung der Bauernschaft, ein falscher Standpunkt in der Bauernfrage war und heute noch ist. Da aber gegenwärtig bei der „neuen Opposition“ fast auf der ganzen Front ein Uebertritt zum trotzlistischen Standpunkt zu bemerken ist, so ist die Gefahr einer Abweichung nach dieser Richtung hin zweifellos vorhanden.

Außerst charakteristisch ist auch der Umstand, daß wir weder bei der „Rabotschaja Prawda“ noch bei der „Arbeiteropposition“ Spuren jener positiven Beurteilung der Kooperation vorfinden, die unserer leninistischen Partei eigen ist. Wir kennen den Standpunkt Lenins in der Genossenschaftsfrage. Im Jahre 1923 schrieb er in einem speziellen Aufsatz über die Genossenschaften — dem letzten von ihm geschriebenen — folgendes:

„In der Tat, alle großen Produktionsmittel sind im Besitz des Staates, die Staatsmacht ist in den Händen des Proletariats, Bündnis dieses Proletariats mit den vielen Millionen kleiner und kleinster Bauern, Sicherung der Führung dieses Proletariats gegenüber der Bauernschaft usw. — ist das denn nicht alles, was man braucht, damit man aus den Genossenschaften, allein aus den Genossenschaften, die wir früher stiefmütterlich, krämerisch behandelt haben und die wir in gewisser Hinsicht auch jetzt unter der Nöþ so zu behandeln berechtigt sind, ist das nicht alles, was notwendig ist, um eine vollständige sozialistische Gesellschaft aufzubauen? Das ist noch nicht der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, aber es ist alles, was zu diesem Aufbau notwendig und hinreichend ist.“

Die Frage der Bedeutung des Genossenschaftswesens im Sowjetstaat ist eine der grundlegenden Fragen unserer ganzen Bauernpolitik. Was war und was ist hier der Standpunkt der Opposition? Wir müssen konstatieren, daß sowohl die „Arbeiteropposition“ als auch die „Rabotschaja Prawda“ nicht die leiseste Ahnung von der Bedeutung der Genossenschaften hatten. Der Standpunkt der „Arbeiteropposition“ in dieser Frage heute, im Herbst 1926, geht aus den Ausführungen des Führers dieser Opposition, des Genossen Schljapnikow, hervor. In seinem Aufsatz „Ueber einen demonstrativen Angriff und über die rechte Gefahr in der Partei“ (Zeitschrift „Der Bolschewik“ Nr. 17 vom 15. September 1926) erklärt er, daß „selbst die Genossenschaften machtlos sind, der großen Masse der Dorfarnut wesentlich zu helfen“. Mit anderen Worten, die „Arbeiteropposition“ steht auch heute auf dem Standpunkt, daß das Genossenschaftswesen kein Weg zum Sozialismus sei. Die bekannte Plattform der „Arbeiteropposition“, der zur Berühmtheit gelangte „Baku-Brief“ eines anderen Führers der „Arbeiteropposition“, des Genossen Medwedjew (siehe die gleiche Nr. 17 des „Bolschewik“, Aufsatz des Genossen W. L. „Nochmals über die rechten Gefahren in unserer Partei“) enthält kein Wort über Genossenschaftswesen, ebenso wie auch die „Rabotschaja Prawda“ die Genossenschaften unerwähnt gelassen hat. Von besonderer Wichtigkeit ist aber der Umstand, daß auch die neue Opposition dazu neigt, die Bedeutung des Genossenschaftswesens

als eines Weges zum Aufbau des Sozialismus zu unterschätzen, und selbst in ihren wichtigsten Reden und Dokumenten die Kooperation mitunter ganz vergißt, und zwar aus dem Grunde, weil diese neue Opposition in ihrer Kritik darauf abzielt, zu beweisen, daß wir über äußerst wenige sozialistische Elemente verfügen, und ein düsteres Bild des Siegeszugs des Kapitals in der USSR zu entwerfen (womit sich auch unsere Klassenfeinde zum mindesten ebenso eifrig befassen).

Man wird vielleicht einwenden, daß unsere Ausführungen auf die „Arbeiteropposition“ und die „Rabotschaja Prawda“ zutreffen mögen, daß sie beide jedoch gegenwärtig keinerlei Rolle mehr spielen. Wir haben uns aber deshalb so eingehend mit diesen zwei Gruppen beschäftigt, weil sich unwillkürlich eine gewisse Analogie zwischen ihnen und der neuen Opposition aufdrängt, obwohl sie selbstverständlich nicht identisch sind. Außerdem hat sich sowohl die „Arbeiteropposition“ als auch die Ueberreste der „Rabotschaja Prawda“ der neuen Opposition angeschlossen.

Die Kritik, die von der neuen Opposition von „links“ her an der Stellungnahme unserer Partei in der Bauernfrage geübt wird, ist nichts anderes als eine Revision des Standpunktes unserer Partei, eine Revision des Leninismus. Die Genossen Sinowjew, Kamenew u. a. revidieren nicht nur ihre eigenen Auffassungen der letzten Jahre, sondern auch die Auffassungen des Leninismus. Man betrachte z. B. die Frage der wohlhabenden Bauernschaft. Heute werden von der neuen Opposition häufig Vorwürfe gegen die Parteilichkeit erhoben, sie lasse sich eine kulakenfreundliche Abweichung zuschulden kommen, oder sie bekämpfe diese Abweichung nicht energisch genug. Niemand anders als der Genosse Sinowjew führte aber auf dem 13. Parteitage am 24. Mai 1924 folgendes über diese Frage aus:

„Bei uns wird viel von dem Kulaken geredet. Hier ist nun zu beachten, daß wir nach zwei Richtungen hin nicht übertreiben dürfen: 1. dürfen wir dem Kulaken keine zu große Zugeständnisse machen, 2. aber dürfen wir nicht solche Bauern zu Kulaken erheben, die in Wirklichkeit keine Kulaken sind. Man darf nicht jeden einigermaßen wohlhabenden und auskömmlich lebenden Bauern als Kulaken bezeichnen. Ganz recht hat unser Landwirtschaftskommissar, Genosse Smirnow, wenn er sagt, daß hier unsere Genossen in der Richtung eines übermäßigen Drucks abweichen.“

Den Genossen aus anderen Parteien bringen wir in Erinnerung, daß heute der Genosse Smirnow, Mitglied des ZK. als angeblicher Vertreter der kulakenfreundlichen Abweichung, gerade eine Z i e l s c h e i b e der Angriffe des Genossen Kamenew, Sinowjew und der gesamten neuen Opposition ist. Im Sommer 1924 machte also Genosse Sinowjew darauf aufmerksam, der Landwirtschaftskommissar Genosse Smirnow habe recht, wenn er die Abweichungen der Genossen bekämpft, die geneigt sind, „jeden einigermaßen wohlhabenden und auskömmlich lebenden Bauern als Kulaken zu bezeichnen“. Im Januar 1926 aber greift die „neue Opposition“ den Landwirtschaftskommissar Genossen Smirnow wütend an und beschuldigt ihn einer kulakenfreundlichen Abweichung. Diese prinzipienlose, gleichzeitig aber prinzipielle Abschwenkung von der leninistischen Linie verkörperte jene Gefahr, von der Genosse Stalin zu der Erklärung bewogen wurde, das Feuer sei nach links zu richten.

„Einige Tatsachen über die Schwankungen des Genossen Sinowjew in der Bauernfrage: im Jahre 1924 befürwortete Genosse Sinowjew im Plenum des ZK eine „Bauernpolitik“ der Organisierung von parteilosen Bauernfraktionen im Zentrum und



in der Provinz mit einem Wochenblatt. Der Antrag wurde im ZK abgelehnt. Einige Zeit vorher hatte sich Genosse Sinowjew sogar gerühmt, daß er eine „bäuerliche Abweichung“ aufweise. Das machte er z. B. auf dem XII. Parteitag! So sagte er z. B. auf dem XII. Parteitag: „Wenn man mir sagt: Sie haben eine „Abweichung“, sie neigen den Bauern zu, so antworte ich: jawohl, wir sollen nicht nur der Bauernschaft und ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen zuneigen, sondern uns sogar vor den wirtschaftlichen Nöten des Bauern, der unserem Proletariat folgt, verneigen. Dann, als es der Bauernschaft anfang besser zu gehen, machte Genosse Sinowjew eine „Schwenkung“, der Mittelbauer wurde ihm verdächtig und er verkündete die Losung der Neutralisierung. Etwas später machte er eine neue „Schwenkung“, forderte im Grunde eine Revision der Beschlüsse der XIV. Konferenz („Philosophie der Epoche“), beschuldigte fast das ganze Zentralkomitee der bäuerlichen Abweichung und begann entschiedener vom Mittelbauern „abzuweichen“. Endlich, kurz vor dem XIV. Parteitag wieder eine „Schwenkung“, diesmal in der Richtung eines Bündnisses mit dem Mittelbauer, und nun wird er vielleicht wieder damit prahlen, daß er bereit sei, sich vor der Bauernschaft zu „verneigen“.

Welche Garantie besteht dafür, daß der Genosse Sinowjew nicht wieder einmal schwanken wird?

Aber das ist doch ein Geschaukel, Genossen, und keine Politik (Heiterkeit, Beifall). Das ist doch Hysterie, aber keine Politik (Zurufe: „Sehr richtig!“).

In seiner Rede bringt Genosse Stalin eine Reihe weiterer Tatsachen vor, die den widerspruchsvollen Standpunkt der Vertreter der „neuen Opposition“ charakterisieren: sie beschuldigen uns, die Interessen der Dorfarmen zu ignorieren, bringen aber selbst solche Maßnahmen in Vorschlag, und verwirklichen auch solche Maßnahmen, die gegen die Dorfarmut gerichtet sind. Genosse Stalin teilte auf dem Parteitage folgende, für das Verhalten des Genossen Sokolnikow, dieses angeblich geschworenen Verteidigers der Dorfarmut, charakteristische Tatsache mit:

„Unlängst wurde vom Volkskommissar für Finanzwesen der RSFSR, dem Genossen Miljutin, der Beschluß gefaßt, den armen Bauern, deren Steuer weniger als einen Rubel beträgt, die Steuer zu erlassen. Aus der Denkschrift des Genossen Miljutin an das ZK ist ersichtlich, daß die ganze Summe dieser Steuer unter einem Rubel, die die Bauern erbittert, in der RSFSR etwa 3—400 000 Rubel beträgt, daß allein die Erhebungskosten für diese Steuer nicht viel weniger betragen als die Steuer selbst. Was macht aber Genosse Sokolnikow, dieser Anwalt der Dorfarmut? Er hebt den Beschluß des Genossen Miljutin auf. Das ZK erhält aus diesem Anlaß Proteste von 15 Gouvernementskomitees. Genosse Sokolnikow blieb aber hartnäckig bei seinem Standpunkt. Es war ein Druck des ZK notwendig, um Genossen Sokolnikow zur Aenderung seiner Verfügung gegen den absolut richtigen Beschluß des Volkskommissars für Finanzen der RSFSR über Nichterhebung der Steuern unter einem Rubel zu bewegen. Und das nennt Genosse Sokolnikow „Verteidigung“ der Interessen der Dorfarmut.“

Wir kennen sehr wohl den Standpunkt Lenins in der Frage der Mittelbauernschaft. Trotzdem hat uns die „Leningrader Prawda“ während der Diskussion zum 14. Parteitage und während der Dauer des ganzen Parteitages irgendeines eigentümlichen „Mittelbauern-Bolschewismus“ bezichtigt.

Die Partei war sich darüber klar, daß es sich hier um einen Rückzug vom Leninismus handelt. Das Feuer der Partei mußte eben hierher, „nach links“ gerichtet werden, denn diese angebliche linke Politik drängt die Partei in Wirklichkeit nach rechts, treibt die Mittelbauernmasse in die Arme der Kulaken und stößt gewaltige Massen der Bauernschaft vom Proletariat ab.

Einige Worte über die Beschlüsse der 14. Parteikonferenz. Heute sagt man uns, wir hätten auf der 14. Parteikonferenz in der Frage der Bodenpachtungen und in der Frage der Lohnarbeit in der Landwirtschaft den

Kulaken Zugeständnisse gemacht. Genosse Kamenew erklärte, daß jeder, der davon spreche, daß die Erleichterung der Bodenpachtungen und die erleichterten Bestimmungen für die Beschäftigung von Lohnarbeitern in der Landwirtschaft Zugeständnisse an die Mittelbauernschaft seien, „den wahren Sachverhalt verschleiert, die wahre Perspektive entstellt, denn in Wirklichkeit haben wir diese Zugeständnisse an den Kulaken gemacht.“

Genosse Stalin richtete auf dem 14. Parteitag an die neue Opposition die Frage, warum haben die Oppositionsanhänger für dieses Zugeständnis an den Kulaken gestimmt haben, wenn diese Maßnahmen tatsächlich ein Zugeständnis an den Kulaken sei. Aus dem einfachen Grunde, weil die ganze Beschuldigung aus den Fingern gezogen ist. In seiner Rede auf der 14. Parteikonferenz verwies Genosse Kamenew darauf, daß „die Entwicklung der Produktionskräfte auf dem flachen Lande jene allgemeine Losung ist, die auch fernerhin die Macht des Bündnisses der Arbeiter und Bauern steigern muß.“

„Die Aufhebung aller der Entwicklung der Produktionskräfte auf dem Lande im Wege stehenden Hindernisse — sagte Genosse Kamenew — das Aufräumen mit allen Ueberresten des Wirtschaftens im Geiste des Kriegskommunismus, dies sind die konkreten Aufgaben, die heute vor uns stehen und die von unserer Konferenz gelöst werden müssen.“

Ist hier auch nur ein einziges Wort darüber gesagt, wir beabsichtigen Zugeständnisse an den Kulaken zu machen? Man sieht, daß sowohl der Genosse Kamenew selbst als auch die 14. Parteikonferenz, der 14. Parteitag und die ganze Partei diese Maßnahmen als eine „allgemeine Losung“ betrachteten, „die auch fernerhin die Macht des Bündnisses der Arbeiter und Bauern steigern muß.“

Mehr als das: In seiner Schlußrede erklärte Genosse Kamenew:

„Es wäre jedoch ein Fehler, den auf dem flachen Lande vor sich gehenden Prozeß damit kurieren zu wollen, was hier auf der Konferenz, freilich nur von einem Redner, als Entfachung des Klassenkampfes auf dem Lande bezeichnet wurde.“

War es nicht ein Feuer nach links, das vom Gen. Kamenew auf der 14. Parteikonferenz eröffnet wurde? Dort unterstützten die Vertreter der neuen Opposition solche Maßnahmen, wie z. B. Erleichterungen der Bodenpacht, und die Parteikonferenz stellte sich auf den Standpunkt, daß

„es auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik erforderlich sei, den wirtschaftlichen Umsatz in allen Volkswirtschaftszweigen, auch auf dem Lande, nach Möglichkeit anzuregen . . . Mit dem rascheren Warenumsatz wird auch das Akkumulationstempo der gesamten Volkswirtschaft wachsen sowie eine absolute und relative Zunahme der sozialistischen Elemente der Volkswirtschaft eintreten.“ (Resolution der 14. Parteikonferenz, stenographischer Bericht.)

Genosse Stalin hatte daher vollkommen recht, wenn er darauf verwies, daß die Behauptung, wir hätten auf dem 14. Parteitag nicht an die Bauernschaft, sondern an den Kulaken Zugeständnisse gemacht, eine Verleumdung der Partei, eine Ausrichtung der Front gegen die Nöps sei.

Nunmehr einige Worte über jenen Passus der Rede des Genossen Stalin auf dem 14. Parteitage, der die Losung „Feuer nach links“ enthält. Ein großer Teil der Genossen unterschätzte die Kulakengefahr. Das steht fest. Auch darüber, daß diese Unterschätzung bekämpft werden muß, gibt es bei uns keine Meinungsverschiedenheiten. Doch die von der „neuen Opposition“ in Vorschlag gebrachte Linie war eben die Linie Entfachung des

**Klassenkampfes auf dem Lande, gegen die Genosse Kamenew auf der 14. Parteikonferenz so scharf ins Zeug ging. Genosse Stalin wies darauf hin, daß die Linie der neuen Opposition deshalb für die Partei gefährlich ist, weil sie**

„zur Entfachung des Klassenkampfes auf dem Lande führt, zu einem Zurückgreifen auf die alte Politik der „Dorfarmen-Kommissionen“, der „Entkulakisierung“, d. h. zum Bürgerkrieg in unserem Lande, zur Sprengung unserer ganzen Aufbauarbeit, zum Verzicht auf den Lenin'schen Plan der genossenschaftlichen Organisation des flachen Landes im Sinne der Einbeziehung vieler Millionen Bauernwirtschaften in das System des sozialistischen Aufbaus.“ (14. Parteitag der KPSU, stenographischer Bericht.)

In unserer Partei sind kaum ein paar Dutzend Leute vorzufinden, die den Kulaken und seine Interessen verteidigen möchten. Eine richtige Politik gegenüber der Hauptmasse der Bauernschaft einzuhalten, ist aber viel schwerer. Dies ist der Grund, warum Stalin darauf verwies — und warum die Partei ihm darin zustimmte —, daß

„die Partei in ihrem Kampfe gegen beide Abweichungen trotzdem ihr Feuer gegen die zweite Abweichung, d. h. gegen die Unterstützung des Mittelbauern, konzentrieren muß.“

Was aber eine solche Unterschätzung bedeutet, das haben wir gesehen und sehen es auch jetzt noch an einer ganzen Reihe äußerst gefährlicher Vorschläge der Opposition.

Dieser Kurs wurde durch das weitere Verhalten der Opposition gerechtfertigt.

Was will heute die Opposition? Man betrachte die Arbeit des Genossen Preobraschenski („Neue Oekonomik“), gegen die der Genosse Bucharin in seiner „Kritik der wirtschaftlichen Plattform der Opposition“ mit vollem Recht und mit aller marxistischen Schärfe aufgetreten ist. Die neue Opposition stellt einen sehr „linken“ Plan der Ueberindustrialisierung auf, der aber die wirtschaftlichen Möglichkeiten unseres Landes ignoriert und dessen Durchführung einen solchen Druck auf die Bauernschaft zur Folge haben würde, daß unsere ganze Bauernpolitik faktisch erledigt sein würde. Die neue Opposition verlangt eine Erhöhung der Preise der Industrieerzeugnisse. Eine solche Erhöhung würde eine Erhöhung der Unzufriedenheit in den Millionenmassen der Bauernschaft zur Folge haben. Die Bauern würden gezwungen sein, die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu erhöhen. Dies würde wiederum in erster Linie auf die Arbeitslöhne zurückwirken und eine solche Erhöhung der Arbeitslöhne erfordern, die wir in der nächsten Zeit unmöglich vornehmen können. Kurz, dies würde zu einer neuen „Scheren“, zu einem Zerreißen des Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft führen, d. h. zu größten Gefahren und zum Zusammenbruch unserer ganzen Politik. Daher bedeutet die Losung „Feuer nach links“ die Aufrechterhaltung des Bündnisses zwischen dem Proletariat und der ausschlaggebenden Masse der Bauernschaft.

Wir haben gesehen, wie die allerlinkeste Opposition noch zu Lebzeiten Lenins an unserer Partei Kritik übte, wie sie Lenin Opportunismus und rechte Einstellung in der Arbeiter- und Bauernpolitik vorgeworfen hat. Damals richtete die Partei ihr Feuer gegen die linken Kritiker, charakteri-

sierte sie als Sprachrohr kleinbürgerlicher Stimmungen. Wir haben auch die „linke“ Kritik gesehen, die von der menschowistischen Gruppe „Rabotschaja Prawda“ ausging. Unsere Partei hat diese Gruppe aus ihren Reihen entfernt. Im Jahre 1926 sind wir Zeugen eines neuen Feldzuges, der „links“ aussieht, eigentlich aber von rechts her gerichtet ist. Andere Leute, mit anderen Beweisgründen ausgerüstet, Personen, die auf eine ganz andere Vergangenheit zurückblicken können und viel größere Autorität genießen, machen nunmehr den Versuch, die Linie der Partei von „links“ zu „berichtigen“. Wir sehen aber die gleichen Abweichungen, das gleiche Unverständnis gegenüber der leninistischen Politik, die gleiche Unterschätzung des Mittelbauern, das gleiche unüberlegte Vorgehen gegenüber dem Bündnis zwischen dem Proletariat und der Hauptmasse der Bauernschaft, den gleichen Versuch, dieses Bündnis zu sprengen. Dies sind die Ursachen der Leidenschaftlichkeit, mit der wir den Kampf in dieser Frage führen. Es handelt sich um die Grundfragen unserer Revolution, um die wichtigsten Interessen der proletarischen Diktatur. Wir tun dies, weil wir sehen, wie „die Mittelbauernschaft in einen Topf mit den Kulaken geworfen wird, wie versucht wird, die gegen die Kulaken gerichteten Maßnahmen in höherem oder geringerem Maße auch auf die Mittelbauern auszudehnen.“ Wir haben aber nicht vergessen, wie das Leninsche Vermächtnis an die Partei in dieser Frage lautet:

„Die Mittelbauern mit den Kulaken in einen Topf werfen, die gegen die Kulaken gerichteten Maßnahmen in einem bestimmten Grade auch auf die Mittelbauernschaft ausdehnen, heißt nicht nur alle Dekrete der Sowjetmacht und die Grundprinzipien ihrer Politik, sondern auch alle Grundprinzipien des Kommunismus aufs grösste verletzen, laut denen das Bündnis zwischen Proletariat und Mittelbauernschaft in Zeiten der entscheidenden Schlacht der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie als eine der Voraussetzungen eines schmerzlosen Ueberganges zur Aufhebung jeder Art der Ausbeutung bezeichnet wird.“

Das „Feuer nach links“ in der Bauernfrage ist gegen diejenigen gerichtet, die nicht an die Möglichkeit glauben, unsere Mittelbauern in die sozialistische Aufbauarbeit hineinzuziehen, gegen diejenigen, die folglich auch nicht an die Möglichkeit glauben, in unserem Lande mit vorherrschender bäuerlicher Bevölkerung den Sozialismus aufzubauen, gegen diejenigen, die vom leninistischen Standpunkt zum trotzkistischen abgleiten.

\* \*

## DIE IMPERIALISTEN RÜSTEN ZU NEUEN KRIEGEN

### *1. Die Beweggründe der kommenden Kriege*

Einer der wichtigsten Beweggründe der kommenden Kriege ist das krasse Mißverhältnis zwischen der Produktionsfähigkeit der Industrie der bedeutendsten Länder und dem Absatzmarkt für die Erzeugnisse dieser Industrie. Der Produktionsapparat der Industrie hat sich im Vergleich zur Vorkriegszeit außerordentlich erweitert, während die Erweiterung der Absatzmärkte damit nicht Schritt hält.

Auf Grund dieser Verhältnisse entwickelt sich ein äußerst verschärfter Kampf zwischen den imperialistischen Ländern um Absatzmärkte, um die Ausnutzung aller Produktionsmöglichkeiten der Industrie des betreffenden Landes oder der betreffenden Ländergruppe.

Die Rationalisierung, im speziellen auch die Standardisierung der Produktion, ist aufs engste verbunden mit dem viel schärfer als in Vorkriegszeiten ausgesprochenen Massencharakter der Produktion, die nunmehr außerordentlich große Absatzmärkte verlangt (zum Beispiel die Automobilproduktion der Ford-Werke usw.). Dadurch wird der Kampf zwischen den einzelnen kapitalistischen Gruppen noch mehr verschärft.

Die gleiche Bedeutung hat auch der Kampf um die Rohstoffquellen (Petroleum, Kautschuk, Baumwolle, Kupfer) und um rentable Kapitalinvestierung. Für die nächste Zeit jedoch ist es der Kampf um die Absatzmärkte, der für die europäischen Länder in der Entwicklung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten ausschlaggebend ist.

Auf Grund der sich stetig verschärfenden wirtschaftlichen Gegensätze tritt in letzter Zeit eine Tendenz zur Bildung neuer kriegspolitischer Gruppierungen der imperialistischen Mächte, die Vorbereitung neuer imperialistischer Kriege in Erscheinung.

Der grundlegende Gegensatz im Weltmaßstab entwickelt sich zweifellos zwischen England und den Vereinigten Staaten. Es reift zwischen diesen zwei Riesen ein Kampf um die Beherrschung der Welt, besonders um die Beherrschung der Meere heran.

In Europa sind die wichtigsten Gegensätze die zwischen England und Frankreich. Um diesen Angelpunkt beginnen sich alle anderen europäischen Länder zu gruppieren. Man weiß, daß sich in letzter Zeit eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich anbahnt, und daß als Gegensatz dazu sich ein Bündnis zwischen England und Italien herauszubilden beginnt. Wenn es zu einem Kriege zwischen diesen zwei europäischen Gruppierungen käme, so würden sich zweifellos auch die Vereinigten Staaten in diesen Krieg hineinziehen lassen, um ihren Hauptgegner, England, zu zertümmern. Dies ist um so wahrscheinlicher, als die Vereinigten Staaten große Kapitalien in Deutschland investiert haben, und auch alle Voraussetzungen für einen großen Zustrom amerikanischen Kapitals nach Frankreich gegeben sind.

Im Kampf um die Märkte des Fernen Ostens (China usw.), die über ein Viertel der ganzen Menschheit umfassen, bereitet sich ein bewaffneter Zusammenstoß am Stillen Ozean zwischen Japan, den Vereinigten Staaten und England vor.

Dies sind die Hauptrichtungen, in denen neue imperialistische Kriege heranreifen.

Auf dem Boden der Unterdrückungspolitik der imperialistischen Staaten, sowie auf Grund der sich entfaltenden nationalen Freiheitsbewegung sind nationale Freiheitskriege (in China, in einigen afrikanischen Ländern usw.) für die nächste Zukunft höchstwahrscheinlich.

Endlich verschärfen sich von Jahr zu Jahr die Gegensätze zwischen dem im Aufbau begriffenen Sozialismus (USSR) und dem verwesenden europäischen Kapitalismus, so daß ein bewaffneter Angriff des kapitalisti-

schen Westens (diesmal unter der Führung Englands) gegen die USSR in den Bereich einer realen Gefahr rückt.

In unseren weiteren Darlegungen werden wir auf die Hauptpunkte der Kriegsrüstungen zu den kommenden bewaffneten Konflikten eingehen.

## II. Militärische Vorbereitungen zu bewaffneten Konflikten

### Zunahme der Rüstungen in Europa und in den Vereinigten Staaten

Auf dem Boden der verschärften wirtschaftlichen und politischen Gegensätze tritt die militärische Vorbereitung der kommenden bewaffneten Konflikte in voller Deutlichkeit zutage. Besonders fieberhaft rüsten die Länder, die aus dem jüngsten imperialistischen Krieg als Sieger hervorgegangen sind und für die die Friedensverträge keine Rüstungseinschränkungen vorgesehen haben. Das Wachstum der Rüstungen wird von folgenden Zahlen veranschaulicht:

Frankreich, Italien, England und die Vereinigten Staaten zusammen	1913	1923	1926
Kriegsbudget (in Millionen Dollar)	993	1 743	1 768
Stehendes Herr (Landtruppen)	1 613 000	1 681 000	1 821 000
Militär-Flugapparate	etwa 150	2 400	3 550

Besondere Aufmerksamkeit wenden alle imperialistischen Mächte der Entwicklung ihrer Luftflotten zu. Nach annähernden Berechnungen ist für die nächsten fünf Jahre folgendes Tempo der Luftflottenentwicklung zu erwarten.

Land	Jahr	Zahl d. Flugapparate mit Einschluß der Hydropläne	Zunahme in Prozent
Frankreich	1925	1400	100
	1926—27	1500	107
	1932	2600	186
Großbritannien	1925—26	600	100
	1927—28	700	117
	1930—32	900	150
Italien	1925—26	750	100
	1927—28	1000	133
	1930—32	1400	187
Vereinigte Staaten	1925—26	600	100
	1927—28	700	117
	1929—30	950	158
Japan	1925—26	370	100
	1927—28	440	119
	1932	700	190

Somit wird die Luftflotte der wichtigsten imperialistischen Staaten in den nächsten fünf bis sechs Jahren sich fast verdoppeln.

Infolge der Herabsetzung der Militärdienstdauer wird jährlich aus den Friedenstruppen eine größere Menschenzahl, als dies in der Vorkriegszeit und in den ersten Nachkriegsjahren der Fall gewesen ist, als ausgebildet entlassen. So zum Beispiel wurden in Frankreich im Jahre 1913 150 000

Mann zur Reserve entlassen, während im Jahre 1926 370 000 Reservisten entlassen sein werden. Infolgedessen sowie infolge eines ausgebauten außerdienstlichen Ausbildungswesens ist die Zahl der militärisch Ausgebildeten, die im Kriegsfall zur Fahne gerufen werden, in allen bedeutenderen Ländern stark gestiegen und hat in manchen eine maximale Höhe erreicht (zum Beispiel in Frankreich 80 Prozent der Waffenfähigen, England etwa 75 Prozent, Tschechoslowakei 85 Prozent).

Im allgemeinen haben die bedeutendsten europäischen Länder (mit Ausnahme Deutschlands) in bezug auf militärische Vorbildung von Menschenmaterial fast das Maximum des Möglichen geleistet und von einer weiteren bedeutenden Zunahme ihrer Kriegsmacht auf diesem Gebiet kann nicht mehr die Rede sein.

Die Kriegsmacht dieser Länder wächst und wird weiter wachsen in der Richtung einer Vervollkommnung der technischen Kampfmittel sowie hauptsächlich in der Richtung der wirtschaftlichen und industriellen Vorbereitung zum Krieg. Die Zahlenstärke der mobilisierten Truppen wird heute bestimmt und wird auch in der Zukunft bestimmt werden in erster Linie vom wirtschaftlichen Zustand des Landes oder der Ländergruppe und vor allem durch den Zustand ihrer Kriegsindustrien.

Der wirtschaftlichen und industriellen Vorbereitung des Krieges wird gegenwärtig von allen Ländern die größte Aufmerksamkeit gezollt. Es werden spezielle Organe für die Kriegsmobilisierung der Industrie eingesetzt und bereits zu Friedenszeiten wird die Industrie auf die Möglichkeit eines raschen Uebergangs zur Herstellung von Kriegsmunition usw. vorbereitet.

So ist dank diesen Maßnahmen sowie infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes die kriegsindustrielle Macht Frankreichs um 50 bis 60 Prozent, die der Vereinigten Staaten etwa um 60 Prozent im Vergleich zum Jahre 1917/18 gewachsen. Auch die kriegsindustrielle Macht Italiens, der Tschechoslowakei und Polens ist erheblich gewachsen, England dagegen steht ungefähr auf dem Niveau von 1917/18. Die Kriegsindustrie Deutschlands ist zum großen Teile vernichtet, doch die allgemeine Lage seiner Industrie wird es ihm möglich machen, im Laufe weniger Monate sie auf Kriegsfuß einzustellen, insbesondere was die Erzeugung kriegschemischer Mittel anbetrifft.

Im allgemeinen ist zu sagen, daß die Kriegsmacht der bedeutendsten Länder erheblich wächst, und daß dieses Wachstum aufs engste mit der allgemeinen, wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung verbunden ist.

### Kriegsrüstungen der Küstenländer des Stillen Ozeans

Der Kampf zwischen den Vereinigten Staaten, Japan und England um Absatzmärkte und Rohstoffquellen des Fernen Ostens (China) und um die Beherrschung des Stillen Ozeans verschärft sich immer mehr und kommt auch in den Marinerüstungen zum Ausdruck.

	Ver. Staaten	England	Japan
Kriegsmarinebudget in Mill. Dollar	1905	161	12
	1913	337	48
	1923—24	263	115
	1926—27	282	109

		Ver. Staaten	England	Japan
Tonneninhalt d. Kreuzer in 1000 Tonnen	1922	210	275	88
	1926	230	270	145
	1930	300	420	203
Tonneninhalt der Geschwader-Torpedos in 1000 Tonnen	1922	366	337	51
	1926	366	335	89
	1930	384	275	170
Tonneninhalt d. U-Boote in 1000 Tonnen	1922	88	64	41
	1926	80	47	38
	1930	92	80	50

In bezug auf China und ebenso im westlichen Teile des Stillen Ozeans ist die Lage Japans eine außerordentlich günstige. Ihr wunder Punkt ist die mangelhafte Versorgung des Landes mit Eisen und mit Brennstoffen im Falle eines ausbrechenden Krieges. In den letzten Jahren arbeitet Japan im Süden der Mandchurei und zum Teil in Schantung an der Schaffung einer eigenen kriegsindustriellen Rohstoffbasis (Eißenwerke, Kohlengruben, Eisenbahnbau usw.).

Das Minimumprogramm in bezug auf Eisen- und Brennstoffversorgung kann annähernd 1930 erreicht werden. Von diesem Augenblick an wird Japan in der Lage sein, gegenüber England und Amerika eine selbständigere und eine aggressivere Politik zu führen, was die Entstehung einer durchaus realen Kriegsgefahr am Stillen Ozean bedeutet.

#### Vorbereitung eines Kriegsüberfalls auf die USSR

Im Laufe der letzten Jahre wird — in hohem Grade unter englischem Einfluß — an der Bildung eines kriegspolitischen Bündnisses der an die USSR grenzenden Staaten vom Baltischen bis zum Schwarzen Meer gearbeitet. Zweck dieses Bündnisses ist ein Ueberfall auf die Sowjetunion. Es bestehen bereits Kriegskonventionen zwischen Polen und Rumänien, zwischen Lettland und Estland, es wird eine Militärkonvention zwischen Polen und den Baltischen Ländern vorbereitet.

Der kapitalistische Westen betrachtet die westlichen Nachbarn der USSR als Werkzeuge für eine unmittelbare Kriegsattacke gegen die USSR. Diese Länder haben, nach Absicht der Großmachtpolitiker, ihre Armeen für den Kampf gegen die USSR zu stellen.

Mit Unterstützung Englands und Frankreichs vollzieht sich eine erhebliche Entwicklung der Streitkräfte der westlichen Nachbarn der USSR. Selbst Polen hat, trotz seiner schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage, im Jahre 1925/26, unter dem direkten Druck des englischen Kapitals seine Streitkräfte in keinerlei Weise geschwächt.

Das Wachstum der Streitkräfte Finnlands, Estlands, Lettlands, Polens und Rumäniens (zusammengerechnet) wird durch folgende Zahlen veranschaulicht:

	1923	1926	Zunahme in Proz.
Kriegsbudget in Mill. Dollar . . . . .	185	214	15,5
Stärke der Friedensarmeen in 1000 . . . . .	479	533	11,3
Stärke der bürgerlichen faschistischen u. a. Organisationen (in 1000) . . . . .	295	651	120,7
Zahl der Militärflugapparate . . . . .	280	510	82,2



Die Anspannung der militärischen Kräfte der Randstaaten, Polens und Rumäniens sowie die intensive Arbeit zur Bildung eines einheitlichen militärpolitischen Staatenbundes vom Baltischen bis zum Schwarzen Meer gegen die USSR.

Land	Militärpersonen pro 1000 Einwohner	Militärausgaben (in Dollar) pro Kopf der Bevölkerung
Finnland . . . . .	9,6	4,5
Estland . . . . .	12,7	4,7
Lettland . . . . .	12,2	4,5
Polen . . . . .	10,0	4,6
Rumänien . . . . .	9,7	2,6
USSR . . . . .	4,0	2,1

Besondere Erwähnung verdient die Fürsorge und die Aufmerksamkeit, die der Ausbildung rein bürgerlicher bewaffneter Kräfte zugewendet wird. Diese sind im Laufe der drei Jahre von 1923 bis 1926 um 120 Prozent gestiegen und haben bereits die Kopfzahl des stehenden Heeres überholt. Diese Organisationen sind in Friedenszeiten eine feste bewaffnete Stütze der herrschenden bürgerlichen Ordnung und sind bestimmt, in Kriegszeiten jenes Zement zu sein, das die mobilisierte Massenarmee festigt und zusammenhält.

Die im Westen der USSR liegenden Staaten sind infolge ihrer wirtschaftlichen Schwäche und der wenig entwickelten Kriegsindustrie außerstande, selbständig, ohne die finanzielle und materielle Unterstützung der westeuropäischen Großmächte, einen erfolgreichen Krieg gegen die USSR zu führen (Polen, das unter diesen Ländern in industrieller Hinsicht das vorgeschrittenste ist, kann zu Kriegszeiten nur 30 bis 35 Prozent seines Bedarfs an Waffen und Munition selbständig decken). Die westlichen Nachbarn der Sowjetunion erhalten Waffen und Munition für ihre Armeen aus Frankreich, aus der Tschechoslowakei, aus England und Italien. Im Kriegsfall wird den Arbeitern dieser Länder, in erster Linie aber den Arbeitern der Kriegsindustrie und des Transportes, die verantwortungsreiche Aufgabe zufallen, die militärische Versorgung der USSR-Feinde zu verhindern.

### Die verheerenden Wirkungen der drohenden Kriege

Die technische Ausrüstung der modernen Heere ist im Vergleich zur Vorkriegszeit und mit den Jahren des Weltkriegs erheblich gewachsen. Es entfielen auf je 1000 Kombattanten:

Land	Maschinengewehre					
	Geschütze		Schwere		Leichte	
	1913	1925	1913	1925	1913	1925
Frankreich . . . . .	5,2	7,2	2,4	10,7	—	49
England . . . . .	4,9	7,7	1,5	10,0	—	45
Vereinigte Staaten . . . . .	3,9	8,3	5,8	8,2	—	33
Deutschland . . . . .	5,6	3,4	1,1	8,5	—	14,2

Hierbei ist zu bemerken, daß die Zahl der schweren Geschütze bedeutend gewachsen ist und die Schußweite der Artillerie ebenfalls stark zugenommen hat.

Die Luftflotte ist nicht nur numerisch, sondern in noch viel höherem Maße qualitativ gewachsen.

Qualität	1918	1926	Zunahme in Proz.
Durchschnittstragkraft der Bombenwerfer in kg	150	400	160
Maximalgewicht einer Fougassenbombe in kg	1000	2000	100
Maximale Leistung der Schnellfeuer-Aviamaschinengewehre (Schußzahl in 1 Minute)	1000	1600	60
Durchschnittssatz der Treffer für Bombenwerfer (1500 m)	14—15	50—60	300
Durchschnittssatz der Treffer bei der Beschießung der Erdoberfläche aus Maschinengewehren	nicht über 10	75	650

Somit ist die Luftflotte im Jahre 1926 im Vergleich zum Jahre 1918 qualitativ mindestens um zwei- bis dreimal gewachsen.

Im Jahre 1918 wurden auf Paris und Umgegend aus 480 Flugzeugen Bomben im Gesamtgewicht von 22 000 Kilo geschleudert. Die gleiche Anzahl von Flugzeugen von Durchschnittsqualität hätte im Jahre 1926 144 000 Kilo werfen können. Berücksichtigt man die zunehmende Zahl der Treffer, so hätte die verheerende Kraft der geschleuderten Bomben rund das Zwanzigfache betragen.

Ein hervorragender Mitarbeiter der Luftflotte einer der imperialistischen Mächte äußert folgende Auffassungen über die Luftflottenaktion im kommenden Krieg:

1. Ein äußerst vorteilhaftes Objekt für die Luftbombardierung sind die großen Industriemittelpunkte. Es muß bereits zu Friedenszeiten eine genaue Liste derselben geführt und ihre Lage eingehend studiert werden.
2. Gegen Angriffe der Luftflotte sind die Städte fast gänzlich wehrlos. Im kommenden Krieg wird es, angesichts starker Luftflotten (gemeint sind die westlichen Großmächte) notwendig sein, die städtische Bevölkerung zu evakuieren und nur die Industriearbeiter in den Städten zu belassen. Sie werden aber einer nicht geringeren Gefahr ausgesetzt sein wie das unmittelbar im Felde stehende Heer.

Die chemischen Kampfmittel werden immer weiter ausgebaut und entwickelt und bilden den Gegenstand der Arbeit vieler Laboratorien, kriegschemischer Versuchsstationen.

So wurden zum Beispiel für die Arbeiten der kriegschemischen Versuchsstation in Porton (England) im Jahre 1921 etwa 270 000 Dollar bewilligt, im Jahre 1924 500 000, 1925 570 000, 1926 650 000. Das Arsenal in Hedgewood (Vereinigte Staaten) erhielt für ähnliche Zwecke im Jahre 1925 720 000 Dollar, im Jahre 1926 904 000 Dollar.

Die Wirkungskraft der chemischen Mittel ist im Vergleich zu 1918 erheblich gewachsen. Die technische Anwendung der chemischen Giftstoffe ist vereinfacht (30 bis 40 Prozent der Artillerie-Geschütze sind Gasgeschosse, ferner sind leicht transportierbare Ballons, chemische Avio-Bomben usw. eingeführt).

Die Entwicklung der Kriegsmarine-Technik führte zu einer außerordentlichen Steigerung der Kampffähigkeit sämtlicher Kriegsschiffsarten. Davon zeugen folgende Zahlen in bezug auf die gebräuchlichsten Schiffstypen:

Schiffstypen	Wasser- verdrängung (in 1000 t)		Geschwin- digkeit (in Knoten)		Antriebs- kraft (in 1000 PS)		Größtes Ge- schützkaliber		Gesamtge- wicht einer Bordsalve (in 1000 kg)	
	1913	1926	1913	1926	1913	1926	1913	1916	1913	1926
Linienschiff . . . . .	27,4	41,2	28	32	78,7	144,0	12"	16"	14,5	18,0
Kreuzer . . . . .	5,5	10,0	25,5	35	25,0	120,0	6"	8"	400	600
Torpedoboot . . . . .	0,98	2,4	31	36,7	24,5	50,0	4"	5"	100	206
U-Boot . . . . .	0,825	2,52	16	21,5	1,6	6,5	76mm	127mm	27	104

Im allgemeinen haben die heutigen Kriegsflotten trotz zahlenmäßiger Verminderung der Schiffe im Vergleich zum Jahre 1913 ihre Kampfkraft bedeutend gesteigert.

Entstehung und Ausgang eines möglichen neuen imperialistischen Krieges werden in außerordentlichem Maße von der wirtschaftlichen und politischen Widerstandsfähigkeit des Hinterlandes abhängen. Die Arbeiterklasse als Ganzes und die Arbeiter, die unmittelbar in der Kriegsindustrie, im Transportwesen und in den für die Kriegsindustrie Rohstoffe und Halbfabrikate herstellenden Industriezweigen beschäftigt sind, können und müssen einen entscheidenden Einfluß auf den Kriegsausgang ausüben und bei der Bekämpfung des Krieges eine entscheidende Rolle spielen. Von dem Grad ihrer Organisiertheit und ihrem Verhalten wird die Bereitschaft der Bourgeoisie zur Entfesselung des Krieges abhängig sein.

Die Kriegsindustrie und das Transportwesen nehmen im Kriegsfall eine große Zahl von Arbeitskräften für sich in Anspruch, wie aus folgender Tabelle zu ersehen ist:

Ungefähre Arbeiterzahl in der Kriegsindustrie (in 1000)

Staaten	im Jahre 1926	im Falle eines europäischen Krieges	Im Falle eines Krieges gegen die USSR
Frankreich . . . . .	200	2500	—
England . . . . .	150	2500	—
Italien . . . . .	120	1000	—
USA . . . . .	80	3500	—
Polen . . . . .	25	—	100
Tschechoslowakei . . . . .	60	—	300
Rumänien . . . . .	12	—	50
Finnland . . . . .	10	—	30

Die Gesamtzahl der Eisenbahner beträgt in England 700 000 Mann, in Frankreich 500 000, in Deutschland 750 000, in Italien 175 000. Hinzugefügt werden muß noch die Zahl der Hafendarbeiter sowie der Matrosen und Arbeiter der Handelsflotte, die gleichfalls bei der Befriedigung der Kriegsbedürfnisse Verwendung finden werden.

Auf diese Schichten der Arbeiterklasse müssen die Kommunistischen Parteien ihr Hauptaugenmerk richten.

### *Die Aufgaben der Sektionen der Komintern*

Der ganze Entwicklungsgang der kapitalistischen Wirtschaft während der letzten Jahre, die sich anzeigenden kriegspolitischen Gruppierungen der imperialistischen Mächte und die Zunahme der Kriegsrüstungen rücken die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges durchaus in den Bereich der Wirklichkeit.

Im Zusammenhang damit werden die Sektionen der Komintern vor die schwerwiegende Aufgabe gestellt, die Massen gegen den Krieg zu organisieren und die Umwandlung des ausbrechenden oder bereits ausgebrochenen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg vorzubereiten.

Die Kommunistischen Parteien müssen zwei Möglichkeiten, zwei Perspektiven im Auge behalten: 1. die Organisation der Machtergreifung, die Vorbereitung zur Einsetzung der proletarischen Diktatur noch vor Ausbruch eines neuen großen Krieges und 2. den wahrscheinlich möglichen Ausbruch eines neuen großen Krieges und seine Verwandlung in den Bürgerkrieg, d. h. in die proletarische Revolution.

Bisher schenkten die Sektionen der Komintern der zweiten Perspektive ungenügende Beachtung. Heute jedoch muß auch diese Aussicht aktuell werden. Wir wissen, daß die Fragen, die mit der Bekämpfung des Krieges und mit seiner Umwandlung in den Bürgerkrieg im Zusammenhang stehen, in der Praxis äußerst kompliziert sind. Lenin schrieb in seinem berühmten Brief an die Delegation zur Haager „Friedens“-Konferenz folgendes:

„Die allergrößte Schwierigkeit besteht in der Ueberwindung des Vorurteils, daß die Frage einfach, klar und verhältnismäßig leicht sei. Wir werden den Krieg mit Streik oder Revolution beantworten, sagen gewöhnlich der Arbeiterklasse alle bedeutenden Reformistenführer. Und sehr oft sind die Arbeiter und Bauern von dem scheinbaren Radikalismus dieser Antworten befriedigt und beruhigt. . . Nur hoffnungslos törichte und verlogene Menschen können versichern, daß eine solche Antwort auf die Frage nach der Bekämpfung des Krieges zu irgendetwas nutze sei. . . Es ist notwendig, den Leuten zu erklären, wie die realen Umstände sind, unter denen ein Krieg entsteht, wie groß das Geheimnis ist, das die Geburt des Krieges einhüllt, und wie hilflos die gewöhnliche Arbeiterorganisation — obwohl sie sich revolutionär nennt — angesichts eines wirklich heraufziehenden Krieges ist. . . In den Vordergrund tritt deswegen erstens die Auseinandersetzung über die Frage der „Vaterlandsverteidigung“, zweitens und im Zusammenhang damit — die Auseinandersetzung über die „Niederlagentheorie“ und schließlich die Erörterung über die allein mögliche Art der Kriegsbekämpfung und zwar die Bildung und Beibehaltung einer illegalen Organisation zur d a u e r n d e n Bekämpfung des Krieges durch alle revolutionären Kriegsteilnehmer.“

Das wirksamste Mittel zur Bekämpfung des Krieges müßte unter allen Umständen darin bestehen, daß die breiten Arbeitermassen von den Kommunistischen Parteien erfaßt werden, daß diese Arbeitermassen und vor allem diejenigen Gruppen der Arbeiterklasse organisiert werden, die — wie die in der Kriegsindustrie, dem Transportwesen, der chemischen und Stahlproduktion Beschäftigten — in der Versorgung der künftigen vielmillionenköpfigen Heere die ausschlaggebende Rolle spielen.

Zugleich erhebt sich die Frage, wie in den kolonialen und abhängigen Ländern die Organisation der nationalen Freiheitsbewegungen zur Entfaltung zu bringen ist.

Die Entwicklung der nationalen Freiheitsbewegung kann sowohl England wie Frankreich in bezug auf den Krieg zu denken geben, wenn eine wirk-

liche Gefahr bestehen sollte, daß die bedeutendsten Kolonien ihre staatliche Unabhängigkeit proklamieren.

Die dritte Frage endlich besteht in der Organisation des ernsthaften Kampfes gegen den sozialdemokratischen Pazifismus und gegen die schönen, Wachsamkeit und Klassenbewußtsein der breiten Arbeitermassen einschläfernden Phrasen von der Bekämpfung des Krieges durch die Sozialdemokratie.

Gleichzeitig mit der wachsenden Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges wächst die Gefahr einer bewaffneten Intervention gegen die USSR. Im Zusammenhang damit stehen die Sektionen der Komintern vor der Aufgabe, Aktionen der Arbeiterklasse vorzubereiten, die darauf gerichtet sind, den bisher einzigen Arbeiterstaat zu schützen, der mit Erfolg an dem Aufbau des Sozialismus arbeitet.

## ERCOLI:

### FASCHISMUS UND STABILISIERUNG

#### I.

Wie weit ist es dem italienischen Faschismus, nachdem er die Macht erobert hat, gelungen, die Wirtschaft und das kapitalistische Regime in Italien zu stabilisieren? Auf diese Frage eine Antwort zu geben, ist nicht nur deshalb interessant, weil uns dies gestattet, ein Urteil über ein Land abzugeben, das, trotzdem es vom wirtschaftlichen und politischen Standpunkt nicht mit den größeren kapitalistischen Staaten Europas verglichen werden kann, sich dennoch bemüht, einen immer größeren Anteil auf dem Gebiete des internationalen Wettbewerbs zu erlangen, sondern auch deshalb, weil uns dies ermöglicht, das Problem der Funktion und der Bedeutung aufzurollen und zu beurteilen, die der Faschismus gegenwärtig in bezug auf die augenblicklichen Erscheinungsformen der Krise des Kapitalismus besitzt.

Vor allem muß man sich über die vom Faschismus zur Schaffung der Voraussetzungen einer Stabilisierung angewandte Methode klar sein. Das kennzeichnende Element dieser Methode besteht in der Tatsache, daß sich der Faschismus im Rahmen der Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse als eine mit einer Massenbasis versehene reaktionäre Bewegung darstellt. Es soll hier nicht näher darauf eingegangen werden, wie es dem Faschismus gelungen war, zu einer Massenbasis zu kommen. Es sei nur daran erinnert, daß er diese Basis in einigen Schichten des städtischen und ländlichen Mittel- und Kleinbürgertums und in halbproletarischen Elementen fand, die er militärisch und politisch organisierte, um sie als Werkzeug der gegen die Arbeiter, gegen das ländliche Proletariat und gegen die armen Bauern entfesselten Offensive im Interesse der Industriellen und der Großgrundbesitzer zu verwenden. Ferner sei noch daran erinnert, daß alle Elemente, die die soziale Basis des Faschismus bildeten, wenn sie auch untereinander verschiedenartig waren, in einem gewissen Augenblicke nicht

nur durch das gemeinsame Ziel, die Kräfte der Arbeiterbewegung zu zerschlagen, geeinigt waren, sondern auch durch die Absicht, „den Staat zu erobern“, indem sie den traditionellen herrschenden Klassen die Führung desselben entreißen und seinen Apparat und sein leitendes Personal erneuern wollten. Es würde zu weit führen, zu schildern, wie man durch die Entwicklung der italienischen Gesellschaft und im besonderen durch die Phasen der sozialen Nachkriegskrise hindurch dieses Ergebnis erzielen konnte. Es steht jedoch fest, daß in einem gewissen Augenblick ihrer Entwicklung die faschistische Bewegung, begünstigt, organisiert und bewaffnet von den alten herrschenden Schichten des italienischen Staates zu einem reaktionären Kampfe, der in ihrem unmittelbaren Interesse zur Verteidigung ihrer Macht gegen den Angriff des Proletariats geführt wurde, sich selbst als Exponent einer „neuen Klasse“ proklamieren konnte, die nicht nur Anspruch darauf erhob, sich in den Rahmen des Staates einzufügen, sondern diesen Rahmen zu sprengen und ihn ausschließlich im eigenen Interesse wiederherzustellen gewillt war, um ihn der Organisation und der Konsolidierung der eigenen Macht dienstbar zu machen.

Diese Grundzüge der Entwicklung der faschistischen Bewegung seien hier erwähnt, da sie die hauptsächlichsten Widersprüche der „faschistischen Stabilisierung“ bestimmen.

Vor allem sind die Schichten, die, an die Spitze des Staates gelangt, der Stabilisierung eine feste soziale und politische Grundlage zu geben hätten, so wenig „stabil“, wie man es sich nur vorstellen kann. Zweitens ist, während die Stabilisierung der Definition nach eine „kapitalistische Stabilisierung“ sein soll, also eine solche, die im Interesse der Klassen betrieben wird, die im Prozesse der kapitalistischen Produktion eine leitende Funktion besitzen — der Faschismus, der diese Stabilisierung durchführen will, durch seinen Ursprung an eine Zwischenschicht sozial gebunden, die im Produktionsprozesse stets nur eine Hilfsstellung, häufig eine Schmarotzerstellung einnimmt, an eine Schicht, die, ihrer eigenen Natur nach, dazu verurteilt ist, ständig zwischen den verschiedenen Faktoren der Produktion und den entgegengesetzten sozialen Klassen zu schwanken, einmal revolutionär gegenüber dem wirtschaftlichen Drucke des Kapitals, ein andermal reaktionär aus Furcht vor der Machtergreifung durch das Proletariat.

Außer den Widersprüchen, die der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft überhaupt im gegenwärtigen Zeitabschnitte der offenen Nachkriegskrise eigen sind, leidet der Faschismus also noch an anderen Widersprüchen, die ihm allein eigen sind und die seiner eigenen Natur entspringen. Wir müssen also kurzgefaßt betrachten, wie sie sich sowohl auf dem wirtschaftlichen wie auf dem politischen Gebiete zeigen.

## II.

Auf dem wirtschaftlichen Gebiete bestand die Richtlinie des Faschismus sofort nach der Eroberung der Macht darin, dem Kapital die weiteste Freiheit wiederzugeben, sowohl durch Gewährung freier Hand im Kampfe gegen die Arbeiterklasse wie durch Unterdrückung jeglicher Gesetze und Bestimmungen, die diese Freiheit beschränken sollten. Es muß gesagt werden, daß diese Richtlinie in der ersten Zeit nicht die Zwischenschichten verletzte, die den Faschismus unterstützten. Diese Schichten hatten wohl unmittelbar

nach dem Kriege antikapitalistische Tendenzen gehabt, die so betont waren, daß im ersten Programme der „Kampffaschi“ dem Kapital so ausgesprochen feindliche Forderungen enthalten waren, wie die Vermögensabgabe mit Enteignungscharakter; aber diese Tendenzen hatten sich einerseits sehr abgeschwächt und sich dann im Verlaufe des bewaffneten Kampfes gegen die Arbeiter ganz verloren, andererseits wurden sie neutralisiert durch die entgegengesetzte Tendenz: die Unterdrückung jeglicher Einschränkung der Initiative und Freiheit des Kapitals als eine Rückkehr zum Heldenzeitalter des entstehenden Kapitalismus, als einen Triumph der individuellen Freiheit über die bürokratische Unterdrückung durch den Staat darzustellen. Ein wirtschaftlicher Romantizismus, der wohl trefflich zu den sozialen Ursprüngen und zur Ideologie des Faschismus paßte, aber durch die Tatsachen die grausamste Widerlegung erfahren mußte. Die dem Kapital wiedererstattete Freiheit mußte in der Tat nicht zum Ausbruche neuer individueller Energien unter dem Ansporn der Konkurrenz führen, sondern zur Errichtung der unbestrittenen Herrschaft einer Oligarchie von Großindustriellen und von höchst mächtigen Bankleuten. Die Gesetze, die die Entwicklung der Wirtschaft in der Zeit des Imperialismus bestimmen, vertragen keine Widerlegungen.

Dennoch erfreute sich Italien in der ersten Zeit (in den Jahren 1923 und 1924 und anfangs 1925) einer günstigen Wirtschaftskonjunktur, die vor allem von folgenden Faktoren bestimmt war:

1. Herabsetzung der Arbeitslöhne und Unterdrückung jeder Besteuerung des Kapitals.

2. Inflation.

3. Möglichkeit der Ausfuhr nach den ausländischen Märkten, wo zeitweilig die deutsche Konkurrenz wegen der Industriekrise dieses Landes ausgeschaltet war und wo auch die französische Konkurrenz fortfiel, weil der Frank noch nicht in die Periode seiner Entwertung eingetreten war.

Zugleich mit der günstigen Konjunktur gab es eine ungeheure Ausdehnung des Produktionsapparates, begleitet von einem außerordentlichen Anwachsen des Aktienkapitals (von zwei Milliarden im Jahre 1923 auf acht Milliarden im Jahre 1925). Zugleich gewann das Bankkapital das Uebergewicht über das Industriekapital, und die Konzentration nahm besonders scharfe Formen an.

In der günstigen Konjunktur waren jedoch die Keime der Krise enthalten, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1925 einzutreten begann. Die erste Erscheinungsform der Krise war der Mangel an Umlaufkapital infolge der außerordentlichen Erhöhung des fixen Kapitals für die Ausdehnung der Betriebe sowie infolge der Anlage von Kapitalien in der Landwirtschaft, die durch die Wiederherstellung hoher Schutzzölle für die Getreideproduktion und durch die „Schlacht des Getreides“ hervorgerufen war, d. h. durch die Kampagne für die Vergrößerung der mit Getreide angebauten Fläche und zur Hebung der Produktivität des zum Getreidebau bestimmten Bodens durch neue Anlagen in der Form von Maschinen, Düngemitteln usw. Dem Mangel an Umlaufkapital wollte man durch Anleihen im Auslande abhelfen, doch erhielt man diese nur unter der Bedingung, die Zahlung der Kriegsschulden zu regeln und eine Stabilisierung der Währung einzuleiten. Zugleich trat ein anderer Krisenfaktor ein, die Einschränkung der Absatz-

märkte, des ausländischen Marktes infolge der Wiederaufnahme der Konkurrenz durch die industriell stärkeren Länder, des Binnenmarktes durch die Verarmung der Massen, die durch den Lohnabbau und durch die Steuerpolitik hervorgerufen war, die mit brutalen Unterdrückungsmaßnahmen arbeitete, aber zur Regelung der Auslandsschulden und zum Ausgleiche der Staatsbilanz notwendig war. Die Passivität der Zahlungsbilanz hat sich in stärkstem Ausmaße erhöht. Die Geldsendungen der Auswanderer und die Einnahmen der Fremdenindustrie, die eine zeitlang dazu gedient hatten, dieses Passivum zu decken, sind in Fortfall gekommen. Die italienischen Arbeiter, die im Auslande arbeiten, hören auf, ihr Geld an das faschistische Vaterland zu senden, und die Fremden weichen dem Lande Mussolinis aus. Es erschließt sich also die Perspektive einer ständigen, fortschreitenden Verschärfung der Krise.

Wie tut der Faschismus dem gegenüber? Besitzt er eine eigene Methode, um, sei es auch mittels der Krise, eine Stabilisierung zu erreichen? Er hat keine eigene Methode außer jener, in immer offenerer Weise die Konzentrierung der Kontrolle der gesamten Wirtschaft in den Händen des Finanzkapitals zu begünstigen. Er hat kein System außer jenem, einer Oligarchie von Großindustriellen und Bankleuten die volle Freiheit zu überlassen, über den Reichtum des ganzen Landes zu verfügen, um den kapitalistischen Profit unversehrt zu erhalten.

### III.

Was sind die sozialen und politischen Folgen dieser wirtschaftlichen Lage? Die erste Folge, und die wichtigste, ist die fortschreitende Einschränkung der sozialen Basis nicht nur des Staates im allgemeinen, sondern des Faschismus selbst im besonderen. Der kapitalistische Profit kann nur durch einen ständigen Kampf gegen die Massen aufrecht erhalten werden. Vor allem gegen die Massen der Arbeiter, um deren Löhne herabzusetzen, dann aber auch gegen die Bauern, durch die Anwendung eines Steuersystems, das die großen Massen der Verbraucher durch die Verstärkung der Zollschranken ausbeutet, und schließlich auch gegen das Klein- und Mittelbürgertum als die Klasse der Sparer. Die kennzeichnendste Erscheinungsform des Kampfes gegen das Klein- und Mittelbürgertum besteht in der Unterdrückung des demokratischen Systems in der Leitung der Aktiengesellschaften. Der große Bankmann, der Aktien mit Mehrstimmrecht und Vorzugsaktien besitzt, beraubt den kleinen Sparer des Rechtes, über sein Vermögen zu verfügen. Aber es gibt auch andere Tatsachen, die die kleinbürgerlichen Massen verletzen. Das Eindringen des Auslandskapitals nach Italien erscheint ihnen als Einschränkung der „Unabhängigkeit der Nation“, eine der Mythen, mit denen sie der Faschismus mobilisiert hat. Das amerikanische Kapital, das in der Industrie angelegt wird, konzentriert sich auf einen einzigen Industriezweig, auf die Elektrizitätsindustrie, die den Schlüssel zum gegenwärtigen und künftigen Industriesystem eines Landes, wie Italien, bildet, das keine Kohle besitzt. Das Kapital, das die Gruppe Morgan für den Versuch der Sanierung der Währung zur Verfügung stellt, wird der italienischen Regierung nur zu einem Drittel zur völligen Verfügung gestellt; über die anderen beiden Drittel wird die italienische Regierung nur mit Zustimmung der



amerikanischen Bankleute verfügen können. Und die amerikanischen Bankleute können dadurch, daß sie die Obligationen der italienischen Kriegsanleihe auf den Markt werfen, Italien in wenigen Tagen zum Bankrott bringen. Vom wirtschaftlichen Standpunkte ist nichts von dem verwirklicht, was das Klein- und Mittelbürgertum als Grundlage seiner Wiederherstellungspläne aufgestellt hatte. Daher eine erste ständige Quelle der Unruhe, der Unsicherheit, der Schwankungen, die manchmal brüsk und in bedrohlicher Weise zutage treten, wie dies während der „Matteotti-Krise“ der Fall war, und außerdem unter der Oberfläche schlummern und die faschistische Bewegung und die faschistische Partei von innen heraus unterwühlen.

Aber auch auf dem Gebiete der Politik im engeren Sinne ist das Ergebnis der vom Faschismus nach der Machtergreifung entfalteten Tätigkeit nicht viel anders. Der Ausgangspunkt war hier ein Erneuerungsprogramm gewesen, dessen wesentlicher Teil die Kritik an dem politischen System der Demokratie und des Parlamentarismus war. Und in dem Augenblick, in dem der Faschismus sich daran machte, die Macht zu ergreifen, waren diese Systeme tatsächlich ein wirksames Hindernis einer kapitalistischen Stabilisierung. Den Massenparteien war es durch das Parlament zwar nicht möglich, eine Kontrolle der Regierungssysteme der bürgerlichen Gesellschaft auszuüben, aber doch ein normales Funktionieren des Staatsapparates und vor allem jenes schnelle und skrupellose Funktionieren zu verhindern, das für die Errichtung der Diktatur einer Wirtschaftsoligarchie erforderlich ist. Die Unterdrückung des parlamentarischen Systems entsprach daher ebenso den Bedürfnissen des Großbürgertums wie auch den Zielen und den Tendenzen der faschistischen Mittelschichten. Aber letzteren stellten sich die Dinge im Verlaufe der Zeit ziemlich verwickelt dar. Die Unterdrückung des parlamentarischen Systems konnte für sie etwas Gutes sein, wenn es durch etwas anderes ersetzt wurde, das die Möglichkeit oder zumindest den Anschein einer Teilnahme an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in neuen Formen geboten hätte. Was aber? Das Parlament ist nicht nur die typische Form der Beteiligung des Klein- und Mittelbürgertums am öffentlichen Leben, sondern auch die höchste Form, zu der diese Klassen, (die nicht bis zum Sowjetsystem gelangen können), zu gelangen imstande sind. Andere Formen führen unvermeidlich zur Zersetzung des Staates. Dies ist es, was in Italien mit dem „Rassismus“ geschehen ist, das heißt, mit der Bildung faschistischer Machtorgane in jedem örtlichen Zentrum, Organe, die von den Exponenten des Klein- und Mittelbürgertums im Gegensatz zum Staatsapparate unterhalten wurden. Das ist es, was mit der Entgegensetzung von Parteimiliz und Heer, mit der Entgegensetzung der faschistischen Gewerkschaften, die sich Massenorganismen nennen, und dem von der Regierung und den Industriellen zur Verhinderung jeder wirtschaftlichen Bewegung geschaffenen Schlichtungsapparat usw. geschehen ist. Die „neue herrschende Klasse“ löst auf, statt zu stabilisieren. Mehr noch, weil das parlamentarische System unterdrückt ist, weil jede Form der Opposition mit Gewalt verhindert wird, weil die faschistische Partei die einzige Organisation ist, die weiterbesteht, trachten im Schoße der faschistischen Partei selbst alle Gegensätze, zum Ausdruck zu gelangen und nehmen die Formen von Krisen und Kämpfen zwischen den verschiedenen Tendenzen an, Krisen

und Kämpfen, die die Einheit der Organisation in Frage stellen, die dem „stabilisierenden“ Regime eine breite soziale Basis zu sichern hätte.

Mussolini wollte das Regime der Bolschewiki in der Sowjetunion nachahmen, aber er wollte eine Kleinigkeit dabei beseitigen: die einheitliche soziale Basis des Proletariats, und sie durch eine bunte soziale kleinbürgerliche Basis ersetzen. Infolgedessen schuf er eine ungeheure Karikatur auf das Regime der Bolschewiki.

Das Problem der Erhaltung dieser Einigkeit ist heute für den Faschismus eines der schwersten Probleme. Es besteht darin, zu verhindern, daß alle angedeuteten inneren Gegensätze offen zum Ausbruche gelangen und dadurch einem Zusammenbruche des Regimes unter dem Drucke der erbitterten Volksmassen den Weg öffnen. Um dieses Problem zu lösen, ist der „Kampf gegen die Massen“ in das Innere der faschistischen Partei selbst verlegt worden,\* in der jegliche Form der Demokratie beseitigt worden ist. Die faschistische Partei ist zu einem Registrierapparat geworden, der ausschließlich von oben her geleitet wird. Aber damit berührt man nur das Äußerliche. Was die faschistischen Führer benötigen, ist die Erhaltung der Einheit der faschistischen Bewegung, indem sie die Massen, aus denen die Bewegung besteht, in einem solchen Zustande der Mobilisierung und der Spannung erhalten, der sie daran hindert, sich unter dem Drucke der materiellen Faktoren zu zersetzen. Diesem Zwecke dienen einerseits die Kampagne für die ständige Verstärkung des Terrors und anderseits die Kampagne für die sogenannte kapitalistische Expansion. Diese beiden Kampagnen haben natürlich auch eine andere Rechtfertigung. Ohne den Terror wäre es nicht möglich, die wirtschaftliche Offensive zur Ausbeutung der Massen und die politische Offensive zu führen, um sie jeglicher Freiheit zu berauben. So steht der Expansionismus, wenn er auch an sich keine unmittelbaren Aussichten hat, mit der Wirtschaftskrise in Zusammenhang. Aber das eine wie das andere sind stärkste Werkzeuge, um die Auflösung der Basis zu verhindern, auf die der Faschismus sein Gebäude aufgebaut hat. Das eine wie das andere müssen immer mehr verwendet werden, je mehr die Widersprüche des Regimes, die sich vertiefen, zum Ausbruche zu gelangen drohen.

Durch ein unerbittliches inneres Gesetz ist die faschistische Stabilisierung nur dann stabil, wenn sie immer mehr den Terror verschärft, wenn sie von den außergesetzlichen Verfolgungen zu den gesetzmäßigen übergeht, zur Wiedereinführung der Verbannung und der Todesstrafe. Die faschistische Stabilisierung ist nur dann stabil, wenn sie das Land mit ihren Provokationen und ihren Verbrechen in Schrecken hält, wenn sie mit ihrer so-

---

\* Zum Beweise für die Schwere der inneren Krise des Faschismus können zahllose Tatsachen angeführt werden. Konflikte zwischen faschistischen bewaffneten Banden und Carabinieri und blutige Konflikte zwischen faschistischen, bewaffneten Banden verschiedener Tendenzen haben in verschiedenen Städten stattgefunden. Polizeigebäude und Militärfasernen wurden von den faschistischen Banden bei verschiedenen Gelegenheiten angegriffen. Im Polesine wurde eine kleine illegale Zeitschrift, die von den Kommunisten zur Propaganda unter den Bauern veröffentlicht wird, von einer Gruppe faschistischer Banden verbreitet, die zufällig einige Pakete gefunden hatten. Nach der Verhaftung Duminis, des Mörders Matteottis, ertönten bei einigen faschistischen Kundgebungen Rufe „Tod Mussolini!“

genannten imperialistischen Politik die ohnehin so prekäre Lage der Stabilität der internationalen Beziehungen Europas bedroht.

#### IV.

Und jetzt in aller Kürze als Seitenstück zu diesen Erfahrungen in Italien eine Einschätzung des Faschismus nicht nur als eine Erscheinung Italiens, sondern als eine der Erscheinungsformen der Offensive, die das Kapital im internationalen Maßstabe gegen die Arbeiterklasse führt. Es ist allgemein bekannt, daß in dieser ganz allgemeinen Weise das Problem des Faschismus vom 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Jahre 1922 gestellt wurde. Und der 5. Kongreß fügte zwei Jahre nachher, nachdem er festgestellt hatte, daß die Formen der Offensive des Kapitals im Zusammenhange mit der veränderten wirtschaftlichen und politischen Lage eine Abänderung erfahren hatten, hinzu, daß sich daher auch das Problem des Faschismus in einem anderen Lichte zeige. Es war also zur Zeit des 5. Kongresses bereits ein Prozeß sichtbar, bei dem breite Schichten des Kleinbürgertums und der Bauernschaft, die gezwungen sind, die materiellen Folgen der Stabilisierungsversuche zu ertragen, „für die Bourgeoisie keine unbedingt verlässlichen Stützen mehr bilden, wenn auch ein Teil als Faschisten den Vortrupp der Bourgeoisie im Kampfe gegen das Proletariat abgibt“. (Thesen des 5. Kongresses über die Weltwirtschaftslage, Seite 49.) Heute entwickelt sich dieser Prozeß in einigen großen kapitalistischen Ländern derart, daß das Kleinbürgertum von neuem zur Arbeiterklasse hinzuneigen beginnt und jene faschistischen Organisationen verläßt, die eine Politik unbedingter Unterstützung der Stabilisierungsversuche im Interesse des großen Finanzkapitals betreiben. Der Faschismus ist, wenn er sich eine Basis erhalten will, gezwungen, eine demagogische Sprache zu führen, die natürlich den leitenden kapitalistischen Gruppen nicht genehm sein kann. Aber auch andere Tatsachen sind eine Hervorhebung wert.

Vor allem in den Ländern, in denen die Bourgeoisie in der Wirtschaftskonjunktur und in den Rationalisierungsbestrebungen der Industrie eine reale Basis für die Stabilisierungsversuche auf Kosten der Arbeiterklasse findet, wird der Faschismus allmählich in den Hintergrund gedrängt. Der faschistische Angriff auf die Stellungen des Proletariats ist nicht mehr eine unmittelbare Perspektive, erscheint nicht mehr als eine unvermeidliche Notwendigkeit, um zumindest die Grundlagen für eine Sanierung der Wirtschaft zu schaffen. In Frankreich ist die gleiche Tatsache festzustellen; man gelangt zwischen den verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie auf dem Boden des Parlaments zur Bildung eines Blocks für den Widerstand und die Offensive gegen die Arbeiter. Und in Großbritannien wurden während des Generalstreiks und des Kampfes der Bergarbeiter die faschistischen Organisationen auf eine ganz unbedeutende Rolle herabgedrückt, da die konservative Regierung die Leitung des Kampfes um die Verteidigung des kapitalistischen Eigentums und der bürgerlichen „Ordnung“ unmittelbar in die eigenen Hände genommen hatte. Die faschistischen Organisationen fahren dafür fort, eine aktive Funktion in einer Reihe von Ländern zu haben, wo eine wirtschaftliche Grundlage für eine relative Stabilisierung nicht gefunden werden kann, oder wo die Durchkreuzung von nationalen und

anderen Problemen mit wirtschaftlichen die Bildung der bürgerlichen Einheitsfront gegen die Arbeiterklasse verhindern.

Dürfen wir glauben, daß diese verschiedenen Erfahrungen das Ende der faschistischen Gefahr bedeuten? Durchaus nicht. Sie bedeuten nur, daß der Faschismus unter den gegenwärtigen Verhältnissen in einer Reihe kapitalistischer Großstaaten nicht mehr als ein geeignetes Mittel für den Zweck erscheint, den sich die Bourgeoisie durch die Offensive gegen das Proletariat zu erreichen vornimmt. Diese Erfahrungen bedeuten, daß der Kampf in diesen Ländern auf einer anderen Grundlage und mit „wirtschaftlicheren“ Mitteln geführt wird. Es wäre jedoch ein gewaltiger Fehler, wenn wir vergäßen, daß die faschistische Gefahr unmittelbar drohend werden kann, wenn sich die Bourgeoisie von neuem in diesem oder jenem Lande vor die Notwendigkeit gestellt sieht, einen außerordentlichen Widerstand zu zerschmettern, der ihr entweder von den Volksmassen oder von dem überlieferten Apparat des demokratischen und parlamentarischen Staates entgegengesetzt wird. Es wäre vor allem ein gewaltiger Fehler, wenn wir nicht die gegenwärtige Lage benützten, um Verhältnisse zu schaffen, die eine neue Entwicklung des Faschismus in breiten Ausmaßen unmöglich machen.

Es ist wahr, daß in Italien, wo der Faschismus entstanden ist und sich in einer klassischen Form entwickelt hat, es ihm nicht gelingt, zu „stabilisieren“, aber ebenso wahr ist es, daß der Faschismus, wenn er auch das Land in einem fast ständigen Zustande höchster Unruhe erhält, einer Oligarchie von Ausbeutern den kapitalistischen Profit auf Kosten der Arbeiter, Bauern und der Mittelklassen verbürgt. Um aber den kapitalistischen Profit unversehrt zu erhalten, ist die Bourgeoisie bereit, die ganze Welt in einen Kerker und in eine Hölle zu verwandeln.

## A. MARTYNOW: VÄTER UND SÖHNE

Peppino Garibaldi, der Neffe des italienischen Revolutionärs und Nationalhelden, erwies sich als Verräter, der Enkel — Ricciotti Garibaldi — als Agentprovokateur.

Zur Zeit der Matteotti-Affäre organisierte Peppino Garibaldi in Italien die antifaschistische Legion. Sämtliche Mitglieder der Legion waren Spitzel, außer einem — Bellini. Bei der Gerichtsverhandlung trat als Belastungszeuge gegen Bellini niemand anders auf — als der Organisator der Legion in eigener Person, Peppino Garibaldi, der auf der Anklagebank hätte Platz nehmen sollen. Das ist ein klarer Beweis dafür, daß dieses ganze Abenteuer von Mussolini in Szene gesetzt worden war, der sich des Peppino Garibaldi als Werkzeug bediente, um sein faschistisches Terrorregime zu rechtfertigen.

Gleichzeitig organisierte der Enkel des berühmten Giuseppe — Ricciotti Garibaldi — im September 1924 die antifaschistische Legion in Paris. Den

für diese Legion angeworbenen betölpelten Arbeitern versicherte er, vor ihnen stehe die Aufgabe einer „zweiten Expedition Garibaldi“ nach Italien. Die „zweite Expedition Garibaldi“ nach Italien erwies sich als Bluff, für die Legion fand sich jedoch anderweitig Verwendung. Wie die französische Polizei herausfand, schickte sich Ricciotti Garibaldi an, diese Legion nach Spanien zu dirigieren, um dort, in der Provinz Katalonien einen Aufstand zu entfachen, und zwar mit dem ausgesprochenen Ziel, Spanien mit Frankreich, als angeblichem Ausgangspunkt der Anschläge gegen die spanische Regierung, zu entzweien.

Das Ricciotti Garibaldi nur dieses provokatorische Ziel verfolgte, geht vollkommen klar noch aus anderen Faktoren hervor. Die französische Polizei stellte bei der Verhaftung des italienischen Polizeiagenten La Polla dessen Verbindung mit Ricciotti Garibaldi fest. Insbesondere fand sie bei ihm ein von Garibaldi in Paris für einen gewissen Scivoli fabriziertes Dokument, der nach Angaben der italienischen Polizei gerade auf dem Wege nach Italien war, um dort ein Attentat auf Mussolini durchzuführen. Als die französische Polizei Ricciotti Garibaldi verhaftete, fand sie bei ihm noch ein weiteres in Paris fabriziertes Dokument. Nach dem Attentat des Anarchisten Luccetti auf Mussolini fabrizierte Ricciotti Garibaldi in Frankreich ein Mitgliedsbuch Luccettis, das dessen Zugehörigkeit zu einer in Frankreich organisierten antifaschistischen Gesellschaft erweisen sollte. Dieses Mitgliedsbuch gedachte er nach Rom zu senden, damit es dort als Beweismittel verwendet werden könne, um Frankreich als Ausfallstor von Verschwörungen gegen die italienische Regierung hinzustellen.

Sowohl der Neffe als auch der Enkel des berühmten italienischen Nationalhelden und Revolutionärs haben sich als Agentprovokateurs erwiesen, die mit schmutzigen provokatorischen Methoden Mussolini halfen, Italien und Spanien gegen Frankreich aufzuhetzen. Was ist das? Ein Spiel des Zufalls? Ein schlechter Witz der Geschichte? Das Spiel „sinnloser Atome“ in den Hirnen Degenerierter? Nein, das ist eine Erscheinung von tiefer symptomatischer Bedeutung; eine deutliche Widerspiegelung der gesetzmäßigen Evolution der europäischen — und im besonderen der italienischen bürgerlichen Demokratie.

Giuseppe Garibaldi war der Held der Epoche des „Jungen Italiens“, der Epoche der italienischen nationalen Befreiungsbewegung gegen die österreichische Herrschaft und die dynastischen Cliques. Als Weg zur Einigung und Befreiung Italiens wählte er die Revolution, den Aufstand des Volkes. Im Gegensatz zu Cavour, der nur einen Teil Italiens vereinigen wollte, und zwar durch Erweiterung der Grenzen Piemonts, durch diplomatische Kombinationen, durch Feilschen und Erschmeichelung der Sympathie Napoleons III., mittels Verrat Nizzas und Sovoyens, war Giuseppe Garibaldi ein Volksrevolutionär und außerdem Internationalist. Ueberall, wo für die Freiheit gekämpft wurde, war er auf dem Posten. Er organisierte nicht nur Nationalaufstände in Italien. Er kämpfte für die politische Unabhängigkeit von Rio Grande do Sul von Brasilien, er organisierte den Aufstand in Uruguay gegen den argentinischen Diktator Rosas; mit den Waffen in der Hand kämpfte er während des deutsch-französischen Krieges gegen die Preußen. Er träumte von der freien republikanischen Föderation der europäischen Völker; den Pariser aufständischen Kommunards sandte er

heiße Grüße. Er war der beseelte Träger der bürgerlichen Demokratie in der Morgenröte ihrer Jugend, in der Epoche ihres Kampfes gegen den Feudalismus, als sie noch von revolutionärem Enthusiasmus durchdrungen war, als ihr Patriotismus den unterdrückten Klassen und Nationen noch nicht feindlich gegenüberstand, sondern im Gegenteil sie eng mit ihnen verband.

Garibaldi's Sohn, der ältere Ricciotti, folgte noch den Spuren seines Vaters. Er nahm noch an den kriegerischen Unternehmungen seines Vaters teil. Im Parlament gehörte er noch der äußersten Linken an, er nahm am Aufstand der Griechen gegen die Türken teil, er machte sich daran, eine italienische Legion zur Unterstützung der aufständischen Albanier zu organisieren. Und was wurde aus Ricciotti, dem Jüngeren und Peppino, die beide in so ehrenvollen Familientraditionen aufgewachsen waren? Hörten sie auf, italienische Patrioten zu sein? Keineswegs. Doch der Charakter des italienischen bürgerlichen Patriotismus selbst hat sich von Grund aus gewandelt. Aus dem „Jungen Italien“ wurde das „größere Italien“. Die Generation der bürgerlichen Demokraten aus der Epoche des Kampfes des geknechteten Italien gegen den Feudalismus wurde abgelöst von der neuen Generation, von der Generation der imperialistischen Epoche, der Epoche des Nachkriegsimperialismus, die selbst die Eroberung von Kolonien, die Ausbeutung von Kolonialsklaven erstrebt, — der Generation, die von einem Räuberpatriotismus durchdrungen ist, die im Namen des „Patriotismus“ die Freiheit des eigenen Volkes unterdrückt und bereit ist, einen Krieg auf Leben und Tod gegen alle unterdrückten Klassen und Völker zu kämpfen. Ricciotti und Peppino Garibaldi sind nicht minder italienische „Patrioten“. Auch sie sind „Helden“, nur sind sie bürgerliche Patrioten unserer Zeit, bürgerliche „Helden“ unserer Epoche.

Gerade deshalb schämen sie sich nicht, den ehrenvollen Namen der Familie Garibaldi, ihre gewaltige Popularität und ihre Methoden der Organisation freiwilliger Legionen zu mißbrauchen, — allerdings für die neuen Ziele der italienischen Bourgeoisie, für die Stärkung der faschistischen Diktatur in Italien und für die Durchführung der imperialistischen Pläne Mussolinis, für die Erkämpfung der Hegemonie im Mittelländischen Meere, und für die Eroberung der afrikanischen und asiatischen Kolonien Frankreichs. Neue Zeiten — neue Vögel; neue Vögel — neue Lieder! Der Patriotismus der nationalen Befreiung ist entartet zu einem „Patriotismus“ der Räuber. Dementsprechend ist auch die persönliche Moral der italienischen Patrioten entartet. Als 1874 das italienische Parlament für Giuseppe Garibaldi ein Nationalgeschenk von 100 000 Lire beschloß, weigerte er sich lange, es anzunehmen. Als die Polizei Mussolinis seinem Neffen 400 000 Lire für seine provokatorischen Dienste anbot, nahm sie Ricciotti Garibaldi mit Dank an. Geld stinkt nicht.

Wer eine anschauliche und greifbare Illustration des Verfalls, der Fäulnis und des Gestanks des heutigen Kapitalismus und der heutigen Bourgeoisie haben will, der kann kein besseres Beispiel finden als diese tiefgehende Wandlung der Ideologie in der Familie Garibaldi. Die Nachkommen Garibaldi's haben die ehrenvolle garibaldische Tradition zerstört und in den Schmutz gezogen. Das ist ein Vorgeschmack des Todes der italienischen Bourgeoisie.

## HERMANN REMMELE: RADIKALISIERUNGSTENDENZEN IN DER DEUTSCHEN ARBEITERSCHAFT

Im Juliheft dieser Zeitschrift haben wir im Zusammen hang mit der Beurteilung der Lage in Deutschland bereits auf starke Tendenzen zunehmender Linksentwicklung in der deutschen Arbeiterklasse hingewiesen. Trotzdem inzwischen einer der stärksten Faktoren, die wir damals als maßgebend für diese Entwicklung angesehen haben, an Wirkung und Bedeutung sich vermindert hat, ist eine weiter zunehmende Entwicklung dieser Tendenzen zu konstatieren.

Als den stärksten Faktor dieser Entwicklung bezeichneten wir die katastrophale Wirtschaftslage und die damit zusammenhängende Massenarbeitslosigkeit in Deutschland. Dieser Faktor verdient eine erneute Beleuchtung. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen, die am ersten Juni 1925 noch weniger als 200 000 betrug, stieg bis Dezember auf über eine Million und erreichte beim ersten Vierteljahr dieses Jahres die Höhe von über zwei Millionen. Vom Juni vorigen Jahres bis Mai dieses Jahres verelffachte sich die Zahl der Erwerbslosenarmee, die Zahl der Kurzarbeiter betrug gleichfalls über zwei Millionen, so daß man ohne Uebertreibung sagen konnte, daß mehr als ein Drittel oder nahezu die Hälfte aller deutschen Arbeiter einem vernichtenden Hungerleben ausgeliefert waren.

In den Sommermonaten trat alsdann in dieser grausamen Statistik ein Wendepunkt ein. Am ersten September wurden nur noch 1 549 000 unterstützte Erwerbslose gezählt, am 15. September 1 483 000, am ersten Oktober 1 394 000 und die letzte Ziffer, die vorliegt, vom 15. Oktober, verzeichnet noch 1 339 000 unterstützte Erwerbslose. Die Zahl der Kurzarbeiter ging im gleichen Maße zurück, und heute dürfte die Zahl der Ueberstundenarbeiter, und der Arbeiter unter verlängerter Arbeitszeit eben so zahlreich sein, wie die der Kurzarbeiter. Die Wirtschaftslage hat sich zweifellos um einiges gebessert, die Zahl der Erwerbslosen ist mindestens um 7—800 000 zurückgegangen, desgleichen die Zahl der Kurzarbeiter, während zu gleicher Zeit die Zahl der Arbeiter mit verlängerter Arbeitszeit ganz erheblich gestiegen ist.

Die Veränderung der Wirtschaftslage in Deutschland bedeutet jedoch keinesfalls, daß die Erwerbslosigkeit als Massenerscheinung in absehbarer Zeit verschwinden und der alte „Normalzustand“ in der Lage der deutschen Arbeiterklasse wieder eintreten wird. Die vollkommene Umgruppierung der kapitalistischen Organisations- und Produktionsformen und die Begrenztheit der Absatzmöglichkeiten garantieren dafür, daß ein ständiges Millionen-erwerbslosenheer dem deutschen Kapitalismus zur Verfügung steht.

Wie die vorstehenden Zahlen jedoch beweisen, ist dieser wichtige Faktor für den Radikalisierungsprozeß der Arbeiterklasse mehr in den Hintergrund gedrängt worden, hat an seiner überragenden Bedeutung, den wir ihm noch vor einigen Monaten beimessen konnten, erheblich verloren. Dafür treten

jetzt die anderen Faktoren, die die Linksorientierung der Arbeiterschaft fördern und beschleunigen, um so stärker hervor. Erstens wirkt jetzt stärker der Faktor der Rationalisierung, der den Prozeß der Verringerung der Arbeitslosigkeit hemmt und die Ausbeutung der Arbeitskraft vergrößert, zweitens zeigt sich immer mehr die Wirkung des subjektiven Faktors. Dieser Faktor — und vielleicht heute der wichtigste — ist die zunehmende Auswirkung der seit Erscheinen des offenen Briefes der Komintern an die deutsche Partei von dieser geforderten und eingeschlagenen Politik und Strategie zur Gewinnung der Arbeitermassen für die Politik und die Ideologie des Kommunismus. Für die Beurteilung dieser Tatsache sind einige Zahlen sehr lehrreich. Die Bewegung des Einflusses der Kommunisten in der deutschen Arbeiterklasse läßt sich an folgenden Zahlen illustrieren:

Stimmenzahlen bei den Reichstagswahlen

	1920	Mai 1924	Dezember 1924	März 1925 (Präsidentenwahl)
SPD	11 151 211 186 Mandate	5 265 495 100 Mandate	7 979 772 130 Mandate	7 802 497
KPD	589 454 2 Mandate	3 746 643 62 Mandate	2 708 345 45 Mandate	1 871 815

Diese Statistik zeigt, daß der kommunistische Einfluß in der deutschen Arbeiterklasse bei den Maiwahlen 1924 am stärksten war. Innerhalb 10 Monaten ging die Stimmenzahl genau um die Hälfte ihres Bestandes zurück, die Stimmenzahl der Sozialdemokraten stieg im entsprechenden Verhältnis.

Genau dieselben Erscheinungen traten auf allen andern Gebieten in der Arbeiterbewegung ein. Hier nur einige Zahlen aus der Gewerkschaftsbewegung: Während wir in den Jahren 1921/23 zu den Generalversammlungen der Gewerkschaften und auf den Gewerkschaftskongreß ganz ansehnliche Fraktionen entsenden konnten, waren wir in den Jahren 1924/25 so gut wie ausgeschaltet, unser Einfluß in den Gewerkschaften war auf dem Nullpunkt angelangt. Auf dem Gewerkschaftskongreß im Jahre 1922 hatten wir nahezu ein Drittel aller Delegierten, auf dem Gewerkschaftskongreß im Jahre 1925 nur noch zwei Delegierte, von zirka 300. Auf der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes im Jahre 1923 hatten wir über ein Drittel aller Delegierten, d. h. mehr als 60, bei den Wahlen der Metallarbeiter zum Gewerkschaftskongreß 1925 nur noch einen Delegierten. Jetzt kommt ein Umschwung zum Aufstieg. Bereits im Juli 1926 erhielten wir wieder ein Sechstel aller Delegierten zum Metallarbeiterverbandskongreß von etlichen dreißig. Die gleichen Tatsachen haben wir in allen andern Gewerkschaften und sonstigen Massenorganisationen des Proletariats zu verzeichnen. Diese Zahlen zeigen deutlicher als alles andere, daß der Einfluß der Kommunisten auf die Arbeiterschaft wesentlich mit entschieden wird von der von der Partei entwickelten und durchgeführten Politik und Strategie.

Die letzten Tage brachten uns einen neuen Beleg für die anhaltende Tendenz der Linksorientierung der Arbeiterschaft. Die Wahlen zum sächsischen Landtag vom 31. Oktober unterstrichen noch stärker als die Wahlen im Sommer in den Gewerkschaften den zunehmenden Einfluß der Kommunisten. Diese Wahl brachte uns eine Stimmenzahl von 342 112 gegen 266 864 Stimmen bei der Wahl im Jahre 1922. Das bedeutet einen Stimmenzuwachs von 77 000 seit 1922, und einen solchen von 49 000 bei der Reichs-



tagswahl im Dezember 1924. Allerdings wurde auch bei dieser Wahl unsere Ziffer von den Maiwahlen 1924 noch nicht ganz erreicht. Die Stimmenzahl der Sozialdemokraten ging von 1 060 247 im Jahre 1922 auf 856 168, oder um mehr als 200 000 zurück. Die Zahl der Mandate fiel bei den Sozialdemokraten von 40 auf 35, die unserige stieg von 10 (eigentlich 9) auf 14.

Das ist der zahlenmäßige Ausdruck einer sichtbaren Linksentwicklung in der deutschen Arbeiterklasse. Diesen Zahlen kann man noch hinzufügen, daß bis zum Juli dieses Jahres die Zahl der Mitglieder der Partei um mehr als 20 000, die Zahl der Abonnenten der Parteipresse um mehr als 40 000 gestiegen war, trotz der seit Umstellung der Parteipolitik und Parteiführung eingetretenen Massenerwerbslosigkeit. Diese aufsteigende Bewegung in Parteiorganisation und Parteipresse hat auch nach dem Juli angehalten, nähere Zahlen haben wir leider nicht zur Verfügung.

Eine weitere Erscheinung der Linksentwicklung der Arbeiterschaft drückt sich in dem Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die reformistische Politik ihrer Parteileitung aus. Während noch im August 1925 der Heidelberger Parteitag der Sozialdemokratie nahezu einstimmig sich für die Beteiligung an einer Regierung mit den Schwerindustriellen in der deutschen Volkspartei entscheiden konnte und dieser Beschluß bei der Berichterstattung unter den Arbeitern der Partei fast gar keine Gegner fand, erheben heute fast alle Mitgliedschaften der Sozialdemokratie schärfsten Protest gegen die Absichten des Parteivorstandes, sich an der großen Koalition zu beteiligen. Selbst in so rechtsgerichteten Mitgliedschaften, wie in Breslau, Hamburg, Hannover, Halle usw., ist heute hellste Rebellion gegen die seit Jahren geduldete und unterstützte reformistische Politik seitens der sozialdemokratischen Arbeiter. Wie wir bereits im Juliheft festgestellt haben, zwang die sozialdemokratische Arbeiterschaft ihre Führer in der Fürstenenteignungskampagne viermal, vor den Kommunisten zu kapitulieren.

Daß es sich bei dieser Linksentwicklung der Arbeiterschaft aber nicht nur um die verzweifelten Massen der Erwerbslosen handelt, wie die sozialdemokratische Presse es zur Entlastung ihrer Politik darzustellen beliebt, dafür liefert die sozialdemokratische Presse selbst den Beweis. So mußte — unter vielen andern Zeugnissen — die „Leipziger Volkszeitung“ nach der Sachsenwahl betriibt feststellen:

... „ein guter Teil der sozialdemokratischen Anhänger ist zu den Kommunisten übergegangen.“

Und an anderer Stelle sagt das Blatt:

„... in den Betrieben hatten die Kommunisten den Erfolg unbestritten auf ihrer Seite und das war für die Wahl ausschlaggebend.“

Also hier konstatiert die Sozialdemokratie selbst, daß der kommunistische Einfluß bei den verzweifelten Massen der Erwerbslosen nicht so stark ist, wie bei den Arbeitern, die in den Betrieben stehen. Das sagen Sozialdemokraten, die mitten in der Wahlbewegung standen und genau beobachten konnten, wo der kommunistische Einfluß am stärksten zugenommen hat. Damit ist der Nachweis geliefert, daß der Zug nach links, der Abmarsch der proletarischen Massen aus dem Lager des Reformismus in die revolutionäre Klassenfront des Kommunismus, die ganze Arbeiterklasse in all ihren Teilen erfaßt hat. Die Linksorientierung der deutschen Arbeiterklasse ist eine Erscheinung, die die ganze Klasse gleichmäßig an all ihren Teilen erfaßt hat.

Der zunehmende Einfluß der Partei in den Gewerkschaften, die Tatsache, daß die Partei beginnt, die Arbeiter in den Betrieben für sich zu gewinnen, ist nicht zuletzt auf die Umstellung der Parteiorganisation auf Betriebszellen zurückzuführen. Also auch hier ist die bewußte organisatorische Kraft der kommunistischen Organisation ein starker Motor zum Antrieb des Radikalisierungsprozesses in der deutschen Arbeiterklasse.

Die bedeutsamen Aufgaben, die durch die Politik und die Initiative der Komintern der deutschen Kommunistischen Partei vor mehr als Jahresfrist in so eindringlicher Weise gestellt wurden, die Aufgabe, daß zwischen zwei Wellen der Revolution, im Stadium des revolutionären Tiefganges, der teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus und der sichtbaren Festigung der Bourgeoisieherrschaft, die Kommunisten die kommende Epoche der Revolution vorzubereiten und auf die großen revolutionären Kämpfe zu rüsten haben, daß sie gerade in dieser Periode die Arbeitermassen mit der Ideologie des revolutionären Klassenkampfes zu erfüllen haben und so die neue Welle der Revolution bewußt vorausschauend organisieren und vorbereiten, diese Aufgabe, die sich in der Radikalisierung und Revolutionierung der Arbeiterklasse ausdrückt, geht in der deutschen Arbeiterklasse zunehmender Erfüllung entgegen. Das ist die sichtbare Tendenz, die in der deutschen Arbeiterbewegung stark in Erscheinung tritt.

Moskau, den 12. November 1926

LEO:

## NEUE TENDENZEN IN DER POLITIK DER DEUTSCHEN BOURGEOISIE

Die wirtschaftliche Kräftigung des deutschen Kapitalismus ist auch von einer politischen Befestigung des bürgerlichen Regimes in Deutschland begleitet, von einer Stärkung des Machtapparats im Inneren einerseits, einer erhöhten außenpolitischen Aktivität andererseits.

Nun denkt niemand daran, in dem, was wir teilweise Stabilisierung des Kapitalismus nennen, die teilweise verwirklichte Tendenz zur einfachen Wiederherstellung des Vorkriegszustandes zu sehen. Wenn wir auch die statistischen Daten unserer Wirtschaft der Vorkriegszeit benutzen, um einen Vergleichsmaßstab für die Wirtschaft von heute zu haben, vergessen wir doch nicht, daß die Umwälzungen während des Krieges und der Nachkriegszeit tiefgehende Spuren hinterlassen haben, vergessen wir nicht, daß z. B. die sogenannte „Rationalisierung“ nichts anderes bedeutet, als daß der Kapitalismus versucht, sich eine neue technische und organisatorische Basis zu schaffen, die das Sprungbrett zu einem neuen Aufschwung sein soll. Und ebenso wendet die deutsche Bourgeoisie bei der Befestigung ihrer politischen Macht und ihrer internationalen Stellung neue Methoden und Mittel an.

Gerade die letzten Monate haben hier äußerst bezeichnende Tatsachen gebracht. Auf den ersten oberflächlichen Blick mag das politische Leben Deutschlands den Eindruck eines Theaters machen, wo die Schauspieler die Texte ihrer Rollen vertauscht haben, wo nun die Deklamation und das

Kostüm nicht zueinander passen, wo der jugendliche Liebhaber als Charakterkomiker, der Bösewicht als edler Vater auftritt. Wir sehen, wie auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie die Geldgeber und Inspiratoren aller monarchistischen Organisationen ein feierliches Bekenntnis zur Republik ablegen; wie auf der Tagung des Reichsausschusses des Zentrums der Vertreter des rechten monarchistischen Flügels sein politisches Programm als das einer „konservativen Richtung in der demokratischen, sozialen Republik“ formuliert; wie der famose Kapitänleutnant Ehrhard Reden hält, wo er seinen Faschisten vorschlägt, die monarchistische Propaganda einstweilen zum alten Eisen zu legen; wie endlich der General Seeckt, um die Jahreswende 1923/24 der Diktator Deutschlands, lautlos in der Versenkung verschwindet.

Was bedeutet diese Schwenkung im Lager der Großbourgeoisie? Die Antwort der Sozialdemokraten, bei denen Verstand und Kopf der Sehnsucht eines anderen Körperteiles nach Ministersesseln folgen, ist ein Jubelgeheul über die zwar späte, aber desto gründlichere Bekehrung der Scharfmacher und Trustgewaltigen zu den Prinzipien der reinen Demokratie. Unsinn! Die Großbourgeoisie hat von der Geburtsstunde der Republik, der „reinen Demokratie“, an, in ihr einen beherrschenden Einfluß ausgeübt und die kleinbürgerlichen Republikaner, die Sozialdemokraten und die Wirth, Erzberger usw. waren nur Marionetten in ihrer Hand. Die deutsche Großbourgeoisie war sich dessen bewußt, aber sie war nicht davon überzeugt, daß die bürgerliche Republik die beste Form ihrer Herrschaft ist, sie hat mit dem Gedanken einer monarchistischen Restauration oder einer faschistischen Diktatur oder einer Kombination von beiden gespielt; sie hat vor allem ihre Anhängerschaft in den Massen mit Hilfe der monarchistischen Ideologie, der monarchistischen Propaganda gewonnen. Wenn sie nun hier einschwenkt, so entsteht die Frage, ob diese Schwenkung nur als ein augenblickliches Manöver gemeint ist, um mit Hilfe der Sozialdemokratie den Winter der Arbeitslosigkeit zu überstehen, oder ob sie auf längere Sicht berechnet ist, ob sie länger andauern wird, ob hier tiefere Gründe vorhanden sind. Die Antwort auf diese Frage ist natürlich für unsere politische Orientierung von großer Wichtigkeit.

## II.

Hier ist ein kleiner geschichtlicher Rückblick am Platze. Das Regierungssystem des wilhelminischen Deutschlands war begründet auf dem Block, dem Bündnis der Großbourgeoisie und der Junker. Dabei waren aber die Junker die unmittelbar regierende Klasse. Das Geheimnis, weshalb das mittelalterlich anmutende Ungetüm eines halbabsolutistischen Staates mit halbfeudalen Formen, in dem die führenden Posten der staatlichen und militärischen Maschine fast ausschließlich der Junkerkaste reserviert waren, sich bis ins 20. Jahrhundert in einem kapitalistisch hochentwickelten Lande halten konnte, bestand darin, daß dieser Staat den Interessen des Großkapitals dienstbar gemacht wurde, daß diese Interessen seine Politik bestimmten. Die deutsche Bourgeoisie hatte sich mit der Monarchie ausgesöhnt, weil die Einigung Deutschlands durch die Revolution von oben, durch preußische Bajonette ihr sicherer erschien als die Einigung durch die Revolution von unten, durch Arbeiterfäuste. Sie verwuchs mit diesem

Staate noch enger in der Epoche des Imperialismus, denn sie fand in der gewaltigen Militärmaschine der preußisch-deutschen Monarchie das gegebene machtpolitische Werkzeug vor, um ihre imperialistischen Pläne durchzuführen. Sie fand in der halbfeudalen, reaktionären, monarchistischen Ideologie die gegebene Grundlage für die imperialistische Propaganda in den kleinbürgerlichen Massen. Es ist kein Zufall, daß der Regierungsantritt Wilhelms II., die Wendung zum „persönlichen Regiment“, zusammenfällt mit der Abwendung von der, imperialistischen Bestrebungen nur widerwillig zugänglichen Politik Bismarcks, mit dem Anbruch des imperialistischen Zeitalters.

Der Krieg war für diese Interessengemeinschaft die Probe aufs Exempel. Und die wilhelminische Monarchie hat diese Probe nicht bestanden. Die bürgerliche Demokratie in den Ländern der Entente hat sich als ein viel besseres Werkzeug des Imperialismus erwiesen als das wilhelminische System. Der Krieg führte zu einer tiefgehenden Zerrüttung des herrschenden Regimes in Deutschland. Die militärische Niederlage, die den scheinbar unbesiegbaren Heeresapparat der Monarchie, auf den die imperialistische Bourgeoisie alle ihre Hoffnungen gesetzt hatte, zertrümmerte, und die Revolution vom 9. November zogen hier nur den Schlußstrich.

### III.

Von 1918 bis 1923 hielt sich die große Bourgeoisie in der Opposition. Sie ließ die kleinbürgerlichen Republikaner wirtschaften. Natürlich hatte sie die Hände nicht in den Schoß gelegt. Sie bereitete sich mit allen Mitteln dazu vor, die unmittelbare Herrschaft zu übernehmen. Sie rüstete die Faschisten aus, sie sammelte die durch die Inflation ruinierten kleinbürgerlichen Massen um sich. Aber sie überließ es den kleinbürgerlichen Republikanern und Sozialdemokraten und ihren damaligen Koalitionsbrüdern, ihr den Weg freizumachen. Sie hatte sie ja vollkommen in der Hand. Die Finanzkrisis der Inflation zwang die Regierung dazu, sich jedem Kommando der Großbourgeoisie zu unterwerfen. Der andere Ausweg wäre eine Stabilisierung der Währung durch eine konfiskatorische Heranziehung des Kapitals gewesen. Das roch nach Revolution. Und davor hatte der kleinbürgerliche Republikaner die größte Angst. Außenpolitisch war das kapitalistische Deutschland damals ein Spielball in der Hand der Entente. Zwar wußte die Großbourgeoisie ganz gut, daß nur ein Eingehen auf alle Forderungen der Entente ihr den Rückhalt gegen die Revolution der Arbeiter geben könne, daß das Bauchrutschen vor der Entente der einzige Weg für ein kapitalistisches Deutschland war. Der Kampf gegen den Entente-Imperialismus konnte nur als revolutionärer Kampf, oder gar nicht geführt werden. Das wußte die deutsche Großbourgeoisie. Aber das hinderte sie nicht, offiziell in Opposition gegen die sogenannte Erfüllungspolitik zu machen. Denn sie dachte weiter. Sie dachte an eine neue selbständige Rolle in der Weltpolitik. Sie sammelte die Massen um sich, die durch die Erfüllungspolitik enttäuscht waren, um sich den Weg zur Macht zu bahnen. Sie suchte endlich die Erfüllungspolitik zu sabotieren, weil sie auf Gegensätze im Lager der Entente spekulierte, und weil sie so lange nicht zahlen wollte, als es nicht klar war, daß die Arbeiter und nicht die Bourgeoisie die Lasten der Reparation tragen werden.

Die große Krise des Jahres 1923 endete mit dem Siege der Großbourgeoisie. Sie übernahm jetzt direkt die Macht. Vorher aber liquidierte sie wenigstens teilweise den Faschismus. Der Hitlerputsch brach zusammen, weil die Großbourgeoisie abgepiffen hatte. Der Putsch der schwarzen Reichswehr wurde abgeblasen, der Küstriner Putsch war nur noch ein vereinzelter Unternehmen, das niedergeschlagen wurde. Was war geschehen? Die Großbourgeoisie hatte sich überzeugt, daß ihre Diktaturpläne, die sie mit Hilfe der Faschisten durchführen wollte, ganz gut auch im Rahmen der demokratischen Verfassung und mit Hilfe der Sozialdemokraten ins Leben umgesetzt werden konnte. Der Plan des faschistischen Direktoriums wurde aufgegeben, denn durch das Ermächtigungsgesetz hatte die Regierung mehr Befugnisse als jedes Direktorium. Die Bourgeoisie wollte die Republik durch die Säbelherrschaft ersetzen. Es zeigte sich, daß die kapitalistische Republik sich sehr gut mit Säbelherrschaft verträgt. Der Seecktsche Belagerungszustand war der beste Beweis dafür. Die Großbourgeoisie hatte den ersten Schritt zur Versöhnung mit der Republik getan, weil die Republik und die Republikaner ihr Programm übernommen hat. Auch hier kamen die außenpolitischen Gründe zur Geltung. Die Kapitulation im Ruhrkrieg, die Stabilisierung der Währung drängten zu einer Lösung der Reparationsfrage. Hier konnte die Faschistenhorde, die sich die Bourgeoisie gezüchtet hatte, mit ihrem Revanchegebrüll nur störend wirken, während die republikanischen Anhänger der Erfüllungspolitik auch hier willkommene Schrittmacher waren.

Aber noch hatte die Bourgeoisie, auch wenn sie den Faschismus seit 1923 immer mehr preisgab, besonders in seiner kleinbürgerlich-radikalen Form (Hitler usw.), ihre alten Gedanken nicht ganz fallen gelassen. Sie versuchte die Koalition mit den Deutschnationalen, d. h. die Wiederherstellung des alten Regierungsblocks von Junkern und Großbourgeoisie. Sie hob Hindenburg, den Feldmarschall der Monarchie, das Symbol des Weltkrieges, bei den Präsidentenwahlen auf den Schild. Sie ließ die monarchistische Agitation wieder anschwellen. Das waren Schwankungen nach der einen Seite. Aber andererseits zeigte es sich, daß das ganze Scharfmacherprogramm, der Steuerraub an den breiten Massen, die Zollforderung, die Verschärfung der Klassenjustiz usw. in seinen Hauptteilen im Rahmen der Republik verwirklicht wurde. Wenn die Sozialdemokratie heute über die Bekehrung der Großbourgeoisie jubelt, — diese Bekehrung bedeutet nur, daß die Großbourgeoisie sich heute in der Republik ganz häuslich fühlen kann, weil die Sozialdemokratie alles getan hat, um ihr den Weg zu bahnen.

Aber auch die außenpolitischen Bedingungen änderten sich. Auf die Annahme des Dawes-Planes, der die Reparationsfrage bis auf weiteres regelte, folgte Locarno, das Deutschland die Unverletzlichkeit seines Territoriums verbürgte und damit eine Garantie gegen eine neue Wiederholung des Ruhrabenteuers schuf. Die große Bourgeoisie scheut sich nicht mehr davor, die Verantwortung für die Leitung der deutschen Außenpolitik zu übernehmen, umgekehrt: sie ist heute daran direkt interessiert. Die beiden neuesten Etappen Genf und Thoiry zeigen, daß die deutsche Bourgeoisie versucht, wieder eine Rolle im Konzert der Großmächte zu spielen. Hier waren die Monarchisten nur im Wege. Mit den wilhelminischen Methoden des Säbelrasselns läßt sich die heutige komplizierte Politik des Lavierens, wo jede

imperialistische Kombination durch hundert pazifistische und demokratische Schwüre verhüllt wird, nicht durchführen. Die Deutschnationalen sprangen schon vor Locarno ab. Und heute, wo dem deutsch-französischen Stahlabkommen Versuche zu einer politischen Annäherung an Frankreich folgen, ist jedenfalls die Republik am besten als Aushängeschild zu gebrauchen. Nicht etwa weil die französische Republik so demokratisch ist, daß sie mit preußischen Monarchisten nichts zu tun haben will, — ihr demokratischer Geschmack hat sie vor dem Kriege nicht gehindert, sich mit dem Zarismus zu verbinden — aber weil es zum Beispiel für Briand viel leichter ist, die Opposition gewisser Kapitalistenkreise gegen seine Außenpolitik, die einen zu starken Druck der Schwerindustrie fürchten und die noch die alten Reminiszenzen, die in den Massen gegen Deutschland geblieben sind, benutzen, zu bekämpfen, wenn die Fassade des deutschen Kapitalismus republikanisch angestrichen ist.

#### IV.

Man darf nicht vergessen, daß in dem letzten Jahrzehnt innerhalb der herrschenden Klassen selbst gewaltige Verschiebungen vor sich gegangen sind. Die Junker, die sich während des Krieges und der Inflation nicht allzu schlecht standen, haben in der Deflation Stellung um Stellung in der Wirtschaft räumen müssen (die Landbundkrise, die Krise der ostelbischen Großgrundbesitzer im Jahre 1925) und sind heute den Banken und dem Kalikapital auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert. (Die Getreidelombardierung bei der Getreidehandelsgesellschaft, die eine Rettungsaktion für die Junker ist, macht die Preisbestimmung für Getreide von dem Kalikapital und den Banken abhängig.) Zudem ist während der Inflation eine große Anzahl von Gütern in die Hände von Industriellen übergegangen, für die die Einnahmen aus der Landwirtschaft natürlich keine primäre Rolle spielen und denen deshalb die spezifischen Junkerinteressen fremd sind. Der Junker ist heute wirtschaftlich mehr denn je ins Hintertreffen geraten.

In der Industrie selbst sind große Verschiebungen eingetreten. Die Vertreter der alten Rüstungsindustrie, die am meisten mit der wilhelminischen Monarchie verwachsen waren, sind heute mehr in den Hintergrund getreten. Die Inflationskönige, die seinerzeit die hauptsächlichsten Geldgeber der faschistischen Bewegung waren, sind mit Stinnes an der Spitze zum großen Teil zusammengekracht. Die Banken haben sich wieder teilweise ihre frühere Stellung als finanzkapitalistische Kommandohöhe der Industrie erobert, aber die Banken sind heute auf das engste mit dem Auslandskapital, vor allem mit dem amerikanischen, verbunden, sie sind ja die Vermittler der großen Auslandsanleihen. Ihre außenpolitische Einstellung kann dementsprechend nicht die der äußersten Rechten der Bourgeoisie sein. Neue Industrien, die sich im letzten Jahrzehnt rapid entwickelten und deren Vertreter nicht so in den üblichen Bindungen befangen sind, sind emporgekommen. So führt im Reichsverband der deutschen Industrie heute die chemische Industrie. Silverberg ist Vertreter der mit dieser verbundenen Braunkohlenindustrie. Die Großbourgeoisie stellt infolge der hohen Konzentrierung heute auch wirtschaftlich eine größere Macht dar als vor dem Kriege.

Dazu kommt, daß die Großbourgeoisie inzwischen den Geschmack am Regieren bekommen hat. In der Monarchie herrschte sie, aber indirekt. In der Republik herrscht sie in der direktesten Form, die nur möglich ist. Die Angestellten der Unternehmerorganisationen, der großen Konzerne wechseln je nach Bedarf ihre Posten als Syndizi usw. mit dem Ministerportefeuille. Soll die Bourgeoisie die Leitung ihrer Politik wieder der unberechenbaren, mit der Junkerklasse verwachsenen Hofkamarilla übergeben?

Ein weiterer Grund, weshalb die Bourgeoisie ihre Schwenkung vorgenommen hat, ist der Erfolg des Volksentscheids. Da die Bourgeoisie und ihre Regierung die Aufwertungshoffnungen der Inflationsopfer auf das schändlichste enttäuscht und ihnen statt dessen den Steuerboten mit Riesenforderungen ins Haus geschickt haben, beginnen diese sich in Massen von den monarchistischen Idolen abzuwenden. Der Volksentscheid lieferte den handgreiflichen Beweis, ebenso wie die letzten Sachsenwahlen, wo die Kleinbürger in Hunderttausenden zu den Aufwertungsparteien hinübergelaufen sind, die zwar kein politisches Programm haben, aber doch ein Ausdruck der Rebellion der Kleinbürgermasse gegen ihre bisherige Führerschaft bilden. Die Bourgeoisie hat ihre Lehren aus dem Volksentscheid schnell gezogen. Sie hat sich kurz entschlossen mit beiden Beinen auf den Boden der Republik gestellt, nach der Parole: Heule mit den Wölfen, wenn es nichts kostet. Das hat sie nicht gehindert, den Hohenzollern ein Millionengeschenk darzubringen. Aber die politische Spitze der Fürstenabfindungsfrage war durch die politische Schwenkung der Bourgeoisie etwas abgestumpft.

Natürlich schließt diese Schwenkung der Bourgeoisie nicht aus, daß sie gegebenenfalls wieder das Programm der Monarchie in den Vordergrund stellt, so zum Beispiel bei einer neuerlich scharfen Zuspitzung der Klassenkämpfe, aber für die allernächste Zeit ist das wenig wahrscheinlich.

Wir sprechen gar nicht von dem augenblicklichen Interesse der Bourgeoisie, durch eine Koalition mit der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie die Durchführung der Rationalisierung sicherzustellen und die Arbeitslosen im Zaum zu halten.

Nicht zu vergessen ist auch die Tatsache, daß der Staat, der während der Inflationszeit als wirtschaftliche Macht beinahe eine Null darstellte, heute wieder über große Summen verfügt und eine wichtige Rolle in der Wirtschaft spielt. Das Interesse an den staatlichen Subventionen, der Einfluß, den der Staat bei der Finanzierung industrieller Unternehmungen und als selbständiger Unternehmer ausübt, das alles färbt natürlich auch politisch ab.

## V.

Aber die politische Schwenkung der deutschen Großbourgeoisie hat noch eine andere Seite.

Wir haben schon erwähnt, wie die politische Orientierung der deutschen Bourgeoisie stets mit ihrer Außenpolitik zusammenhängt. Wenn wir heute sagen, daß der weitere Erfolg der Stabilisierung des deutschen Kapitalismus mit der Frage der Eroberung neuer Märkte verknüpft ist, so bedeutet das ins Politische übersetzt, daß die Schicksalsfrage Deutschlands als kapitalistischen Staats darin besteht, ob es ihm gelingen wird, sich wiederum in der einen oder anderen Form zu einer imperialistischen Macht, zu einem selbständigen imperialistischen Faktor zu entwickeln. Denn die Märkte liegen nicht

auf der Straße und erst recht nicht im Zeitalter des Imperialismus. Sie müssen geöffnet, erobert werden, und das geht nicht ohne Gewalt. Man hat die letzte Zeit viel über die Frage des deutschen Imperialismus diskutiert. Wir wollen hier nur eine Seite dieser Frage streifen. Genosse Bucharin hat vor kurzem an die Fragestellung im Jahre 1923 erinnert und hat auf die seither veränderte Lage hingewiesen. Damals schrieb der Genosse Thalheimer in dieser Zeitschrift („Kommunistische Internationale“, Nr. 25, 1923), daß man im Ruhrkrieg nicht von einem deutschen Imperialismus sprechen könne, weil die deutsche Bourgeoisie vor allem des militärischen Machtapparats zur Durchführung einer imperialistischen Politik entbehre. Zugleich wurde darauf hingewiesen, daß die Schaffung dieses Machtapparats keine rein technische Frage sei, die etwas bloß durch die Erfindung neuer Waffen ihre Lösung finden könnte, sondern eine soziale Frage, denn ein moderner Krieg könne nicht ohne die Massen des Volkes, d. h. ohne die Arbeiter geführt werden. Damals in der Krise der Inflation war es der Bourgeoisie unmöglich, die Arbeiter zu einem Krieg zu gewinnen. Die Erinnerung an den Weltkrieg war noch zu frisch, die revolutionäre Zuspitzung zu scharf, als daß die Arbeiter zu Soldaten der Bourgeoisie gemacht werden konnten. Die Flinten in ihrer Hand wären nach der anderen Seite losgegangen. Die Zeitfreiwilligen, die faschistischen Organisationen, die Schwarze Reichswehr usw., die als Revanchearmee gedacht waren, stießen von vornherein auf den Widerstand der Arbeiter, sie waren eine Armee für den Bürgerkrieg, aber sie konnten nicht nach außen gebraucht werden. Gegen den Entente-Imperialismus konnte nur ein revolutionärer Krieg geführt werden, denn nur um revolutionärer Ziele willen würden die werktätigen Massen Deutschlands in den Kampf gezogen sein.

Wie liegen die Dinge heute? Die bewaffnete Macht der deutschen Bourgeoisie wird sich natürlich im Ernstfall nicht auf die Reichswehr beschränken. Die deutsche Bourgeoisie wird zudem in einem zukünftigen Konflikt wahrscheinlich nicht allein stehen, sondern als Glied einer imperialistischen Mächtekoalition. Sie hat die ganzen Jahre nach dem Kriege im Ausland Rüstungsindustrien angelegt. Sie kann ihre chemische und die Schwerindustrie mit Leichtigkeit für Rüstungszwecke umstellen. Was die sozialen Voraussetzungen für die Schaffung einer bewaffneten Macht anbetrifft, so schafft hier die politische Umstellung der deutschen Bourgeoisie neue Gefahren. Mit der monarchistischen Ideologie waren nur die faschistischen Kleinbürger für eine imperialistische Politik zu gewinnen. Das hat für die Zukunft wenig Sinn für die Bourgeoisie. Denn sie kann, wenn sie sich in bewaffnete Abenteuer stürzt, nicht von vornherein die Arbeiter gegen sich aufbringen. Aber der Inhalt der pazifistischen Phrase, der republikanischen Außenpolitik, hat sich auch geändert. Sie bedeutet heute nicht mehr die bloße Kapitulation vor der Entente. Die pazifistische Phrase drückt heute den Versuch der deutschen Bourgeoisie aus, sich mit Hilfe ihrer Stellung im Völkerbund wieder einen Platz an der Sonne zu erobern, und die Großbourgeoisie wird darauf ausgehen, durch die demokratisch-pazifistische Phrase weitere Arbeiter- und Kleinbürgerkreise für ihre imperialistische Politik zu gewinnen. Nehmen wir das Reichsbanner. Sein Programm ist die Verteidigung der Republik. Wenn aber das Großkapital auch unter den Republikanern figuriert, dann verflüchtigt sich aus dem



Reichsbanner jeder wirkliche oder eingebildete Kampf gegen rechts. Was bleibt dann? Schon heute sehen wir an den nationalistischen Reden Hörsings vor dem Reichsbanner, der sehr geschickt Republik und Nationalismus, Pazifismus und Rüstung miteinander verknüpft, wohin die Reise gehen kann. Wenn Stahlhelm und Reichsbanner nicht mehr durch den Kampf um die Staatsform getrennt sind, dann können sie beide im gegebenen Augenblick die Kadern für eine neue Armee abgeben. Die Arbeiteraristokratie und der Mittelstand sind in Deutschland zwar stark zusammengeschrumpft, aber nicht verschwunden, ja teilweise in der Zeit der Stabilisierung, wenn auch in anderer Form, neu wiedererstanden. Und der Weltkrieg hat gezeigt, daß die Rolle dieser Schichten sich nicht darin erschöpft, daß sie selbst die imperialistische Politik mitmachen, sondern daß sie breite Schichten rückständiger Arbeiter mitschleppen. Was die Stellung der Sozialdemokraten anbetrifft, so hat die Entwicklung seit 1914 gezeigt, wie leicht der Sprung vom Sozialismus zum Sozial-Imperialismus ist und umgekehrt. Das sind zwei Seiten desselben Dinges.

Die deutsche Bourgeoisie macht den Versuch, den republikanischen Staat zum Werkzeug seiner imperialistischen Politik zu machen. Die demokratisch-pazifistische Ideologie mit der Spitze gegen den Bolschewismus, — die bald ausgesprochen ist (bei der Sozialdemokratie), bald unausgesprochen (bei dem kleinbürgerlichen Teil der Bourgeoisie, der die Handelsbeziehungen zu Rußland zu schätzen weiß), entspricht ganz gut dem gegenwärtigen Stadium des Lavierens, der Suche nach neuen Mächtelkombinationen. Dreihund und Triple-alliance sind seinerzeit von ihren Gründern auch als „Instrumente des Friedens“ ausgegeben worden.

Freilich sind das alles einstweilen nur Tendenzen. Auf die Frage, ob wir es in Deutschland schon wieder mit einem ausgewachsenen Imperialismus zu tun haben, kann man nicht antworten, ja, ja oder nein, nein, es ist nur die Tendenz, aber die sehr deutliche Tendenz vorhanden.

Diesen Gefahren muß man ins Auge sehen. Daß ihnen begegnet werden kann, zeigt die in der linken sozialdemokratischen Presse zum Ausdruck kommende Rebellion der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Völkerbundspolitik ihrer Instanzen.

Wenn die bürgerliche Republik sich als die klassische Regierungsform der Trusts entlarvt, so muß das ein neues Moment der Zersetzung in der SPD schaffen. Seit dem Kapp-Putsch schreien die SPD-Führer bei jeder Gelegenheit, daß die Republik in Gefahr sei, um alle Schweinereien als „kleineres Uebel“ begründen zu können. Jetzt fällt dieses Argument weg. Die politische Stabilisierung der Bourgeoisie schafft so gleichzeitig die Voraussetzungen für die Ueberwindung der demokratischen Illusion in der Arbeiterklasse.

## A. LOSOWSKI: VERTRUSTUNG, RATIONALISIERUNG UND UNSERE AUFGABEN

In der Weltwirtschaft und besonders in der europäischen Wirtschaft, haben sich im letzten Jahre eine Reihe von Vorgängen abgespielt, die unbedingt berücksichtigt werden müssen bei der Festsetzung unserer weiteren Taktik. Zu den wichtigsten dieser Vorgänge der letzten Zeit gehören: 1. die fieberhafte Vertrustung und Konzentration der Produktion innerhalb der einzelnen Länder und im Landesmaßstab dieser Länder, 2. die Bildung internationaler Trusts und Kartelle und 3. die Rationalisierung oder Amerikanisierung des Produktionsprozesses, Diese Vorgänge bringen ein gewisses neues Moment in die Lagerung der einander bekämpfenden Kräfte und zwingen uns zu einem besonders genauen Studium des neuen Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen und innerhalb der Arbeiterklasse selbst. Alle diese neuen Erscheinungen, die einen Massencharakter angenommen haben, fordern von uns die Anpassung unserer Taktik an die neuen Verhältnisse und eine dementsprechende Orientierung. Wir untersuchen deshalb zunächst kurz das Wesen der eingetretenen Prozesse, um im Anschluß daran die Schlußfolgerung für die weitere Arbeit zu ziehen.

\*

Die Konzentration der Produktion hat noch während des Weltkrieges begonnen. Der Konzentrationsprozeß hat sich besonders rasch in der Nachkriegszeit entwickelt; wir sehen, wie in einer ganzen Reihe von Ländern Industrie- und Finanzriesen entstehen, die mit ihrer ganzen Schwere nicht nur ihre Konkurrenten bedrücken, sondern auch alle sozialen Verhältnisse. Der Konzentrationsprozeß der Produktion ist besonders weit in Deutschland fortgeschritten. Er greift gegenwärtig in Frankreich um sich und erfaßt ein Land nach dem andern. Die Konzentration der Produktion, die Zusammenziehung großer Kapitalien in einer Hand, die Möglichkeit, über riesige finanzielle Hilfsquellen zu verfügen — all das gestaltet sowohl den Abwehr- als auch den Angriffskampf der Arbeiterklasse weit schwieriger. Die neue Konzentration der Kräfte des Gegners zwingt, die alten Methoden des Kampfes besonders aufmerksam zu überprüfen und zu untersuchen, was sich von diesen alten Kampfmethoden weiter anwenden läßt und was gegenwärtig nicht mehr anwendbar ist.

\*

Mit dieser Vertrustung der Produktion Hand in Hand verläuft die Bildung internationaler Trusts und Kartelle, deren Ziel die Vernichtung der Konkurrenz durch das Mittel der Monopolpreise, vorerst im Rahmen der europäischen Länder ist. Die Frage der Bildung von Trusts und Syndikaten wurde besonders lange in der metallurgischen Industrie behandelt, bis schließlich, nach sehr langwierigen, ziemlich schwierigen Verhandlungen, die deutsche, die belgische, die französische und die luxemburgische

Metallurgie jetzt den europäischen metallurgischen Trust gebildet haben, dessen Ausbeute etwa 30 Millionen Tonnen Eisen und Stahl pro Jahr erreicht. Diese gigantische, die größten Industriezweige einer Reihe von Ländern erfassende Vereinigung, die die Einfluß- und Ausbeutungssphären unter sich aufteilt, hat die Aufgabe der Preistreiberei und des planmäßigen Kampfes gegen etwaige Forderungen seitens der Arbeiterklasse. Es ist das ein im internationalen Maßstab organisierter Kampf gegen die Verbesserung der Lage und die Hebung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Derartige Trusts nehmen einen für das Proletariat ungeheuer gefährlichen Charakter an, da sie über riesige finanzielle Hilfsquellen verfügen und ihren Einfluß auf den gesamten bürgerlichen Staatsapparat ausdehnen.

\*

Gleichzeitig mit der Konzentration der Produktion und der Vereinigung der größten Industriezweige einer Reihe von Ländern geht eine technische Rationalisierung der Produktion vor sich, deren Aufgabe in der Anwendung der amerikanischen Technik und der amerikanischen Methoden der Organisation der Arbeit auf dem europäischen Kontinent besteht. Die Rationalisierung der Produktion stellt gegenwärtig in den Händen der europäischen Bourgeoisie das wichtigste Werkzeug sowohl gegen ihre amerikanischen Konkurrenten als auch gegen die Arbeiterklasse dar. In dem Bestreben, der zunehmenden amerikanischen Konkurrenz um jeden Preis entgegen zu arbeiten und sich die alten Märkte zu erhalten, lenkt die europäische Bourgeoisie und in erster Linie ihre Vorhut — die deutsche Bourgeoisie — ihre Aufmerksamkeit auf die Amerikanisierung ihres gesamten Produktionsapparates. Diese Amerikanisierung macht gegenwärtig riesige Fortschritte. Das Ziel dieser Amerikanisierung ist die Verbilligung der Gestehungskosten der Produktion und die Schaffung von Verhältnissen, unter denen der Kampf gegen die Konkurrenz der Vereinigten Staaten ermöglicht wird. Die Amerikanisierung der Produktion hat somit die Aufgabe der Befreiung von der erstarkenden Hegemonie Amerikas.

\*

Die erste unmittelbare Folge der Rationalisierung ist die Ausscheidung von Millionen von Arbeitern aus der Produktion. Die moderne Arbeitslosigkeit trägt, besonders in Deutschland, einen besonderen spezifischen Charakter. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland steigt nicht deshalb, weil der Umfang der Produktion zurückgeht, weil die deutsche Industrie weniger produziert, als sie vor ein oder zwei Jahren produzierte, sondern die Arbeitslosigkeit steigt, weil ein bestimmter Prozentsatz von Arbeitern überflüssig und aus der Produktion ausgeschieden wird, während der verbleibende Teil mehr produziert als früher. Die Rationalisierung vermindert somit die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und bringt eine stehende Reservearmee der Arbeit hervor, die durch ihr ungeheueres Gewicht im weiteren Verlauf auf die Produktion, auf die Arbeitsbedingungen und die Lebenshaltung der Arbeitermassen drückt.

\*

Eine weitere Folge der Rationalisierung ist die zahlenmäßige Verringerung der Arbeiteraristokratie. Die Rationalisierung wird in allen ihren

Arten dadurch charakterisiert, daß in den Produktionsprozeß neue, ungelernete Arbeiter hineingezogen werden, die einen Teil der alten qualifizierten Arbeiter ersetzen. Das bedeutet nicht, daß die Rationalisierung zu einem Verschwinden der gesamten Arbeiteraristokratie führt. Nein. Eine bestimmte Schicht hochqualifizierter Arbeiter bleibt bestehen, aber der Rationalisierungsprozeß selbst verändert in erheblichem Grade die Arbeitsbedingungen dieser Arbeiterschicht und führt infolgedessen auch zu einer Aenderung in ihrer politischen Orientierung. Durch die Verringerung der Anzahl der qualifizierten Arbeiter und die Vergrößerung der industriellen Reservearmee erzeugt die Rationalisierung eine neue Differenzierung in den Massen und ihrer qualifizierten Oberschicht. Diese qualifizierte Oberschicht schwenkt ein in die Front der Unternehmer und des bürgerlichen Staates, um zusammen mit den Unternehmern aus ihrer besonderen Lage in der Produktion Kapital zu schlagen; mit anderen Worten: die qualifizierte Oberschicht rückt noch weiter nach rechts und verwächst mit den Unternehmerorganisationen und dem bürgerlichen Staat.

\*

In der ersten Zeit schwächt die Rationalisierung zweifelsohne die Widerstandskraft der Arbeiterklasse, und zwar deshalb, weil die riesige industrielle Reversearmee jeden Arbeiter zwingt, mehr um seine Arbeitsstelle besorgt zu sein; ein Umstand, den sowohl der Unternehmer als auch die Gewerkschaftsbürokratie ausnützt, die beide in diesem Rationalisierungsprozeß getrennt marschieren. Diese Schwächung der Widerstandskraft der Arbeiter ist das erste unmittelbare Resultat der Rationalisierung, das bei der Bestimmung unserer Taktik und bei der Ausarbeitung unseres künftigen Aktionsprogramms unbedingt berücksichtigt werden muß. Aber diese Schwächung der Widerstandskraft der Arbeiter begleitet die Rationalisierung lediglich im ersten Stadium ihrer Anwendung. In dem Maße, wie die Rationalisierung durchgeführt wird und wie sie immer festere Gestalt annimmt, erkennen auch die Arbeitermassen, worauf diese Rationalisierung hinausläuft, so daß ein Knoten von Widersprüchen entsteht, der nur durch eine Verschärfung des sozialen Kampfes gelöst werden kann.

\*

Die Rationalisierung stieß auf eine sehr große Sympathie seitens der internationalen Sozialdemokratie und der Amsterdamer Gewerkschaften. Die Amsterdamer sind in Europa die Herolde und Marktschreier des letzten Wortes der amerikanischen Technik und setzen den schweren Folgen der Rationalisierung nicht nur keinen Widerstand entgegen, sondern beteiligen sich selbst daran, um diese Rationalisierung möglichst rasch durchzuführen und die Konkurrenzfähigkeit ihrer „nationalen“ Industrie im Vergleich zur amerikanischen Industrie möglichst rasch auf eine höhere Stufe zu bringen. Wir können also auf Grund der vorliegenden Tatsachen sagen, daß an der Wiege der Rationalisierung die Zweite und die Amsterdamer Internationale stehen, die zusammen mit den Unternehmerorganisationen bestrebt sind, vermittels der Rationalisierung der Produktion und im Bunde mit dem bürgerlichen Staat jene Knoten von Widersprüchen zu entwirren, die durch die Schwächung und den Niedergang des europäischen Kapitalismus entstanden sind.

\*

Die Amerikanisierung der Technik schafft eine neue Lage nicht nur in den Fabriken und Betrieben, sondern auch in den reformistischen Arbeiterorganisationen. Gleichzeitig mit der Amerikanisierung der Technik in einer ganzen Reihe von Ländern werden Versuche zur Amerikanisierung auch der Arbeiterbewegung gemacht. Es genügt, an die Entstehung der Unternehmergewerkschaften in England und die Bildung einer ganzen Reihe besonderer „Friedensligen“ in demselben England zu erinnern, um sich darüber klar zu werden, daß die Amerikanisierung nicht nur auf die Technik, sondern auch auf die Arbeiterbewegung übergreift. Die europäische Bourgeoisie hat in letzter Zeit ihre besondere Aufmerksamkeit jener außerordentlichen Rolle zugewandt, die der „Amerikanische Gewerkschafts-Bund“ bei den Siegen der amerikanischen Bourgeoisie auf dem Weltmarkt spielt. Der Amerikanische Gewerkschafts-Bund und seine Politik sind augenblicklich das Vorbild, dem die Bourgeoisie die europäische Arbeiterbewegung anpassen will und dem augenblicklich die europäische Sozialdemokratie und die Amsterdamer Gewerkschaften nacheifern. Diese Versuche zur Amerikanisierung der Gewerkschaften sind für die augenblickliche Lage der Arbeiterbewegung Europas äußerst charakteristisch.

\*

Auf diesem allgemeinen Hintergrund der Konzentration des Kapitals, der Rationalisierung der Produktion und des Zusammenschlusses des Kapitals im internationalen Maßstab läßt sich besonders eindringlich beobachten, wie die Massen zu dem leitenden Apparat der heutigen reformistischen Gewerkschaftsbewegung in Gegensatz geraten. Während sich der leitende Apparat der reformistischen Gewerkschaften immer mehr dem Staat und den Unternehmern nähert, während die Arbeitsgemeinschaft der Klassen sich immer wieder in neue Formen hüllt und der Gewerkschaftsapparat mit den Unternehmerorganisationen verwächst, schwillt gleichzeitig eine ungeheure Unzufriedenheit in den Massen an. Diese Unzufriedenheit bricht sich Bahn in stürmischen Streiks, wobei die Massen jedesmal, sobald eine solche Annäherung stattfindet (das war in England, in Deutschland usw. der Fall) nicht nur viel weiter gehen als die Führer, sondern gegen sie auch einen weit erbitterteren Kampf führen müssen als gegen die Unternehmer und den staatlichen Polizeiapparat. Dieses Anschwellen des Interessengegensatzes zwischen den Massen und den Führern, das zu einem Streikzusammenbruch nach dem anderen führt, dieser Kampf des Gewerkschaftsapparats um die Unterwerfung der Massen unter seine Politik, dieser stürmische Protest seitens der Arbeiter, die alle Grenzen der Statuten usw. durchbrechen — all das ist in höchstem Grade charakteristisch für den gegenwärtigen Moment und verdient eine sehr ernsthafte Aufmerksamkeit und Untersuchung.

\*

Die Antwort der Sozialdemokratie auf die Vertrustung und die Rationalisierung kennen wir: sie besteht in der Anerkennung sowohl der einen als auch der anderen als Fortschritt auf dem Wege zur Stabilisierung. Wenn die internationale Sozialdemokratie und die Amsterdamer Internationale die Amerikanisierung begrüßen und darin die Verwirklichung ihrer Ideale erblicken; wenn der moderne Reformismus praktisch zu einem Werkzeug der Unternehmerorganisationen geworden ist — die sich dadurch die Auf-

gabe erleichterten —, so vermag sich die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung zu der gegebenen Frage nicht so „einfach“ zu stellen. Wenn wir gegen die Lakaienrolle der Sozialdemokratie sind, bedeutet das, daß wir die Parole aufstellen müssen: „Nieder mit der Vertrustung“, „Nieder mit der Rationalisierung“? Solche Parolen würden sehr revolutionär aussehen, aber keinerlei revolutionären Inhalt in sich tragen. Wir sind mit der Mechanik des Kapitalismus der Nachkriegszeit zur Genüge vertraut, um nicht gegen die unvermeidlichen, in der kapitalistischen Wirtschaft vor sich gehenden Prozesse aufzutreten. Wir stellen der Vertrustung den Zusammenschluß der Arbeiter zu mächtigeren Industrieverbänden entgegen, die Bildung besonderer Bruderschaften aus den in den internationalen Trusts beschäftigten Arbeitern, die Hebung der Aktivität der Massen und den rücksichtslosen Kampf gegen die die Arbeiter angesichts der Unternehmer entwaffnende Gewerkschaftsbürokratie.

Wir schreien nicht: „Nieder mit der Rationalisierung“, sondern wir stellen ein ernsthaftes praktisches Programm zum Kampf gegen die Folgen der Rationalisierung auf. Zu diesem Programm gehört: 1. Die Verkürzung der Arbeitszeit von 7 auf 6 Stunden; 2. die obligatorische einstündige Mittagspause; 3. die Erhöhung des Arbeitslohnes, damit durch bessere Ernährung die gesteigerte Ausmergelung und Auszehrung des Organismus wettgemacht wird usw. Unser Programm spricht sich weder gegen die Einführung neuer Maschinen noch gegen irgendwelche Arten der Vervollkommnung der Technik oder gegen die Hebung der Produktivität der Arbeit in den Betrieben aus. Unser Programm hat die Aufgabe, die lebendige Arbeitskraft gegen die fortwährende Steigerung der Anspannung und der Intensität der Arbeitskraft, gegen den vorzeitigen Verbrauch der Arbeiter und gegen alle jene Formen und Methoden der Ausbeutung in Schutz zu nehmen, die fortwährend auf Kosten der Arbeiter eingeführt werden. Es ist selbstverständlich, daß unser praktisches Programm des Tageskampfes organisch verknüpft ist mit unserem Endziel. Unsere Taktik muß sich im Zusammenhang mit der Rationalisierung die Aufgabe der Gewinnung neuer Arbeiterschichten für den Kampf auf der Grundlage eines konkreten Programms stellen. Nur wenn wir auf diesem Gebiet praktische Forderungen aufstellen, werden wir jene Millionen Arbeiter, die infolge der Rationalisierung aus der Produktion ausgeschieden wurden, auf unsere Seite herüberziehen vermögen; nur auf diese Weise werden wir die Verbindung herstellen zwischen den Interessen der im Betriebe Stehenden und den zu dauernder Arbeitslosigkeit verdamnten Arbeitern.

\*

Die Frage, die gegenwärtig naturgemäß eine sehr große Bedeutung gewinnt, ist die des Zusammenschlusses der Arbeiter in vertikaler Richtung. Die Konzentration des Kapitals innerhalb des Landes sowie ferner die Entstehung gigantischer kapitalistischer Trusts im internationalen Maßstab werfen mit aller Schärfe die Frage der Bildung und Festigung von Organisationen auf, die die Arbeiter in vertikaler Richtung zusammenschließen und sich den veränderten Formen der Unternehmensvereinigungen anpassen, um der konzentrierten Kraft des Kapitals die Kraft der organisierten Arbeiter entgegenzustellen. Es handelt sich dabei um die Verschärfung des Kampfes

um die Industrieverbände nach der Umbildung der gesamten übrigen internationalen Gewerkschaftsbewegung. Es gilt dabei im Auge zu behalten, daß dies keine organisatorische Frage, ja daß es eine solche am wenigsten von allen ist, sondern eine politische Frage von höchster Wichtigkeit, deren Lösung bestimmte organisatorische Formen annehmen und in bestimmte organisatorische Rahmen geleitet werden muß; daß diese Frage aber jedenfalls ein außerordentliches Interesse erfordert, da ohne einen ernsthaften Zusammenschluß der Arbeiter der verschiedenen Länder in vertikaler Richtung und ohne die Bildung wirklicher Internationalen, auf der Grundlage von Betriebsverbänden anstatt von sinnlos schwatzenden Organisationen, angesichts des offenbaren Mißverhältnisses zwischen den Organisationen der Arbeiter und jenen der Unternehmer von einem Kampf in nächster Zeit absolut keine Rede sein kann.

\*

Wenn wir die europäische Arbeiterbewegung nehmen, so muß im Auge behalten werden, daß der Generalstreik wie auch der Bergarbeiterstreik in England in das Kräfteverhältnis eine ganze Reihe von Veränderungen gebracht haben, wobei der Zusammenbruch des Generalstreiks eine Konsolidierung der Spitze der Amsterdamer Internationale zur Folge hatte. Sämtliche Meinungsverschiedenheiten, die früher zwischen dem Generalrat und der Amsterdamer Internationale entstanden, sind faktisch verschwunden. Der Generalrat betreibt jetzt die gleiche Politik wie die Amsterdamer Internationale, und in dieser Beziehung kann man sagen, daß der Zusammenbruch des Generalstreiks eine Wendung zugunsten der Amsterdamer Internationale bedeutet, so wie der Rechtsabmarsch des Gewerkschaftsapparates in einem beliebigen Lande eine Wendung bedeutet zugunsten derjenigen, die die Interessen der reaktionären europäischen Bürokratie widerspiegeln. Aber diese Konsolidierung der Amsterdamer Internationale in ihrer Spitze geht Hand in Hand mit einem stärkeren Ausschlagen nach links in den unteren Massen. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß der englische Streik neue Schichten von Arbeitern zum politischen Leben erweckt hat, und daß er vor den Arbeitern eine ganze Reihe von Fragen aufwarf, die früher nicht vor ihnen gestanden haben. Mag die englische Gewerkschaftsbürokratie auch noch so überzeugt sein von ihrer Unbesiegbarkeit, so kann sie dennoch nicht umhin, zu sehen, wie groß die Unzufriedenheit in den Massen ist. Diese Unzufriedenheit — und darin liegt die Eigenart des Momentes — trägt jetzt einen anderen Charakter als die Unzufriedenheit, die früher aus Anlaß jedes mißlungenen Streiks vorhanden war. Die jetzige Unzufriedenheit hat bereits organisatorisch-politische Formen angenommen; sie hat zu einer Verstärkung der Minderheitsbewegung geführt und führt zu einer Verstärkung der revolutionären Tendenzen in den anderen Ländern. Gerade darum besitzt sie eine andere Bedeutung, als sie sie früher hatte.

\*

Das weitere neue Moment in der internationalen Arbeiterbewegung ist die Krise, die das anglo-russische Einheitskomitee durchmacht. Die Krise im anglo-russischen Einheitskomitee wurde hervorgerufen durch die stark auseinandergelassenen Ansichten zwischen den sowjetrussischen und den englischen Gewerkschaften über die Frage des Generalstreiks. Der Konflikt

war unvermeidlich. Ist doch das anglo-russische Einheitskomitee entstanden zum gemeinsamen Kampf gegen die Offensive des Kapitals, für die Einheit und gegen die Intervention. Als die Führer der englischen Gewerkschaften auf die Offensive des Kapitals stießen, vergaßen sie völlig all jene Pflichten, an die sie der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion unmöglich nicht in den unzweideutigsten Ausdrücken erinnern konnte. Die Krise des anglo-russischen Einheitskomitees beflügelte die Hoffnungen der Amsterdamer und aller konservativen Elemente der internationalen Arbeiterbewegung. Diese, die stets die Annäherung zwischen den englischen und den sowjetrussischen Gewerkschaften scheuten, sind überzeugt, daß es jetzt Schluß ist mit dieser Annäherung und sie hoffen, daß jetzt alles wieder in „normale“ Bahnen kommt und beim alten bleibt. Die Gegner des anglo-russischen Einheitskomitees überhaupt und die Gegner der Taktik der Profintern im besonderen behaupten, daß die Krise im anglo-russischen Einheitskomitee infolge der anspruchsvollen Forderungen des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion und seiner „ungesetzlichen Einmischung“ in die Angelegenheiten der englischen Gewerkschaften usw. entstanden sei. Wir verhielten uns stets sehr skeptisch zu der Theorie der Nichteinmischung in die gegenseitigen Angelegenheiten und wir meinen, daß die sozialdemokratische Theorie der Nichteinmischung der Arbeiter eines Landes in die Angelegenheiten der Arbeiter eines anderen Landes in unmittelbarem Gegensatz zur Idee der Internationale selbst sowie der Solidarität der Klassen steht. Wir haben uns deshalb in die Angelegenheiten der Arbeiter eines beliebigen anderen Landes eingemischt, tun das noch und werden es weiter tun, um sie im Kampfe gegen ihre Ausbeuter zu unterstützen. Die Krise des anglo-russischen Einheitskomitees hat unseren Gegnern Anlaß gegeben, die Frage des Zusammenbruchs der gesamten Einheitsfronttaktik sowie der Einheit aufzuwerfen. Die ganze sozialdemokratische Presse posaunt es gegenwärtig in die Welt hinaus, daß „das anglo-russische Einheitskomitee im Sterben liege, weil die Taktik der Einheitsfront seitens der Kommunisten nur ein Manöver war; die Kommunisten hätten niemals eine wirkliche Einheit gewollt, daher denn auch die Krise, daher denn auch die Möglichkeit der Sprengung des anglo-russischen Einheitskomitees“. Ist die Krise des anglo-russischen Einheitskomitees nun tatsächlich eine Krise der Taktik der Einheitsfront und, darüber hinaus, eine Krise unserer gesamten Taktik der Einheit? Auf keinen Fall! Das wäre eine unrichtige und falsche Auslegung unserer Taktik. Die Taktik der Einheitsfront hat niemals darin bestanden, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Führern der verschiedenen Länder herzustellen. Die Taktik der Einheitsfront hatte die Aufgabe, die Arbeiter der verschiedenen Richtungen und der verschiedenen Länder auf Grund eines konkreten Kampfes zusammenzuschweißen und zwischen den revolutionären Arbeitern und den in den reformistischen Organisationen befindlichen Arbeitern eine Brücke zu schlagen. Darin lag das ausschlaggebende Ziel der Einheitsfronttaktik. Hat nun die Krise, die im anglo-russischen Einheitskomitee infolge des Zusammenpralls der zweierlei Arten von Taktik entstand, die Durchführung dieser Linie gehindert? Nein! Niemand wagt zu sagen, daß das englische Proletariat gegenwärtig dem sowjetrussischen Proletariat ferner stehen würde als vor dem Generalstreik; niemand wagt zu sagen, daß die Ver-



bindung zwischen dem sowjetrussischen und dem englischen Proletariat eine schwächere geworden ist, nachdem sich der Generalrat weigerte, irgendetwas zusammen mit dem Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion zur Erreichung des aufgestellten Programms zu unternehmen. Niemand wagte das zu sagen. Warum? Darum, weil sich in dieser Zeit die Verbindung zwischen den englischen und den sowjetrussischen Arbeitern gefestigt hat. Die Festigung dieser Verbindung aber ist eine Folge unserer Einheitsfronttaktik und, in erster Linie, unserer schonungslosen und harten Kritik an jenen, die — als Mitglieder des anglo-russischen Einheitskomitees — eine Politik der Sabotage der einheitlichen Aktionen zur Abwehr gegen die Offensive des Kapitals getrieben haben.

\*

Hat nun nicht das anglo-russische Einheitskomitee unsere Linie des Kampfes um die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung durchbrochen? Ist der Verrat des Streiks der englischen Bergarbeiter seitens der Amsterdamer Internationale und der Bergarbeiterinternationale nicht ein Beweis dafür, daß die Parole der Einheit angesichts des ausgesprochen streikbrechermäßigen Benehmens der reformistischen Spitzen hinfällig geworden ist? Auch hier haben die eingetretenen Ereignisse unsere Linie der Einheit nicht nur nicht umgestoßen, sondern ihre Richtigkeit erst recht bestätigt. Gerade der Generalstreik und der Bergarbeiterstreik haben die absolute Notwendigkeit der Einheit und der Bildung einer Kampfinternationale gezeigt. Natürlich hat dieser Streik die ganze innere Fäulnis der Spitze der Amsterdamer Internationale aufgedeckt, das aber bedeutet keinesfalls, daß sich die Einheitsfronttaktik infolge der letzten Ereignisse überlebt hat. Handelte es sich ja doch auch auf dem Gebiete der Einheit nicht darum, mit ein paar Dutzend Führern der Amsterdamer Internationale irgendwie einig zu werden, sondern darum, die organisatorische Einheit der proletarischen Massenorganisationen herzustellen, die sich zum Kampfe gegen die Offensive des Kapitals zwangsläufig auf den Boden des Klassenkampfes begeben müssen. Nicht um die Einheit mit der Linie der Streikbrecher und nicht um die Versöhnung mit der Politik und Taktik der Reformisten geht der Kampf, sondern um die feste Zusammenschweißung der verschiedenen Richtungen in einer zu keiner Partei gehörenden Organisation, innerhalb deren der Kampf um unsere Anschauungen weiter gehen wird. Hat etwa die Amsterdamer Internationale oder die Bergarbeiterinternationale irgendetwas getan, das für uns unerwartet gekommen wäre, als sie vorschlugen, den Bergarbeiterstreik zu verraten, was sie auch jetzt noch tun? Das, was sie getan haben, war der logische Ausfluß ihrer ganzen nationalstaatlichen Einstellung. Soweit aber in den Amsterdamer Gewerkschaften noch Millionen Arbeiter stehen, bleibt unsere Taktik unverändert und auch auf diesem Gebiet haben die in der letzten Zeit eingetretenen Ereignisse die alte Linie, die mit allen Mitteln auch weiter fortgesetzt werden muß, lediglich bestätigt.

\*

Die letzten Ereignisse haben mit besonderer Eindringlichkeit gezeigt, wie eine Internationale aussehen muß und wie sie nicht aussehen darf. Die Haltung der Amsterdamer Internationale und der Bergarbeiterinternationale

während des englischen Streiks wird auf lange Jahre hinaus ein Beispiel dafür sein, wie eine Internationale während riesiger sozialer Konflikte nicht handeln darf. Denn das, was die Amsterdamer Internationale getan hat, entspricht nicht nur nicht den Erfordernissen des englischen Proletariats, sondern stellt im buchstäblichen Sinne des Wortes eine Verhöhnung des elementarsten Begriffs des Internationalismus und eine Verspottung der Klassen-solidarität dar. Andererseits hat dieser Streik dagegen an der Praxis der Tätigkeit der Profintern und der sowjetrussischen Gewerkschaften gezeigt, wie eine wirkliche internationale Solidarität aussieht. Darin aber liegt eine Lehre nicht nur für das englische Proletariat, sondern auch für die Arbeiter aller Länder. Diese Lehre darf auf keinen Fall vergebens sein; sie muß aufs sorgfältigste studiert und den Arbeitern erläutert werden. Die Arbeiter müssen nicht nur erkennen, daß die Amsterdamer Internationale nichts getan hat, sondern müssen auch begreifen, warum die Amsterdamer Internationale nichts tun konnte, bzw. welches die Ursachen sind, die zu einer derart streikbrecherischen Haltung der Amsterdamer Internationale geführt haben.

Das Problem des Kampfes um die Einheit und die Durchführung der Einheitsfronttaktik steht unter den gegebenen Verhältnissen etwas anders, als es früher stand. Es steht auch deshalb anders, weil wir eine Reihe neuer Erscheinungen in bezug auf das Verhältnis zwischen den Klassen zu verzeichnen haben — Erscheinungen, die unserer Taktik zugrunde gelegt werden müssen. Die erste und wichtigste Frage ist die riesige Arbeitslosigkeit, die permanenten Charakter angenommen hat. Unser Kampf um die Einheit darf in keinem Falle die Vertretung der Interessen der Arbeitslosen außer acht lassen. Der Schutz der Interessen der Arbeitslosen und ihre Verbindung mit den im Betriebe Stehenden muß unserem Kampf um die Einheit und um die Einheitsfront zugrunde gelegt werden, sonst wird das ganze Problem der Einheit von jenen brennenden Fragen losgetrennt, die augenblicklich vor den Arbeitern stehen und sie besonders interessieren.

Weiter. Wir sind Zeugen eines gigantischen Offensivvorstoßes des Kapitals, bei einer Senkung der Lebenshaltung der Massen und einem Abbau der alten Errungenschaften, so daß der Kampf um die Einheit natürlicherweise gerade von dieser Lage ausgehen muß, um die Arbeiter auf Grund eines konkreten Aktionsprogramms zusammenzuschließen. Der Kampf um die Einheit muß unbedingt den Besonderheiten jedes einzelnen Landes sowie der gegenwärtigen Periode (Arbeitslosigkeit, Inflation, neue Organe der Arbeitsgemeinschaft der Klassen usw.) angepaßt werden, nur in diesem Falle können wir die Massen praktisch zum Kampf um die Einheit heranziehen.

Wir sind längst über das Stadium der bloßen Agitation und Propaganda hinaus. In jenen Ländern, die sich noch im Stadium der einfachen Parole der Einheit befinden, kommt die Sache sichtlich nicht weiter. Die Einheit — das ist eine große politische und gleichzeitig organisatorische Frage. Um die Sache der Einheit vorwärts zu bringen, bedarf es: 1. einer weiteren Festigung und Ausdehnung der revolutionären Minderheiten, 2. der Bildung und Gestaltung von Einheitsgruppen, 3. der Bildung und Gestaltung einer Opposition innerhalb der reformistischen Gewerkschaften, 4. der Bildung ständiger gemischter Einheitskomitees aus reformistischen und revolutio-

nären Gewerkschaften, 5. der Bildung proletarischer Einheitskomitees in den Fabriken und Betrieben, 6. der Bildung provisorischer Einheitskomitees aus Vertretern der verschiedenen Organisationen zum Zweck von Kampagnen, 7. des Zusammenschlusses aller oppositionellen Elemente im Landesmaßstabe, 8. der Herstellung einer sachlichen Verbindung zwischen den reformistischen und den revolutionären Gewerkschaften auf der Grundlage der Verteidigung der elementaren Errungenschaften der Arbeiter, 9. eines Kampfes um die Demokratie in den Gewerkschaften und um das Recht der Arbeiter zur Entscheidung über die Führung von Streikkämpfen, 10. des Zusammenschlusses der revolutionären und oppositionellen Elemente nach Industrieverbänden in jedem einzelnen Lande, 11. der Bildung internationaler Bruderschaften nach Industrieverbänden, 12. der Bildung von Einheitsorganen in den Massen, an den Grenzpunkten, in den Hafenenorten usw. Die Hauptsache ist es, stets und überall die Probleme der Einheit mit dem unmittelbaren Kampf der Arbeiter um ihre Tagesforderungen zu verbinden; und nur in dem Grade, in dem wir die Probleme der Einheit mit diesen Bedürfnissen der Arbeiter verknüpfen, werden wir die vor uns stehenden Aufgaben erfüllen können.

\*

Das Problem der Einheit greift weit über den nationalen Rahmen hinaus. Es ist gegenwärtig Anlaß genug vorhanden, um die Idee einer wirklichen internationalen Gewerkschaftsvereinigung jener beschnittenen Idee entgegenzustellen, die in dieser Hinsicht in den führenden Kreisen der Amsterdamer Internationale besteht. Die Ende August 1926 in Sidney stattgefundene Vorkonferenz der Arbeiterorganisationen der Länder des Pazifischen Ozeans hat gezeigt, daß der Zusammenschluß der Arbeiter sämtlicher Küstengebiete des Pazifischen Ozeans und jener, die bis in die letzte Zeit hinein überhaupt außerhalb der internationalen Vereinigung gestanden haben, zu einem reifen Erfordernis geworden ist. Keine Amsterdamer Internationale ist heute imstande, auf irgendwelchen Einfluß in den Küstenländern des Pazifischen Ozeans Anspruch zu erheben, dabei aber werden gerade im Pazifischen Ozean Ereignisse von größter politischer Bedeutung eintreten. Die Arbeiterorganisationen dieser Küstengebiete spielen bereits eine große Rolle und der Zusammenschluß der Arbeiterorganisationen der Küstengebiete des Pazifischen Ozeans wird ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur Bildung einer einheitlichen Internationale sein. Der Jammer liegt nur darin, daß viele, die die Einheit im Munde führen, über den Rahmen Europas nicht hinausgehen, trotzdem gerade das Problem der Einheit das internationalste aller vor der Arbeiterklasse stehenden internationalen Probleme ist.

\*

Gleichzeitig damit erhebt sich immer wieder die angeblich bereits entschiedene Frage hinsichtlich des Zusammenschlusses der Arbeiter der Kolonial- und Halbkolonialländer vor uns. Die Arbeiterbewegung dieser Länder wächst augenblicklich nicht nach Tagen, sondern nach Stunden, wächst unmittelbar vor unseren Augen und nimmt bestimmte Formen an, ungeachtet der Schwierigkeiten, auf die sie bei ihrer organisatorischen Gestaltung stößt. Hier muß die Erfahrung der älteren Länder, die Erfahrung der Internationale, die Erfahrung der kommunistischen Parteien und der revolu-

tionären Gewerkschaften eine ausnahmsweise große Rolle spielen. Den revolutionären Gewerkschaften der Mutterländer (Metropolen) obliegt eine besondere Verpflichtung gegenüber den Arbeiterorganisationen der Kolonien. Dieser Frage haben alle unsere Organisationen nicht die erforderliche Aufmerksamkeit gewidmet, wir sind allzusehr in unseren eigenen Aufgaben aufgegangen, das aber ist wohl die schwächste Stelle und der schwächste Punkt in unserer Arbeit. In dieser Richtung sind bis jetzt erst die ersten Schritte unternommen worden, während gerade auf dieser Bahn die Lösung all jener Fragen liegt, die sich gegenwärtig zu einem Knäuel zusammengeballt haben.

Je nach dem Grade des Aufschwungs der Arbeiterbewegung in den Kolonial- und Halbkolonialländern wird der Kampf um die Unabhängigkeit der Kolonien eine Steigerung erfahren. Dieser Kampf wird die imperialistischen Mächte schwächen, die Schwächung dieser imperialistischen Mächte aber wird Wasser auf die Mühlen der Arbeiterbewegung der Metropolen sein. All das ist derart eng miteinander verquickt und verbunden, daß die unzulängliche Aktivität seitens der der Komintern und der Profintern angeschlossenen Organisationen auf diesem Gebiet sich nur aus der Tradition erklären läßt, auf Grund deren diesen außerhalb der europäischen Länder liegenden Fragen ungenügende Aufmerksamkeit gewidmet wurde.

\*

Eine besondere bedeutende Frage ist gegenwärtig das Problem der Führung der Gewerkschaftsbewegung. Vor unseren Augen vollzieht sich der Bankrott einer alten Gewerkschaftsführung nach der andern. Was in England während des Generalstreiks passierte und was sich unlängst in Hamburg ereignete, das vollzieht sich gegenwärtig in Polen; aber auch in einer ganzen Reihe anderer Länder liegen Beweise dafür vor, daß die alte Gewerkschaftsführung, die ganze reformistische Spitze mit dem bürgerlichen Staatsapparat derart verwachsen und seinem Einfluß unterworfen ist, daß von ihr irgendeine Unterstützung im Kampfe nicht mehr erwartet werden kann, nur direkte Sabotage und Durchkreuzung sogar des wirtschaftlichen Kampfes. Im Zusammenhang damit ist es an der Zeit, die Frage des Aufrückens neuer Kaders, ihrer Ausbildung und ihrer Heranziehung zur praktischen Arbeit usw. aufzuwerfen. Diese Frage ist deshalb in höchstem Grade kompliziert, weil sich Führer nicht auf einen Wink mit dem Zauberstab hervorbringen lassen. Es bedarf einer langen Zeit, um von unten her aufzusteigen, auf die breite Bahn zu gelangen und sich nach oben hin durchzuschlagen. All das ist nur dann möglich, wenn wir dieser ganzen Frage nunmehr die allernachdrücklichste Aufmerksamkeit zuwenden. Das Problem der Führung ist gegenwärtig das wichtigste Problem der gesamten revolutionären Gewerkschaftsbewegung. Solange wir keine neuen Kaders schaffen und solange wir keine neuen Führer hervorbringen, solange es diese neuen Führer nicht verstehen, sich einen Platz in der Gewerkschaftsbewegung zu erobern und das ganze bürokratische Gerümpel zurückdrängen — solange werden wir die Massen nicht zu erobern und hinter uns herzuführen imstande sein. Darum erheben sich diese Fragen der Führung nunmehr mit besonderer Schärfe. Darum muß die Aufmerksamkeit aller revolutionären Gewerkschaften auf diese Seite mit besonderem

Nachdruck gelenkt werden. Man muß sich darüber klar sein, daß es sich dabei um eine sehr schwierige Frage handelt, die sehr große Kraft und Energieaufwand, sowie eine systematische und planmäßige Arbeit erfordert. Diese Frage duldet weder einen Aufschub noch eine bürokratische Behandlung.

\*

Die aufgezeigten Aufgaben lassen sich nur erreichen, wenn wir jeden unserer Schritte und jede unserer neuen Parolen auf die Eroberung der Massen einstellen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie und die Amsterdamer Gewerkschaften noch ziemlich stark sind und daß sie der Entwicklung der revolutionären Ereignisse im Wege stehen, daß deshalb die erste Aufgabe in dem heftigen, unablässigen Kampf um die Befreiung der Massen von der reformistischen Ideologie zu bestehen hat. Wie soll das erfolgen? Das kann nur geschehen, wenn wir den Amsterdamerinnen nicht nur eine gute Politik, sondern auch eine gute Praxis im täglichen Kleinkampf entgegenstellen. Es muß zugegeben werden, daß in dieser Beziehung viele unserer Organisationen noch stark hinken. Solange sich unsere Praxis nicht auf einem Niveau mit unserer Politik bewegen wird, solange werden wir die Mehrheit der Arbeiterklasse nicht erobern. Gerade jetzt, wo der Kapitalismus verzweifelte Anstrengungen macht, um aus der Nachkriegskrise herauszukommen und wo es ihm mit Hilfe der internationalen Sozialdemokratie gelungen ist, eine Teilstabilisierung der kapitalistischen Verhältnisse herbeizuführen, — jetzt ganz besonders, — ist planmäßige Arbeit zur Eroberung der Massen und Verständnis zur Führung des Kampfes um die brennenden Tagesinteressen der Arbeiter vonnöten, wobei wir nicht auf einen Augenblick das Endziel aus dem Auge lassen dürfen. Die Hauptsache ist — die Eroberung der breiten Massen auf jegliche Weise und mit allen Mitteln — das übrige kommt von selbst.

1. November 1926

G. SMOLJANSKI:

## ZUR FRAGE DER NEUEN SOZIALEN STRUKTUR DES PROLETARIATS

Von einer neuen sozialen Struktur des Proletariats im Zusammenhang mit der Rationalisierung kann vorerst nur bedingt die Rede sein, da der ganze Prozeß der Rationalisierung noch nicht abgeschlossen ist, wenn er sich auch bereits in vollem Gang befindet. Immerhin aber lassen sich die Tendenzen dieses Prozesses — und die Richtung, in der sich die soziale Umgruppierung innerhalb der Arbeiterklasse vollzieht — durchaus bestimmt erkennen. Auch können in dieser Beziehung bereits die einen oder anderen Ergebnisse festgestellt werden.

Ohne Zweifel sind tiefgehende Veränderungen in der Struktur des Proletariats die ernsthafteste soziale Folge der Rationalisierung. Der alte europäische Reformismus und das Verbandswesen zogen ihre geschichtlichen Wurzeln aus der Differenzierung des Proletariats innerhalb der

Produktion, d. h. aus der sogenannten Arbeiteraristokratie, die den Höhepunkt ihrer Blüte unmittelbar vor dem imperialistischen Weltkrieg erreicht hatte. Die neue Lage des Arbeiters in der Produktion eröffnet im Zusammenhang mit dem außergewöhnlichen technischen Fortschritt und der Mechanisierung der Arbeit in Zukunft günstige Vorbedingungen für die Erstarkung der Einheit des Proletariats, obwohl die Kapitalisten in der ersten Zeit (und stellenweise nicht ohne Erfolg) bemüht sein werden, die Uebergangsperiode zur inneren Desorganisation der Reihen der Arbeiter, etwa im Sinne einer „Amerikanisierung“ der Arbeiterbewegung, auszunutzen.

Ueberraschend ist die Uebereinstimmung des Charakters der neuen sozialen Verschiebung mit dem atemberaubenden Bild von der Endphase des Kapitalismus, die Marx am Schlusse des ersten Bandes des „Kapital“ schildert:

„Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateure werden expropriert.“ („Kapital“, Bd. I, Seite 728.)

Marx spricht vom Wachstum des Proletariats, von seiner Vereinheitlichung und Verwandlung in eine einförmige, ihrem Werte nach herabgeminderte Masse. Das Ergebnis der heutigen Produktionstechnik und der feinsten Arbeitsteilung ist der angelernte Arbeiter, der Massenaarbeit ausführt. Er ist ein Fabrik spezialist, „eingearbeitet“ in eine bestimmte Einzelheit des in zahllose elementare Teile zerlegten Produktionsprozesses. Eine allseitige Qualifizierung kann ihm nur hinderlich sein — ebenso wie seinerzeit der Handwerker als solcher zu existieren aufhörte, sobald er an der Maschine zu arbeiten begann.

Kennzeichnenderweise trafen die neuen Veränderungen in der sozialen Struktur des Proletariats mit der ungeheuerlichsten Konzentration des Kapitals zusammen.

Vorbedingung der Rationalisierung ist die Konzentration der Produktion. Aber auch der mittlere Industriebetrieb nimmt beim laufenden Band und anderen Rationalisierungsmethoden den Charakter des Großbetriebs an: der einzelne Arbeiter verliert bei der Massenerzeugung den Ueberblick über das Ganze; es wird ihm außerordentlich schwer, den allgemeinen Erfolg der Produktion, das wechselseitige Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitsproduktivität abzuschätzen.

Es ist interessant, daß dieser Nivellierungsprozeß auch innerhalb der Aufsichtsbeamtschaft vor sich geht. Sie nimmt einerseits — infolge der Mechanisierung — zahlenmäßig ab; andererseits dringt der angelernte Techniker, der sich in den Nachkriegsjahren proletarisiert, in die Schicht des Aufsichtspersonals ein.

Das ist jedoch bloß der Anfang des Prozesses, den Marx beschreibt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der angelernte Arbeiter nur eine Stufe zur weiteren Entwertung des Arbeiters ist. Die Automatisierung der Arbeit kann

nicht auf halbem Wege — dem laufenden Band, der Mechanisierung der Aufsicht — stehen bleiben; sie muß weitergehen, muß die vollkommene Mechanisierung des ganzen vom laufenden Band kontrollierten Prozesses anstreben.

Doch ist das von Marx entworfene Bild nicht immer so einfach und verständlich gewesen. Seit dem Erscheinen des „Kapital“ bis zum Weltkriege ist fast ein halbes Jahrhundert vergangen. Seither nahm die Differenzierung innerhalb des Proletariats immer mehr und mehr zu.

Die Konzentration der Produktion, die Schaffung von Riesenbetrieben, die den Anreiz zur Vereinfachung des Produktionsprozesses bilden, das Ausschneiden mechanischer Teilprozesse als selbständige Produktionsvorgänge — alles das begann in Deutschland erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts, während in England heute noch das kleine und mittlere Unternehmen die vorherrschende Betriebsform darstellen. Wie Sombart bezeugt, tauchten in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Deutschland sogar viele Anwälte einer Wiedergeburt des Handwerks auf; diese Anwälte, zu denen auch Techniker gehörten, befürworteten unter anderem auch die Verwendung von Kleinmaschinen. Aber auch in großen Unternehmungen spielte der gelernte Arbeiter — angesichts der noch unzureichenden Arbeitsteilung und des damaligen Fehlens des Massenarbeitsprinzips — eine hervorragende Rolle. Auf diesem Boden und in Anbetracht der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus entfalteten sich das Berufsverbandswesen und die üppig wuchernde Arbeiteraristokratie zu ihrer vollen Blüte.

Diese Arbeiteraristokratie bildete die wichtigste Grundlage der Sozialdemokratie und der II. Internationale während deren Verfallszeit — am Vorabend des Krieges. Der letzte Band des „Grundriß der Sozial-Oekonomik“ bringt eine außergewöhnlich interessante Rundfrage der deutschen Gesellschaft für Sozialpolitik über den „ideal typischen“ qualifizierten Arbeiter (im Aufsatz „Das Industrieproletariat“ von Goetz Briefs). Diese Untersuchung ist um so interessanter, als die Gesellschaft für Sozialpolitik zu einem bedeutenden Teil aus jetzigen und früheren Sozialdemokraten besteht. Wie aus der Rundfrage zu ersehen ist, stammen die gelernten Arbeiter vorwiegend aus der Stadt; sie haben eine lange Lehrzeit hinter sich, halten an ihrem Beruf fest, besitzen ihren Berufstolz, wechseln (insbesondere in der Jugend) oft die Arbeitsstelle. Viele von ihnen werden Funktionäre. Dem gelernten Arbeiter steht eine gewisse Art Karriere in Aussicht. Er ist weniger der Sterblichkeit und Krankheiten unterworfen und hat — was eine erstaunliche Tatsache ist — eine minder zahlreiche Familie. Er erzieht seine Kinder für eine höhere Stellung. Sofern er organisiert ist, neigt er zur Berufsorganisation. Ist er Sozialist, so gibt er der revisionistischen Denkungsart den Vorzug.

Die Differenzierung tritt also klar zutage. Und nicht von ungefähr wurden seit dem Erscheinen des „Kapital“ auf dieser Grundlage von bürgerlichen Gelehrten, Syndikalisten u. a. allerhand Versuche unternommen, den Marxismus einer „vernichtenden“ Kritik zu unterziehen. Ist das Proletariat in Wirklichkeit ein solch einheitlicher Organismus, wie es von Marx dargestellt wird? Der bürgerliche Professor Herkner schrieb, der ungekünstelte Realismus, das vorsichtige Mißtrauen behaupteten sich unerschütterlich

gegenüber den abstrakten, gradlinigen, nivellierenden Konstruktionen des Marxismus. Die Syndikalisten sagten, die Verbürgerlichung gewisser Schichten des Proletariats, ihre Abwanderung in die Reihen des Kleinbürgertums sei eine kennzeichnende Tatsache. Der frühere Syndikalist Michels schrieb, die besondere Tragik des kämpfenden Proletariats bestehe darin, daß es die besten Kräfte für seine Befreiung schule und sie eben dadurch dem Gegner ausliefere. Sorel, ein anderer Syndikalist, erklärt, was Marx im vorletzten Kapitel des „Kapital“ geschrieben habe, sei soziale Poesie, die von Marx besonders glücklich angewandt worden sei, während seine Schüler sie in die abstrakte Klassenkampflehre verwandelt hätten.

Der Syndikalismus war eine Reaktion gegen die parlamentarischen Illusionen der Demokratie, die innerhalb des Proletariats von der Arbeiteraristokratie genährt wurden. Er gab die Parole der einheitlichen Entlohnung aus, um den proletarischen Differenzierungsprozeß aufzuhalten, dessen objektiver Sinn und Zielstreben sich seinem Verständnis entzogen. Und als es ihm nicht gelang, den objektiven Prozeß künstlich umzustoßen, fiel er mit aller Kraft — der direkten Aktion — über die qualifizierten Spitzen der Arbeiterklasse her. Von Bakunin bis zu Lagardelle und Sorel wählte der Anarchismus und späterhin der Syndikalismus zu seinem Stützpunkt die deklassierte Intelligenz und das deklassierte Proletariat — die Gelegenheitsarbeiter, das Lumpenproletariat. Er ersetzte die Arbeiteraristokratie durch die Aristokratie des revolutionären Geistes.

Um so erstaunlicher ist der soziale Prozeß, den gegenwärtig die allerneueste Rationalisierung der Technik und der Arbeitsorganisation mit sich gebracht hat. Mit dem Kapitalismus geht es zu Ende. Die letzte Stunde der kapitalistischen Konzentration ist angebrochen. Und das Proletariat verwandelt sich allmählich in eine einheitliche, einförmige soziale Substanz.

Es entsteht naturgemäß eine Frage von allergrößter Wichtigkeit, eine Frage von entscheidender Bedeutung für die Taktik der revolutionären proletarischen Vorhut: was wird nun das Schicksal der Arbeiteraristokratie sein? Ist es zulässig, angesichts des Prozesses der Einschränkung der Grundlage für die Arbeiteraristokratie von deren gänzlichem Verschwinden zu reden? Eine derartige Fragestellung wäre im Kern irrig. Mögen die Herkner, Michels, Hilferding — ein jeder so gut er kann — die „gradlinigen, abstrakten, nivellierenden marxistischen Konstruktionen“ revidieren. Die wahre Dialektik des Marxismus sieht die Komplikationen des Prozesses im voraus. Solange die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus existiert (und, mehr noch, sich verschärft), solange wird die Arbeiteraristokratie ihren Nährboden finden. Und zwar vor allem in der hochqualifizierten Zwischenschicht zwischen Arbeiter und Techniker, die den regulierenden Geist — den spiritus rector — des komplizierten Organismus der heutigen großen Maschine darstellt. Diese Schicht wird sich hauptsächlich in der Erzeugung der Produktionsmittel zusammenballen. Außerdem geraten künftig möglicherweise in die Stellung der Arbeiteraristokratie die Arbeiter ganzer Kategorien, Produktionszweige und sogar Länder, wie das amerikanische Proletariat im Verhältnis zum europäischen, wie das Proletariat des Mutterlandes im Verhältnis zu dem der Kolonien, wie die in den Emigrationsländern geborenen Arbeiter gegenüber den Einwanderern usw.



Diese Dialektik des Prozesses, dieses Fehlen einer gradlinigen Bewegung kompliziert außerordentlich eine Reihe von Problemen gerade in der Übergangszeit zu neuen Rationalisierungsmethoden; die Frage des Streikbrecherunwesens, des Akkordlohnes usw. erscheint in einem neuen Licht.

Das laufende Band, der ununterbrochene Arbeitsprozeß machen das individuelle Streikbrechertum trotz der höchsten Qualifikation des einzelnen Arbeiters zu einer Unmöglichkeit. Der Kapitalist steht also vor der gebieterisch Lösung heischenden Aufgabe, die Arbeiter des ganzen Betriebes in die Hand zu bekommen, den Boden für ein Streikbrechertum in Massen zu bereiten. Daher führt die Amerikanisierung der Industrie zur Amerikanisierung der Arbeiterbewegung. Der gegenwärtige Unternehmer fordert vom Arbeiter außer dem gewohnten Mehrwert noch eine besondere Abart des Mehrwerts — die Arbeitsfreudigkeit!

Ebenso verhält es sich mit der Frage des Akkordlohnes. Einerseits zerstört das laufende Band das individuelle Akkordsystem; andererseits erzeugt es ein massenhaftes Akkordfieber, wobei der schwächere Arbeiter nicht das Tempo einhalten kann, das sein stärkerer egoistischer Nachbar von ihm fordert. Das Tarifabkommen, diese stärkste Waffe der alten Gewerkschaftsbürokratie, zerbricht in seiner ureigensten Grundlage. Der heutige angelernte Arbeiter ist der klassische Akkordarbeiter.

Das sind im allgemeinen die Veränderungen, wie sie in der sozialen Struktur des Proletariats vor sich gehen. Es ist heute noch zu früh, sie als abgeschlossenen Prozeß zu betrachten. Aber ihre Tendenz hat, wie oben hingewiesen wurde, durchaus bestimmte Formen angenommen.

## B. S M E R A L :

### VOM MARXISMUS ZUM MALTHUSIANISMUS

Vom 31. Oktober bis 4. November fand in Linz der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratischen Partei statt. Er hat das neue Parteiprogramm behandelt und beschlossen. Das Projekt dieses Programmes wurde in der „Kommunistischen Internationale“ (Nr. 1) schon einer ausführlichen Kritik durch den Genossen Bucharin unterzogen. Der Parteitag hat dieses Projekt ohne prinzipielle Änderungen angenommen. Die Kritik Bucharins bleibt also in Geltung und es ist keine Notwendigkeit, sie zu wiederholen. Der Verlauf der Behandlung auf dem Parteitag ist aber ein klassischer Beleg der weiteren reformistischen Degeneration jener sozialdemokratischen Führer, die sich selbst für eine „Linke“, „marxistische“ Gruppe in der II. Internationale halten, und die seinerzeit die Internationale 2½ ideologisch geführt haben. Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie hat den Prozeß der Entwicklung dieser Partei in den Sumpf des ausgesprochenen unmarxistischen Reformismus beendet. Er wurde so

zu einem neuen Beweis, daß es heute, in der Epoche des Imperialismus, in der Epoche der Weltrevolution, keinen anderen Marxismus gibt, außer Leninismus, keinen anderen revolutionären Sozialismus als in der Kommunistischen Internationale und ihren Sektionen.

Der „linkeste“ Sozialismus der Zweiten Internationale wird durch Otto Bauer und Friedrich Adler repräsentiert. Auf welches Niveau dieser Sozialismus gesunken ist, beleuchtet am klarsten die Tatsache, daß Otto Bauer in seinem Referat über das Aktionsprogramm als eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie erklärte, sie müsse in der nächsten Zukunft die durch das Programm festgesetzte Sorge tragen, damit die Proletarier weniger Kinder in die Welt setzen! Folgendes wird darüber wörtlich berichtet in dem telegraphischen Bericht der „Wiener Arbeiterzeitung“ vom 2. November:

„Die Montagsitzung des Parteitages beschäftigte sich in ausführlicher Weise mit dem Teil des Programms, der die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie behandelt. Die Debatte wurde durch ein zweistündiges Referat Otto Bauers eingeleitet. Er hob aus der Fülle der Probleme zwei Fragen heraus: die Stellung der Sozialdemokratie zur Bevölkerungspolitik und zur Religion. Es sei das erste Mal, daß eine Arbeiterpartei ihre Haltung zur Bevölkerungsfrage grundsätzlich klarstellt. In der Bevölkerung aller Kulturstaaten vollzieht sich jenseits aller politischen Parteistellung eine große Umwälzung: der Uebergang von der verschwenderischen zur sparsamen Methode der Bevölkerungsvermehrung: weniger Kinder in die Welt setzen, aber dafür die Geborenen mit mehr Fürsorge am Leben zu erhalten. Für die Sozialdemokratie ist das Problem der Bevölkerungspolitik keineswegs mit dem Kampfe gegen das gesetzliche Verbot der Abtreibung erschöpft. Sie fordert vor allem Fürsorge für Mutter und Kind und Beratung über Empfängnisverhütung. Die Strafbarkeit der Abtreibung soll zunächst eingeschränkt werden.“

In derselben Zeit, wo in Oesterreich der „linke“ Führer der Sozialdemokratie dazu kommt, um als Mittel zur Lösung der sozialen Frage die programmatische Forderung aufzustellen, die Proletarier sollen weniger Kinder in die Welt setzen, verteidigt in der benachbarten Tschechoslowakei der rechte sozialdemokratische Führer Bechynie in einer Programmdiskussion die These, die Sozialdemokratie müsse die systematische Unterstützung des Emigrierens der Proletarier aus „ihrem“ befreiten Vaterlande, aus der geliebten bürgerlichen demokratischen Republik programmatisch fordern! Beide diese Forderungen sind keine zufälligen Erscheinungen. Die ganze Politik der Zweiten Internationale verfolgt als Ziel die Rettung des kapitalistischen Systems vor der Katastrophe. Sie will es retten gegen die Arbeiter, gegen die subjektiven Kräfte der Revolution und gegen die objektive Notwendigkeit der Geschichte. Darum muß sie in die lächerliche Situation kommen, daß ihr „marxistischster“, „linkester“ Führer Otto Bauer vom Marxismus zum Malthusianismus kommt, und daß er hier dem rechten, das Emigrieren der Arbeiter predigenden Bechynie begegnet und umarmt.

Wir haben die konkrete Frage von „weniger Kindern“ aus den Verhandlungen des Linzer Parteitages deswegen herausgegriffen, weil sie symptomatisch zeigt, wie tief Otto Bauer vom revolutionären Marxismus herabgesunken ist. Nun wollen wir einen zweiten konkreten Beleg anführen, der charakteristisch ist für die Methode des Denkens dieses „Austro-Marxisten“, dafür, wie er auf die wissenschaftliche Methode des Marxismus pfeift. Die Grundlage für die Festlegung des Programms und der Taktik der Arbeiterbewegung ist eine richtige Analyse der geschichtlichen, der Weltsituation

und der Situation in dem betreffenden Lande. Bucharin hat in seiner Kritik festgestellt, daß in dem von Otto Bauer ausgearbeiteten Entwurf des Programms kein einziger Satz über folgende Tatsachen enthalten sei: Lehren des Weltkrieges, Widersprüche nach dem Kriege, wissenschaftlicher Beweis der Notwendigkeit des Sozialismus, Notwendigkeit der Kriege beim kapitalistischen Regime, Klassencharakter der österreichischen Republik. Otto Bauer hat in seinem Referat auf dem Parteitage zu dieser Kritik Stellung genommen. Wörtlich sprach er folgendes:

„Man hat dem Programmwurf vorgeworfen, daß er eine Analyse der Welt-situation des Weltkapitalismus oder auch nur des österreichischen Kapitalismus nicht enthält. Ich glaube nicht, daß das ein Fehler ist. Man macht ein Programm nicht für wenige Jahre. Es entspricht der gegenwärtigen Situation, daß man eine Analyse einer Phase des Kapitalismus in das Programm nicht aufnehmen kann.“

Dieses Zitat in Verbindung mit dem ersteren zeigt, daß aus dem Denken dieses linken Sozialdemokraten auch die letzten Spuren des Marxismus verschwunden sind und daß er sich in einen ganz banalen ethischen „Sozialisten“ verwandelt hat. Wozu die jetzige konkrete Situation der Welt und des Landes analysieren? Was sind heutige Klassengegensätze, Klassenkämpfe, die mit neuen Kriegen schwangeren Gegensätze unter den kapitalistischen Mächten gegen die geschichtliche Ewigkeit? Was sind die sozialen Gesetze der Klassengesellschaft gegen die Naturgesetze? Was ist überhaupt der ganze Kapitalismus gegen die Natur? Und deswegen ist es nicht notwendig, die Lage der Welt zu analysieren, besonders, wenn man fürchtet, daß aus dieser Analyse die geschichtliche Unvermeidlichkeit des revolutionären Kampfes sich ergeben würde. Dagegen ist aber wichtig, daß ein jeder Arbeiter als einzelner unter dem Einfluß der Sozialdemokratischen Partei seinen natürlichen Geschlechtstrieb beherrsche und daß die Proletarier weniger Kinder zeugen.

Otto Bauer ist nicht so bescheiden, um sich mit der Führung der Sozialdemokratischen Partei in dem heute so kleinen Lande Oesterreich zu begnügen. Er hält sich für den ideologischen Führer und Retter der ganzen II. Internationale. Die programmatischen Gesichtspunkte, die er in Linz vorgetragen hat, sind bestimmt, die sozialdemokratischen Parteien in allen Ländern zu beeinflussen. Dabei hat er auf dem Parteitag ausdrücklich sich zu der Ansicht bekannt, daß die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat keine Musik der Zukunft, sondern „unmittelbar die Aufgabe dieser Geschichtsepoche, dieser Generation“ sei. Da entsteht die Frage: welche Tendenz haben die Programmausführungen des Otto Bauer von diesem Gesichtspunkte aus? Will er die sozialdemokratischen Arbeiter für den Kampf um die politische Macht mobilisieren und stählen, will er den Kampf um die politische Macht, der unmittelbar in dieser Generation durchgeführt werden soll, vorbereiten und organisieren, oder will er die Arbeiter beschwichtigen, sie kampfscheu und weich machen, um den Kampf gegen die Bourgeoisie im voraus zu desorganisieren und unmöglich zu machen? Nach den Erfahrungen des Weltkrieges, nach den Erfahrungen des weißen Terrors in allen Ländern, wo die politische Macht der Bourgeoisie wirklich bedroht war, predigt der linke Sozialdemokrat Otto Bauer folgendes Evangelium des sozialen Pazifismus:

„Die Herrschaft in der Republik beruht darauf, daß die Bourgeoisie die Mehrheit des Volkes in ihrer Gefolgschaft hat. Wir wollen diesen geistigen Einfluß der

Kapitalisten und Großgrundbesitzer in der Republik entwenden mit demokratischen Mitteln. Nicht um eine neue, dauernde Klassenherrschaft zu begründen, sondern um den Kapitalisten und Großgrundbesitzern die Produktionsmittel zu entreißen. Ja, wir wollen mit den geistigen Waffen kämpfen, wir wollen kämpfen um die Seelen der Volksmehrheit, mit demokratischen Mitteln die Herrschaft erobern.“

In diesem Zusammenhange folgt dann eine Hetze gegen die soziale Revolution, gegen ihre Organisierung und Vorbereitung, gegen die Züchtung des Kampfgeistes in der Proletarierklasse, um die ein jedes weißgardistische Blatt, jede kapitalistische Regierung den linken Führer der II. Internationale nur beneiden könnte. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ bringt diese pogromistischen Stellen des Referates von Otto Bauer mit großen, plakartartigen Lettern, die bürgerlichen Blätter drucken sie, jubelnd vor Freude, ab.

In dem bisherigen Programm der österreichischen Sozialdemokratie stand der Satz:

„Die Partei wird den Kampf führen mit allen zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsgefühl des Volkes entsprechenden Mitteln.“

Otto Bauer sprach gegen diesen Satz und beantragte, ihn zu streichen. Er vertrat den Standpunkt, daß die Arbeiter an die Anwendung der Gewalt nur als „Defensivmittel“, nur ganz ausnahmsweise denken sollen.

„Wir wollen das Volk führen im Bewußtsein unserer Verantwortung mit Scheu vor jeder Gewalt. Es ist notwendig, die Arbeiter zu warnen vor der leichtfertigen Anwendung der Gewalt. Diktatur und Demokratie sind erst durch den Bolschewismus zu Gegensätzen geworden.“

In diesem Sinne sprach noch klarer Friedrich Adler. Aus seiner Rede genügt es, folgende drei Sätze zu zitieren:

„Ich würde vorschlagen, daß wir dem Wort Diktatur nach Möglichkeit ausweichen und von der Klassenherrschaft des Proletariats sprechen. Ich halte es für einen gefährlichen Weg, wenn man immer wieder sagt, es gibt noch keine Demokratie heute, für die man sich begeistern kann. Die einfachste Lösung scheint mir zu sein, wenn man das Wort, an dem soviel Zweideutigkeit klebt, das Wort Diktatur, überhaupt beiseite läßt.“

Der Ausgangspunkt, aus dem Otto Bauer und alle anderen Führer der österreichischen Sozialdemokratie zu dieser äußersten Entartung kommen, ist ihre begeisterte Liebe und Ergebenheit für die „demokratische österreichische Republik“. Mit welcher komischen Liebe sprechen sie über dieselbe, wie übertrieben schildern sie ihre „Freiheiten“, was für einen weichen Ton haben sie für die „republikanische“ Polizei und Gendarmerie, wie ehrfurchtsvoll wurde sogar auf dem Parteitage von der Person des (klerikalen!) Präsidenten der Republik gesprochen. Ein komischer österreichischer Provinzialismus beherrscht die Leute, die mit dem in solcher Atmosphäre ausgearbeiteten Programm die ganze Zweite Internationale retten wollen. Otto Bauer ging so weit, daß er die öffentlichen Unternehmungen, und besonders die Unternehmungen der Gemeinde Wien (im kapitalistischen Staate!) als „ein Stück Sozialismus“ bezeichnete und verlangte, daß die Arbeiter und Angestellten dieser Betriebe in der Wahrnehmung ihrer Forderungen durch den Streik sich mäßigen sollen. Das in einer Zeit, wo in Oesterreich die Bourgeoisie das gesetzliche Streikverbot für die staatlichen und andere öffentlich Angestellten vorbereitet. Das in der Zeit, wo die sozialdemokratische Presse in einem Chore mit den Weißgardisten den sozialistischen Charakter der staatlichen Industrie in der USSR leugnet, um die proletarische

Sowjetmacht zu diskreditieren. Dabei sind sie sich dessen vollkommen bewußt, daß die „Republik“, für die ihre Herzen so brennen, deren Maßstab sie ihren „Sozialismus“ anpassen und den „Sozialismus“ der ganzen Zweiten Internationale anpassen wollen, eigentlich eine Lächerlichkeit darstellt. Folgendes sprach auf dem Parteitage Renner:

„Wenn der Staat bei der nächsten oder bei einer späteren Wahl in unsere Hände fällt, so darf sich keiner von Ihnen darüber täuschen, daß wir ein Staatswesen übernehmen, das international in der Gesamtheit der Mächte machtlos ist. Es darf sich niemand darüber täuschen, daß dieses Staatswesen ohne Ansehen ist. Es darf sich niemand darüber täuschen, daß die Produktion dieses Staates armselig zusammengeschrumpft ist, und vor allem darf man sich nicht darüber täuschen, daß alle Kassen leer sind. Es ist also so, daß man eher als aus Machthunger eine Revolution machen möchte aus Erbarmen.“

Das letzte Wort von Renner charakterisiert richtig die Lage der österreichischen Sozialdemokratie, ihr neues Programm, gleichzeitig aber auch das sozialistische Niveau der ganzen Zweiten Internationale. Oesterreich ist eine Provinz, die um Erbarmen ruft. Machtlos, ohne Ansehen, ohne Geld, ohne Möglichkeiten für ihre Produktion, ohne Zukunft, ohne Ausweg. Ein Gebiet ohne die wirtschaftliche Basis, vom Schicksal zum Verschwinden verurteilt. Die österreichische Sozialdemokratie und ihr neues Programm sind eine Widerspiegelung dieser verzweifelten Lage des Landes. Aber eben deswegen ist die österreichische Sozialdemokratie fähig, der Ideologie der ganzen sozialdemokratischen Internationale Ausdruck zu geben. Der Weltkapitalismus befindet sich in einer ähnlich ausweglosen Lage wie Oesterreich. Das Land des Unterganges hat im neuen Programm seiner Sozialdemokratie eine Theorie geboren, die zum neuen Glaubensbekenntnis der ganzen Zweiten Internationale werden kann, die sich vom Marxismus, vom Kampfe, von der Revolution losgelöst und mit der untergehenden kapitalistischen Gesellschaft auf Leben und Tod unzertrennlich verbunden hat.

JOSEF STRASSER:

## DIE PROBLEME DES AUSTROMARXISMUS

Der Austromarxismus geht daran, die Welt zu erobern. Hat die österreichische Sozialdemokratie schon längst durch ihre Organisation die Bewunderung ihrer Bruderparteien erregt, so scheinen jetzt die Theorien, die sie beherrschen, Gemeingut der Zweiten Internationale werden zu wollen, ja es gibt Schwärmer, die vom Austromarxismus die Wiedervereinigung aller proletarischen Organisationen in einer Internationale erwarten. Ist das nicht ein Anachronismus? Der Austromarxismus ist die österreichische Spielart des Reformismus. Er unterscheidet sich von den anderen Reformismen nur dadurch, daß er die Arbeiterbewegung nicht in einen starken, sondern in einen zerfallenden, verfaulenden bürgerlichen Staat einzuordnen hatte. Die austromarxistischen Geistesblitze waren das Phosphoreszieren dieser fauligen Masse. Einem schwachen, nur unter den größten Schwierigkeiten sein Dasein fristenden Staat kann das Proletariat, allerdings nur in

sehr engen Grenzen, leichter Zugeständnisse abzwängen, als einer starken Staatsgewalt — das war der Stolz des Austromarxismus, darauf gründete er seine Theorie und seine Praxis, darum konnte er den kommunen Reformismus, dem ein bescheideneres Los beschieden war, über die Achsel ansehen. Aber der Umsturz machte dieser Herrlichkeit ein Ende, indem er, das alte Oesterreich zertrümmernd, dem Austromarxismus die reale Grundlage, den Nährboden unter den Füßen wegzog. Bei dieser Erschütterung purzelten die österreichischen Sozialdemokraten in die Koalition, ganz genau so, wie es in anderen Ländern die verachteten vulgären Reformisten taten. Und seither gleichen sie sich diesen in Theorie und Praxis immer mehr an. Zwar hatten sie mehr Glück als ihre Brüder: kein Proletariat wurde durch Krieg und Kriegsfolgen so entmutigt, wie das österreichische, und so hatten die Austromarxisten wieder festen Boden unter den Füßen, sie konnten sich auf die Hoffnungslosigkeit der Arbeitermassen stützen. Aber auch damit geht es zu Ende. Dem Proletariat liegt nun einmal der Revolutionarismus im Blut, es kann nicht ewig im Zustand der Resignation verharren. Die österreichische Sozialdemokratie fängt das schon deutlich zu spüren an, — Beweis dessen der Versuch ihres Vorstandes, sich durch organisatorische Maßregeln gegen die Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu schützen. Immerhin, ein Weilchen wird sich die österreichische Sozialdemokratie noch als Musterpartei der Zweiten Internationale anstaunen lassen können. Denn auch wenn sie sich von anderen reformistischen Parteien im wesentlichen nicht mehr unterscheidet, wenn sie gleich ihnen nur mehr ein Ziel hat, nämlich wieder koalitionsfähig zu werden, so hat sie doch noch eines vor ihnen voraus: das Prestige. Davon will jetzt die ganze Zweite Internationale profitieren: die Theorien, die sie aus Oesterreich beziehen, sind gewöhnliche reformistische Pöfelware, aber in eleganter österreichischer Aufmachung und versehen mit der renommierten Marke „made in Austria“. Das ist es, was man Eroberung der Welt durch den Austromarxismus nennt.

Wollen wir den Austromarxismus in seiner jüngsten Phase genau erkennen lernen, so dürfen wir ihn nicht bloß auf Parteitag und internationalen Kongressen und bei ähnlichen feierlichen Anlässen aufsuchen, bei denen er sein Staatskleid anzieht und sein offizielles Eroberergesicht aufsetzt. Zwar ist auch bei solchen Gelegenheiten manches zu sehen, aber viel interessanter ist der Austromarxismus daheim, im Schlafrock, wenn er sich gehen läßt. Schauen wir uns also einmal den „Kampf“ an, die theoretische Monatsschrift der österreichischen Sozialdemokratie. Schon die Inhaltsverzeichnisse der einzelnen Nummern geben uns wertvolle Aufschlüsse über die Sorgen des Austromarxismus. Ein paar Proben: Juni 1926: Parteien und Putsch in Polen. Zum englischen Streik. Ueber Kulturschichtung. Geburtenbeschränkung und Justiz. Wie kommen wir zum sozialistischen Kulturbund? Das Revolutionäre in Freuds Werk. Noch einmal Karl Kraus. Bücher: Geschichte der Arbeiterbewegung, Erziehung, Frauenfrage. — Juli 1926: Die neue Großmacht Sport. Die Lebenslüge der wissenschaftlichen Pädagogik. Die Wahlen in Rumänien. Dem Andenken Nikolas Tschcheidses. Das bolschewistische Experiment und der Sozialismus. Neuere Theoretiker der tschechischen Sozialdemokratie. Kultur und Entartung. Marxismus und Naturwissenschaft. Der wahre Kraus. Bücher: Faschismus, soziale Hygiene,

Pädagogik. — August 1926: Gustav Eckstein, der Erzieher. Das Getreidemonopol in der Schweiz. Streifzüge durch die russische Revolutionsliteratur. Aesthetische Dogmatik und proletarische Kunstpolitik. Aristophanes als Pazifist. Karl Kraus und die Arbeiterschaft. Noch einmal die Kraus-Anhänger. Bücher: Amerika, England, Sozialismus, Frauenfrage. Das sind über zwei Dutzend Aufsätze. Wieviele von ihnen behandeln österreichische Dinge? In einem ganzen Vierteljahr hatte die theoretische Zeitschrift der österreichischen Sozialdemokratie den österreichischen Arbeitern über österreichische Wirtschaft und Politik fast nichts zu sagen. Fast nichts zu sagen, obwohl die Sozialdemokraten den Christlich-Sozialen in diesem Vierteljahr die heißesten Schlachten lieferten. Aber das war keine Ausnahme. So wie in diesen drei Monaten, machte es der „Kampf“ immer. Er ist immer, bewußt oder unbewußt, auf der Flucht vor den Realitäten der österreichischen Politik. Wie hat er denn das neue Parteiprogramm behandelt? Anfang August wurde der Programmentwurf veröffentlicht. Aber der „Kampf“ hielt das in seinem Augustheft ängstlich geheim. Ebenso im Septemberheft. Endlich im Oktober brachte er zwei schwächliche Aufsätze über das Programm; sie nahmen zusammen just so viel Raum in Anspruch, wie in der Septemhernummer der Aufsatz über „Max Weber als Lehrer und Politiker“ und nicht so viel, wie im Februarheft die elegisch-ironischen Betrachtungen über „Werner Sombarts tragische Sendung“. Das scheinen nun, wenn schon nicht die „Kampf“-Leute, so doch ihre Auftraggeber als eine gar zu übermütige Außerachtlassung des Dekorums empfunden zu haben. Wenigstens erschien im Oktober noch ein Sonderheft des „Kampf“, das, wie die „Arbeiterzeitung“ stolz erklärte, „ausschließlich der Diskussion des sozialdemokratischen Programms gewidmet ist“. Das war acht Tage vor dem Beginn des Parteitages, also zu einer Zeit, in der das Diskussionsheft eine Diskussion nicht mehr entfesseln konnte. Wenn der „Kampf“ schon einmal gezwungen ist, sein Schweigen zu brechen, so redet er, um sich zu salvieren, wenigstens zu spät.

Aber wenn dem „Kampf“ die österreichische Politik und alles, was mit ihr zusammenhängt, so zuwider ist, was interessiert ihn denn eigentlich? Nun, er bringt Berichte über die Vorgänge im Ausland, und im übrigen beschäftigt er sich mit Kulturfragen oder, besser gesagt, er treibt Bildungsmeierei. Er behandelt die Kulturfragen nicht vom Standpunkt des kämpfenden Proletariats, sondern vom Standpunkt gedrückter ehrbarer Kleinbürger, die sich über ihr Elend hinwegtäuschen wollen und sich, da sie den Alkohol verabscheuen, ein Briefmarkenalbum oder eine Käfersammlung anlegen oder auch ein belletristisches Blatt halten, vielleicht sogar die mathematischen Rätsel in den Sonntagsbeilagen der Zeitungen lösen. Nicht Waffen will der „Kampf“ den Arbeitern liefern, sondern Surrogate für die materiellen und geistigen Werte, die sie entbehren müssen. Er will sie — kann man von einem Arbeiterblatt etwas Schlimmeres sagen? — trösten. Und er treibt dieses Geschäft mit großem Ernst und Eifer. Die Kulturfragen haben es gar gut beim „Kampf“. Er läßt sogar Diskussionen über sie zu.

Ein Beispiel. Dem Leser wird vielleicht aufgefallen sein, daß in den oben wiedergegebenen Inhaltsverzeichnissen viermal der Name Karl Kraus vorkommt. Wer ist der Mann, über den sich im „Kampf“ eine so lebhaft Diskussions entsponnen hat? Im deutschen Sprachgebiet ist er heute wohl

überall bekannt. Für die nichtdeutschen Leser der KI folgendes: Kraus ist ein Wiener Schriftsteller, der seit Jahrzehnten einen erbitterten Kampf gegen die Korruption führt. Er verfolgt sie in ihre verstecktesten Schlupfwinkel, er erkennt sie in jeder Verkleidung, auch — das ist seine besondere Liebhaberei — in ihren literarischen und künstlerischen Vermummungen. Dieser Mann ist nun für die österreichische Sozialdemokratie ein „Problem“ geworden. Sie weiß nicht, was sie mit ihm anfangen, wie sie sich zu ihm stellen soll. Warum? Kraus ist kein Sozialist, und doch hat er in der Sozialdemokratischen Partei zahlreiche Anhänger, ja enthusiastische Verehrer, die ihm geschrieben haben: „Zwei Festtage bringt uns diese Woche, die nicht nur zeitlich, sondern auch ihrer Bedeutung nach zueinander gehören, und zu deren gemeinsamer Würdigung das österreichische Proletariat allen Anlaß hätte: den großen Weltfeiertag der bisher vergeblich um ihre Befreiung ringenden Arbeiterschaft und den 52. Geburtstag des revolutionären Dichters Karl Kraus! ... eine aufrechte Gruppe, welche — gerade aus heißer Liebe zur hohen sozialistischen Grundidee — Treue und Dankbarkeit für Karl Kraus bewahrt... Es lebe Karl Kraus! Es lebe die internationale Sozialdemokratie!“ Die Schreiber dieses Briefes sind offenbar noch sehr junge Intellektuelle. Aber Kraus übt auch auf sozialdemokratische Arbeiter eine starke Wirkung aus. Wie soll man sich das erklären? Aus seinen schriftstellerischen Fähigkeiten? Er ist witzig, geistreich, boshaft, ein Künstler, ein unermüdlicher Kampfhahn. Aber ein Schriftsteller siegt nicht allein und nicht vor allem durch seine schriftstellerischen Qualitäten, seinen Erfolg bestimmt in erster Linie die soziale Tendenz, in deren Dienst er seine Qualitäten stellt. Welchen Inhalt hat der Kampf, den Kraus führt? Kraus bekämpft die kapitalistische Korruption, indem er sie mit der kleinbürgerlichen Ideologie konfrontiert. Das macht ihn zum Wortführer aller mit dem Kapitalismus Unzufriedenen, die keine Kampfhähne sind, sondern die Faust in der Tasche ballen. Ihnen muß er, der den Mut zum Kampf hat, diesen Mut aber nicht von ihnen verlangt, als ein Einziger, ein Uebermensch, ein Heros erscheinen. Und je weiter die Verkleinbürgerlichung der Sozialdemokratischen Partei fortschreitet, je mehr sie den Kampf scheut, desto mehr Freunde muß er in ihren Reihen gewinnen. Die Sozialdemokraten wollen das nicht verstehen, aber nicht darum gibt es für sie ein „Problem Karl Kraus“. Dieses Problem ist viel verzwickter. Nämlich: Die Sozialdemokraten sind schon so verbürgerlicht, daß Kraus daran Anstoß nimmt und ihnen zuruft: Bessert euch! Hier entsteht das Problem Karl Kraus. Wie kommt Kraus, der Bürgerliche, der Nichtsozialist, dazu, Sozialisten ins Gewissen zu reden, sie vor der Kleinbürgerei zu warnen? Ist er ein Revolutionär? Aber die Sozialdemokraten sind doch auch Revolutionäre. Oder ist er kein Revolutionär? Dann kann er doch revolutionären Sozialdemokraten nicht Mangel an Radikalismus vorwerfen. Und so beißen sich die Sozialdemokraten an dem Problem Karl Kraus die Zähne aus. Z. B.: Oskar Pollak schreibt („Kampf“ 19, S. 261): „Karl Kraus kann als pessimistischer Antimaterialist und Entwicklungsleugner kein Sozialist sein.“ Dann untersucht er mit großer Gründlichkeit die Frage, ob Kraus nicht wenigstens ein Revolutionär sei. Er kommt zu dem Ergebnis: „Wir Sozialisten sind revolutionär, weil wir eine neue Gesellschaft wollen. Karl Kraus, der Nichtsozialist, ist kein Revolutionär, weil ihm die Erkenntnis des Zieles fehlt.“



In der Begründung dieses Urteils sagte er u. a.: „Wer mit der revolutionären Klasse sein will, . . . der muß einmal das stärkste Erlebnis unserer Zeit empfunden haben: das Mächtigsein durch das Aufgehen, das Bewußtsein der Bewegung, die Demut vor der Masse.“ Friedrich Austerlitz, der Chefredakteur der „Arbeiterzeitung“, ist ganz anderer Meinung. Er findet (Seite 309), „daß in Kraus nichts Bürgerliches steckt, daß er, ob Sozialist oder nicht, jedenfalls der stärkste, der leidenschaftlichste Antibourgeois ist, den das europäische Schrifttum besitzt. . .“ „Von ihm Demut zu heischen, heißt nicht weniger, als zu begehren, daß er sich auf gebe. . .“ „Einem hat sie nicht imponiert, diese bourgeoise Kultur: Karl Kraus.“ „. . . Den Weg, den wir zu wandeln haben, hat uns Kraus, indem er die Gespenster, die ihn uns sperren wollten, in die Flucht gejagt hat, leichter gemacht. . .“ „Assimiliert euch nicht! — das ist die Mahnung, die er der Partei zuruft. Und wenn er in der Bewertung der Tatsachen, aus denen er schließen will, daß diese Mahnung notwendig sei, selbst irren würde, mit ihrer Wertung der Partei auch Unrecht hätte: die Warnung vor der Anpassung an die bürgerliche Welt mag überflüssig sein, schädlich nimmer.“ Austerlitz schreibt da in seiner Herzenseinfalt eine Satire gegen seine Partei, so boshaft, daß sie von Kraus sein könnte. Aber er wird in der Selbstverhöhnung noch überboten: „Kennen wir,“ so schreibt Hans Menzinger (S. 349), „aus den Lehren unserer sozialistischen Vorkämpfer und Meister unser Ziel, die Methode unseres Ringens, so erleben wir an und mit Karl Kraus, was es heißt, unbeirrbar, unbeugsam, konzessionslos, konsequent zu sein! . . . Wir wußten, es sei das schwerste, ein Leben ohne alle Kompromisse zu führen und die Idee des unbeirrbaren Menschentums ganz unbefleckt zu bewahren. Ihm allein gelang es. . . Darum wurde er uns im Krieg der einzige Lebensanker, wir danken ihm, wenn wir nicht in Wahnsinn versanken und an der Mission des Sozialismus und an der Zukunft des Menschengeschlechts nicht verzweifelten. Als alles um uns einstürzte, leuchtete er uns als der aufrechte, sittliche, vollkommene Mensch, als das Gewissen Europas voraus. . . Wäre die Arbeiterschaft ihrer Zukunft wert, sollte sie diesen Mann aufgeben, der Meinung sein, sie hätte ihn (wie Pollak behauptet) auf ihrem Wege zurückgelassen?“

Kraus ist aber nicht der einzige Revolutionär, dem im „Kampf“ Hudigungen dargebracht werden. Auch der Psychoanalytiker Freud wird dort nach Gebühr als Revolutionär gefeiert: „Wie alle großen Geister“ — schreibt Friedjung (S. 259) —, „ist auch Freud ein Revolutionär. Sein unbeirrbarer Forschungsdrang zerstört ererbte Vorurteile, zerbricht alte Götzen, lehrt uns Geheimnisvolles verstehen, baut uns neue Wege des Erkennens, richtet uns neue Ideale auf und weist uns in eine schönere Zukunft.“ Wenn wir recht verstehen, hat Freud auch die materialistische Geschichtsauffassung ergänzt und verbessert: „Wir verstehen nunmehr, warum in einem Zeit und Kräfte sinnlos verzehrenden Auf und Ab der Revolution die Reaktion immer wieder folgen muß, solange die Erziehung nicht andere Wege geht: der Sohn des Revolutionärs wird Reaktionär, weil er nur so dem überspannten autoritativen Druck des Vaters entrinnen und er selbst werden kann. Können wir so nicht erst recht die Tragödie des deutschen Volkes aus der in ihm allgemein geübten autoritativen Erziehung verstehen? So wurde es wohl

prachtvoll diszipliniert, gut organisierbar, blieb aber politisch hilflos, für die Republik und noch Höheres unreif.“

Das also sind die neuesten Gedanken des Austromarxismus: Freud ist ein Revolutionär, Kraus ist ein Revolutionär. Das lustigste dabei ist, daß in einem gewissen Sinn diese austromarxistischen Thesen sogar richtig sind: Kraus ist durchaus im Recht, wenn er über den kleinbürgerlichen Sozialismus der Sozialdemokraten die Nase rümpft, ihnen gegenüber erscheint er als Revolutionär. Der Austromarxismus beginnt seinen Siegeszug durch die reformistische Welt in einem Augenblick, in dem er sich nur noch die Aufgabe stellt, die Zweite Internationale von den ideologischen Resten der zweieinhalbten, d. h. des Austromarxismus, zu säubern und dem unverfälschten Reformismus die Bahn frei zu machen.

## A. L. B A D : ILLEGALE KOMMUNISTISCHE ZEITSCHRIFTEN AUF DEM BALKAN\*

Die erste Kommunistische Partei, die auf dem Balkan außerhalb des Gesetzes gestellt wurde, war die KP Jugoslawiens. Der große Einfluß der KPJ in den ersten Nachkriegsjahren (über 50 Abgeordnete im Jahre 1920) war eine ernste Gefahr für die großserbische Bourgeoisie, die im Dezember 1920 beschloß, die Arbeiter- und Bauernbewegung sowie die Bewegung der nationalen Minderheiten zu vernichten. Zu diesem Zwecke wurde das bekannte, gegen die revolutionäre Bewegung gerichtete Gesetz „Obziana“ veröffentlicht. Nach dem Attentatsversuch im Jahre 1921 auf König Alexander und nach der Ermordung des Urhebers der „Obziana“, des Ministers Brachkewic, wurde vom Parlament ein ergänzendes Gesetz „zum Schutze des Staates“ veröffentlicht, laut dem die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei mit 20 Jahren Zuchthaus oder selbst mit dem Tode bestraft werden kann.

Seit 1921 zur Illegalität gezwungen, bediente sich die KPJ in ihrem Kampfe der illegalen Presse. Seit März 1926 erscheint regelmäßig eine Monatsschrift „Srp i Ceki“ (Sichel und Hammer). Dies ist nicht nur eine theoretische Zeitschrift, sondern auch ein politisches Kampforgan. In den ersten zehn Nummern der Zeitschrift finden wir mannigfaches Material. Neben den täglichen politischen Fragen werden auch organisatorische Parteifragen, die Nationalfrage, das Leben der Bauernschaft behandelt, Thesen und Aufrufe der Partei und des KJV veröffentlicht, ebenso Aufsätze von Lenin, Stalin u. a. Von den wichtigsten politischen Aufsätzen sind hier folgende zu erwähnen. 1. Die politische Lage. 2. Die Politik der Sozialdemokratie Jugoslawiens. 3. Kampf zwischen Paschic und dem König Alexander.

Den zwei wichtigsten Problemen der KPJ — Gewerkschaftseinheit und Bauernfrage — wird im Verhältnis zum Umfang der Zeitschrift genügende Aufmerksamkeit geschenkt.

Ein drittes, für Jugoslawien ebenso wichtiges Problem, die nationale Bewegung, war bisher weniger begünstigt und ist in der Zeitschrift „Srp i Ceki“ fast nicht zur Sprache gekommen. Der englische Bergarbeiterstreik wurde in der Nummer 4 kurz behandelt. Dagegen beschäftigte sich die Nummer 9 ausschließlich mit dem englischen Streik. Dessenungeachtet wird internationalen Problemen nur wenig Aufmerksamkeit gezollt.

Im allgemeinen ist die Zeitschrift „Srp i Ceki“ ihren Aufgaben durchaus gewachsen. Obwohl der Dritte Parteitag der KPJ den Beschluß gefaßt hat, sobald wie möglich eine wirtschaftliche Zeitschrift herauszugeben, glauben wir, daß die von uns besprochene Zeitschrift ihr Erscheinen nicht einstellen soll.

Auch vom technischen Standpunkt ist die Zeitschrift als gelungen zu bezeichnen. Der anfänglich gemachte technische Fehler, der Druck der Zeitung in lateinischer Schrift, wodurch sie den Charakter eines Provinzorgans erhielt, wurde im Oktober d. J. wieder gut gemacht. Ein Teil der Artikel erscheint seit Nr. 8 der Zeitschrift in serbischer Schrift (Cirilliza), wodurch die Zeitschrift den Bauern und Arbeitern Alt-Serbiens und Montenegro zugänglich gemacht wird. Ein bedeutender Mangel der Zeitschrift ist die ungenügende Behandlung der innerparteilichen Fragen, die bis jetzt nur im Zusammenhang mit den Beschlüssen des 3. Parteitags der KPJ beleuchtet wurden. Es ist zu hoffen, daß diese Fragen im theoretischen Organ der Partei eine eingehendere Behandlung erfahren werden.

\* „Srp i Ceki“ (Kommunistische Zeitschrift der KP Jugoslawiens Nr. 1—9) 1926. 96 Seiten Oktav.

II. AUFLAGE

# DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEIEN

IHRE ROLLE IN DER INTERNATIONALEN ARBEITERBEWEGUNG  
DER GEGENWART

HERAUSGEGEBEN VON EUGEN VARGA

E I N S A M M E L B U C H

A U S D E M I N H A L T :

DIE II. INTERNATIONALE / Die SOZIALDEMOKRATISCHE  
PARTEI DEUTSCHLANDS: Geschichtliches, Zahlenmäßige Stärke  
der Arbeiterklasse, Apparat der SPD, Soziale Zusammensetzung  
der Mitgliedschaft, Politische Gruppierungen in der Partei, Die  
Führung der Partei / DIE SOZIALISTISCHE PARTEI FRANK-  
REICHS: Historisches, Anarchismus, Guesdismus, Soziale Gliede-  
rung Frankreichs, Einfluß und Wählerschaft der sozialistischen  
Partei, Strömungen / Die BRITISCHE LABOUR PARTY: Ent-  
wicklung und Organisationsform, Wahlerfolge / DIE SOZIAL-  
DEMOKRATISCHEN PARTEIEN IN DEN USA: Geschichtliches,  
Stärke der Arbeiterklasse, Einfluß der sozialistischen Parteien /  
DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEIEN ITALIENS:  
Historisches, Soziale Gliederung, Gewerkschaft und Politik /  
DIE ARBEITERPARTEI BELGIENS: Historisches, Organisations-  
form, Wachstum / SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITER-  
PARTEI OESTERREICHS: Historisches, Soziale Zusammen-  
setzung, Stärke der Sozialdemokratie / DIE SOZIALDEMO-  
KRATISCHEN PARTEIEN IN DER TSCHECHOSLOWAKEI:  
Die verschiedenen Parteien, Stärke der Arbeiterklasse, Entwick-  
lung nach dem Kriege / DIE SOZIALISTISCHEN PARTEIEN IN  
POLEN: Geschichtliches, Klassengliederung, Die verschiedenen  
Arbeiterorganisationen / DIE SOZIALDEMOKRATISCHE  
PARTEI UNGARNS: Geschichtliches, Organisationsform, Politik  
seit Kriegsbeginn, Klassengliederung des Landes / DIE SOZIALI-  
STISCHEN PARTEIEN DES BALKANS: Bulgarien, Jugoslawien,  
Rumänien

320 Seiten

Preis M. 4,50, geb. M. 6,—

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER, BERLIN NW6